

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1896 unter Nr. 1277.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Anzeilen- und Besammlungs-Anzeigen 50 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Just 1. Nr. 1508  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

### Der zweite deutsche Gewerkschafts-Kongress

Ist am Montag in Berlin zusammengetreten. Zirkel anberthalb hundert Delegierte aus fast allen Gewerben und fast aus allen Gegenden des Reiches haben sich versammelt, um Rückschau zu halten über das, was seit dem Halberstädter Kongress geleistet wurde, um ihr Urtheil abzugeben, ob die dort vorgeschlagenen Organisationsformen die Erwartungen erfüllt haben, um auch zu berathen, was künftighin zu thun und Frommen der Gewerkschaftsbewegung zu geschehen habe. Die Fragen der Lohnstatistik und Arbeitslosenstatistik, der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung werden erörtert werden. Aber das Gesamtinteresse wies sich auf die Stellungnahme des Kongresses zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands konzentriren.

Die Generalkommission kam durch die Beschlüsse des Halberstädter-Kongresses in eine eigenthümliche Lage, es wurden ihr fast alle Machbefugnisse genommen, ihr Bestand aber formell sichergestellt. Der Thätigkeitstrieb ihrer Mitglieder konnte keine Befriedigung in dem gezogenen Rahmen finden; an der Ungunst der Umstände scheiterten andere Aufgaben, so die auf sozialstatistischem Gebiete.

Die Generalkommission will sich nun durch den Gewerkschaftskongress neue Aufgaben übertragen lassen, während ein Theil der Gewerkschaften die Existenzberechtigung der Generalkommission in Frage stellt. So sind über die Hauptaufgabe des Gewerkschaftskongresses, über die künftige Stellung der Generalkommission, die Meinungen so getheilt, daß ernste, vielleicht auch erhitze Debatten sich kaum vermeiden lassen. Das den ersten Gewerkschaftskongress beherrschende Streben, der Generalkommission allgemeingültige Formeln für sämtliche Gewerkschaften zu empfehlen, um dadurch Einheitlichkeit in die Bewegung zu bringen, kommt auch diesmal in einem Antrage der Generalkommission zum Ausdruck. Nächst der Stellungnahme zur Generalkommission wird die Debatte über das Regulativ für einen Streit-Referendums der Gewerkschaften Deutschlands das meiste Interesse auf sich ziehen. Bei der im allgemeinen ablehnenden Haltung der maßgebenden Gewerkschaftsorgane und bei den trübten Erfahrungen, die die englischen und schweizerischen Gewerkschaftsverbände mit ähnlichen Versuchen gemacht haben, ist auf die Annahme dieses Vorschlages kaum zu rechnen.

Doch wir wollen uns nicht in Vorherfagungen über die Beschlüsse des in Berlin zusammengetretenen Arbeiter-Parlamentes, der Versammlung der Vertreter der in zentrali-

firten Gewerkschaften organisirten Arbeiter Deutschlands ergehen, wir wollen uns auch im jetzigen Zeitpunkte jeder Kritik enthalten. Wir sind überzeugt, daß der gesunde Sinn und die Erfahrung der Delegierten das treffen wird, was der deutschen Arbeiterklasse frommt und nützt.

Wir wollen uns daran genügen, herzlichste Wünsche dem Kongresse zum Gelingen der Arbeit zu entsenden und die Mahnung an ihn zu richten, daß er über das viele, was die Arbeiter der einzelnen Industrien nach Beruf, Entwicklung der Technik, nach Ausbildung der Organisation, Höhe der Beiträge trennt, nicht das alle verbindende: das allgemeine proletarische Interesse vergeesse.

Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht der Generalkommission über ihre Thätigkeit in der Zeit vom 1. Januar 1895 bis 31. März 1896 können wir des beschränkten Raumes wegen nur das folgende mittheilen:

Am 31. Dezember 1894 schloß die Generalkommission ihre Rechnung mit einem Kassenbestand von 18 456,41 M. ab, während der Kassenbestand am 31. März 1896 mit 35 720,44 M. angegeben ist. Die Rechnung für die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. März 1896 balanzirt mit 128 189,16 M. An Einnahmen werden verrechnet: Kassenvortrag 5739,88 M. Quartalsbeiträge 94 629,93. Von Vereinen und Privaten 1088,96. An Broschüren: a) Organisationsfrage 712,78. b) Protokolle 1024,91. c) Anleitungen zum Vereins- und Versammlungsrecht 1530,03. d) Rechenschaftsberichte 121,—. An Malfeiern 258,50. Zur Deckung des Defizits 9187,27. Abonnement für „Correspondenzblatt“ 167,27. Jähen 655,40. Zurückgezahlte Darlehen 7220,—. Diverse Einnahmen 2506,93.

An Ausgaben stehen in Rechnung: Für Agitation 30 375,88, für Anwaltsgebühren 75,25, für Drucksachen: a) Correspondenzblatt 9785,75, b) Flugblätter 4165,78, c) Protokolle 1960,—, d) Anleitungen zum Vereins- und Versammlungsrecht 1668,—, e) Rechenschaftsberichte 787,—, f) Diverse 1389,70; im ganzen 19 729,23 M. Porto: a) Correspondenzblatt 3478,82. b) Broschüren und Flugblätter 992,32. c) Briefe etc. 670,09; im ganzen 5141,23. Gehalt des Vorsitzenden 7630,—. Vertretung des Vorsitzenden 688,—. Verendung des Correspondenzblattes (Expedition) 700,—. Verwaltungskosten 1900,08. Kongress-Delegationen 2879,20. Bücher und Schreibmaterial 304,30. Zurückgezahlte Darlehen 17 730,—. Kongresskosten (Halberstadt) 771,05. Sitzungen der Kommission 835,10. Zurückgezahlte Beiträge 5,10. Diverse Ausgaben (Uebersetzungen, Expedition von Flugblättern etc.) 3344,52. Unkosten des Kassiers Danmann 313,35. Kassenvortrag 35 720,44.

Bis 14 Organisationen haben die Quartalsbeiträge an die Generalkommission bis zum Abschluß der Abrechnung voll bezahlt: Bildhauer, Buchbinder, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Glasarbeiter, Holzarbeiter (Verband), Korbmacher, Kupferjämmer, Kürschner, Maler, Metallarbeiter, Plätterinnen, Schiffszimmerer, Vergolder und Zimmerer.

Die Thätigkeit der Generalkommission auf statistischem Gebiete beschränkte sich auch in den letzten fünfvierteljahre auf die Zusammenstellung der von den Gewerkschaften eingeleiteten

Daten über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Organisationen und der Streiks.

Sollte der Gewerkschaftskongress für die Zukunft nicht andere Bestimmungen über die Aufnahme von Statistiken über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse treffen, so würde nach wie vor die Thätigkeit einer zentralen Körperschaft, wie die Generalkommission, auf statistischem Gebiete sich darauf beschränken, Statistiken über die Organisationsverhältnisse und die Streiks zu führen, sowie die einzelnen Organisationen bei ihren statistischen Aufnahmen zu unterstützen.

In der Erscheinungsweise und den Bezugsbedingungen des „Correspondenzblattes“ ist im letzten Jahre eine Aenderung nicht eingetreten. Die Auflage beträgt auch gegenwärtig 3300.

Der schriftliche Verkehr mit der „Gewerkschaftskommission Oesterreichs“ und dem Bundeskomitee des „Schweizerischen Gewerkschaftsbundes“ war auch im letzten Jahre ein ziemlich reger. Durch den Besuch, welchen der jetzige Vorsitzende der „American Federation of Labour“ von Amerika der Generalkommission nach dem Stattfinden des englischen Trades Unions-Kongresses machte, war es möglich, auch im persönlichen Verkehr die Meinung über die Gewerkschaftsbewegung auszutauschen und die freundschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen. Das „Board of Trade“ in England wandte sich mehrmals an die Generalkommission bezüglich Auskunft über in Deutschland ausgenommene Statistiken. Ebenso wurde dem „Women's Industrial Council“ in England auf Antrage Auskunft über die Arbeiterinnenbewegung in Deutschland gegeben. Durch den gegenseitigen Austausch der Organe der verschiedenen Länder war es möglich, den Vorgängen im Auslande folgen zu können. Mit den beiden zentralisirten französischen Gewerkschaftsorganisationen Fédération nationale des Bourses du Travail in Paris und Syndicats et groupes corporatifs de France in Troyes, sowie mit dem Trades Union Congress Parliamentary Committee in England sind in neuerer Zeit Verbindungen angeknüpft und dürfte auch hier mit der Zeit eine regelmäßige Berichterstattung über wichtige Vorgänge eintreten.

Im letzten Jahre hat die Generalkommission nur zu den Generalversammlungen und Kongressen der Gewerkschaften einen Vertreter geschickt, für welche der Vorstand der Organisation um eine Delegation ersuchte oder wenn diese der Generalkommission wünschenswerth erschien.

Auch in dem vorstehenden Bericht nimmt die Schilderung der agitatorischen Thätigkeit der Generalkommission den größten Raum ein.

Einen Auszug aus diesem Theile des Berichtes lassen wir folgen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 4. Mai.

Den Reichstag beschäftigte heute die Interpellation wegen der verfassungswidrigen Verhaftung des Abgeordneten Bueb. Als Begründer der Interpellation legte Abg. Stadthagen in klaren, erschöpfenden Worten dar, daß weder die Voraussetzungen

äußerst schwer. Und als im Herbst Kaspar in die Stadt gebracht wurde, um die letzte Klasse der Unterrealschule zu absolviren, trat sie an ihre Tante mit der Bitte heran, in Dienst gehen zu dürfen. Die Lehrerin brach in Thränen aus. Nein, das ginge nicht. Sie könnte es bei Gott und ihrer todtien Schwester nicht verantworten, deren Kind in so jungen Jahren schon in die Welt hinauszustößen. Aber Lene gab nicht nach mit Bitten und Betteln. Endlich that man ihr den Willen.

Anfang Oktober trat die Tochter des Wachsenschusters beim Schneider von Jettenberg, der zugleich auch einen Bierstank betrieb, als Kindermädchen in Dienst.

Schneider! . . . Thoma-Schneider! . . . Schneiders-gmäd verdammter! . . . Wennst net außschaust, hau' i Dir d' Fenster Scheib'n eini!

Aber kein Gesicht zeigte sich in einem der nach dem Sträßchen oder nach dem Fußsteige blickenden Fenster, und auch im Hause blieb es still. Erst als der junge Bauer sich der Thür näherte, trat in dieselbe ein junges Mädchen, das ein Kind auf dem Arme trug.

„Is schon emals da, Lene?“ fragte der Bauer.

„Ja. Sie spielen grad“, sagte das Mädchen und gab den Eingang frei. Der junge Bauer stieß seine Stiefelabsätze einigemal scharf auf die Steinplatten des Vorhauses und trat dann in die kleine Stube, die dem Schankzimmer gegenüber lag. An einem Fenster, das auf die Wiesen der Eger-niederung hinabsah, saßen an einem Tische fünf Bauern und der junge, wohlgenährte Wirth und spielten „Hoppen“, „Bierjeck und Sieben“. Einen Augenblick ruhten Aller Augen auf dem Aufsammling, aber keiner verlor ein Wort. Der letzte der Mitspieler hatte vor wenigen Minuten mit der Faust, in welcher eine Karte stak, auf den Tisch geschlagen. „Dopp!“ gerufen und den ganzen Inhalt der Bank gegen gesetzt. Jetzt kam der Wirth, welcher die Bank hielt, zum Abheben. Langsam, ganz langsam schob er die neue Karte über die, welche er schon in der „Lage“ hatte, um zu „guffiren“. Plötzlich erschienen seine Augen, als hätten sie ein Loch bekommen. Der Gegner wußte sofort, was das zu bedeuten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

17

### Lene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Da warf ihm das Mädchen noch eine hin, sagte die Schachtel mit beiden Händen und begann zu laufen.

„Lene, Lene, so wart' doch. . . Ich hab kein' Athem mehr. . . Lene, ich fall' um!“ kochte er hinter ihr, aber die Lene hörte nicht. Sie lief und lief; durch Kahen-grün, an den Reichen und der Fingelhütte vorbei. Erst knapp vor Mählfessen blieb sie stehen, um Kaspar heranzukommen zu lassen, der jetzt um schönes Wetter immer wieder bat, damit Lene nur ja nichts seinem Vater sage. —

Lene lernte in Mählfessen alles, was man in einer Dorfschule lernen kann, nur zum Singen in der Kirche verstand sie sich nicht. Ihr Onkel hatte auch in dieser Beziehung mit ihr hoch hinausgewollt, er meinte, sie hätte eine kräftige Stimme und ein gutes Gehör. Aber mit der Lene war nichts anzufangen. Im Anfange verkroch sie sich immer hinter den Ofen, wenn abends die halb und ganz erwachsenen Mädchen aus dem Dorfe kamen, um die nächste Sonntagsmesse einzuläben. Und so lange sie sangen, meinte sie; sie mußte immer an den Gesang denken, den man aufstimmte, als man ihren Vater zu Grabe getragen. Nur ein einziges Mal ließ sie sich herbei, auf dem Chöre mitzutheuen. Es war Sommer, und ihre Kolleginnen im Sopran waren von der anstrengenden Feldarbeit stockeiser. Die Alt singenden Buben schrien wie die Zahnbrecher, und der Daß war mit einem alten Zimmermann besetzt, der überhaupt keine Stimme mehr hatte. Lene strengte sich an, daß sie krebs-roth im Gesicht wurde, und wenn sie glaubte, endlich hätte sie die Führung, dann sistelte der Lehrer, welcher die erste Geige spielte, als erster Tenor drein, oder die Hörner, deren Bläser stets bei den Pauken sich verzählten, stießen an der unrechten Stelle mit einem wahren Gebrüll ein. Das Musikchor war außerdem äußerst klein; bald stieß die im linken spizen Winkel stehende von hinten Kaspar mit dem Fiedelbogen unter die Haare, bald lehnte sich von dem Seitenchor ein zuhörender Bauer weit über und drückte

Lene so scharf an die Brust, daß sie Mühe hatte, nicht aufzuschreien.

Seit diesem Tage hatte Lene das Singen satt. Aber der Lehrer wollte von seinem Plane nicht lassen. Den längeren Zeit währenden Streit entschied ein Nachwort der Lehrerin; die Lene würde nie im Leben das Kirchenfingen brauchen, zu was sollte sie sich also anstrengen und abqualen, meinte sie. Und in der Stille setzte sie hinzu: „Und ich kann sie doch in der Wirthschaft viel besser gebrauchen.“

Und das war nur die Wahrheit. Lene half ihr beim Brotbacken, beim Wäschewaschen und Stubenscheuern und häutete, wenn die Rosel krank oder verhindert war, die Kühe.

Ueber vier Jahre lebte die Tochter des Wachsenschusters im Schulhause zu Mählfessen. Sie ragte über alle ihre Altersgenossinnen empor, war dabei kräftig und gewandt. Ihr ernstes, geiehtes Wesen hatte sie behalten, es ließ sie älter erscheinen, als sie thatsächlich war. Im dritten Jahre ihrer Anwesenheit, als im Dorfe eine Blatternepidemie ausgebrochen war, zeigte sie auch Proben eines nicht gewöhnlichen Muthes. Die Schule war geschlossen, die Leute hatten sich in ihre Häuser verkrochen und die Eingänge verrammelt. Tag für Tag bimmelte das Jüngelöcklein, oft zwei bis dreimal, und ganze Familien starben aus. Kein Bub war mehr zu haben, da ergriß Lene das kleine Glöcklein und machte mit dem Kaplan die „Versehgänge“. Fünf Personen lagen oft in einer Stube, und die Hitze, der Dunst und Brodem war kaum zum Aushalten; aber Lene blieb gesund.

Im nächsten Frühjahr fuhr das Sterben in die Bienen des Lehrers. Wenn er früh aus dem Garten kam, mit zitternden Händen und erloschenen Augen, die ansahen, als wären sie gestoren, dann hob immer wieder das Klagen und Jammern an, und so lange weinten die Kinder, bis sie kaum mehr aus den verschwollenen Augen sehen konnten. Und alle Bienen starben, nur der Stock, der Lene gehörte, blieb gesund. Und jetzt brannte auf einmal auf die Waid gegen die Fremde lichterloh in allen Kinderherzen, und selbst die Lehrerin mußte sich mehr als einmal auf die Junge beißen, um nicht ihren Nimmth in Gegenwart des Kindes zu äußern.

Lene empfand diese Gesinnung, die ihr aus den verschiedensten Aeußerungen und Handlungen entgegentrat,

für die Zulässigkeit einer Verhaftung überhaupt vorliegen, noch das weitere spezielle Erfordernis für die Verhaftung eines Reichstags-Abgeordneten: daß er bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird." Daß die letztere Verfassungsbestimmung lediglich die Strafverfolgung eines verbrecherischen Reichstags-Abgeordneten verhindern soll, that Abg. Lenzmann dar, der heute eine seiner besten Reden hielt. Er zeigte die starke Unwahrscheinlichkeit der politischen Behauptung, daß eine Beschlagnahme des Flugblattes stattgefunden habe, betonte die vorgekommene Verletzung des Rechtes nicht eines einzelnen Abgeordneten, sondern des Reichstags als solchem und damit des Volkes, wies nachdrücklich auf die Zunahme eines ungeheuren Sinnes unter den Polizeibeamten hin und lenkte endlich die unabweisliche erbitternde Wirkung solcher Willkürlichkeiten auf die Gemüther der Elsaß-Lothringer. Unzahlbar war der Anblick der verlegenen Gesichter am Bundesrathstische während der Rede Lenzmann's. Und der Staatssekretär Lieberding, der vorher eine Reihe von Gründen für die Verhaftung gehabt hatte, zog sich jetzt auf den einen zurück, daß ein etwaiger Versuch Bueb's habe verhindert werden sollen, "Spuren der That" zu verwischen. Einer "That" — Verfälschung und Verbreitung des Flugblattes —, die Buch von vornherein frank und frei zugestanden hatte, und "Spuren", bestehend in einem Flugblatte, das sich in den Händen von tausenden von Lesern und auch in denen des Staatsanwaltes befand! Der Staatssekretär legte dem Zentrumsman Lieber geradezu die Worte der Widerlegung in den Mund. Auch dieser Abgeordnete tabelte scharf den geschenehen Verfassungsbruch und verlangte namens seiner Fraktion Bestrafung der Schuldigen. Ihm schloß sich Riedert an, dagegen erstand der Mülhauer Polizei ein einziger Verteidiger in Herrn v. Stumm. Der Urheber so mancher berüchtigten "Zementis" erklärte sich, die Wahrheitigkeit Bueb's in Zweifel zu ziehen. Abg. Bue selbst gab eine genaue, eindrucksvolle Schilderung der Vorgänge und Buebel erklärte, nachdem er dem Staatssekretär und dem Freiherren v. Stumm treffend erwidert hatte, daß die sozialdemokratische Fraktion notwendigerfalls — d. h. wenn die Oberstaatsanwaltschaft sich zur Verfolgung der Schuldigen weigert — dem Reichstag einen Antrag zur Herbeiführung der Bestrafung vorlegen werde.

Damit war der Gegenstand erledigt, der durch die Schuld elssässischer Behörden dem Reichstag einige Stunden weggenommen, der Sozialdemokratie aber unzweifelhaft zum Nutzen gereicht hat. Der folgende Punkt der Tagesordnung, Gesetzentwurf betr. Abgabetarif für den Nordostsee-Kanal, rief nur eine kurze Erwiderung hervor; die zweite Verathung wird im Plenum stattfinden. Morgen: Margarinegesetz.

Das preussische Abgeordnetenhause überwies am Montag zunächst die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer an die Rechnungskommission und beschäftigte sich hierauf mit dem von den nationalliberalen Abgg. Dr. Kruse und Dr. Martens gestellten Antrag auf baldige Vorlegung einer Medizinreform. Nach demselben sollen insbesondere die Verhältnisse der Kreisphysiker dahin geregelt werden, daß dieselben unter Beschränkung ihrer Privatpraxis und entsprechender Erhöhung ihres als pensionsfähig festzusetzenden Gehaltes in höherem Maße als bisher den Aufgaben der gerichtlichen Medizin und der öffentlichen Gesundheitspflege sich widmen können. Die hier erhobene Forderung ist nicht neu, schon seit 20 Jahren wird im Landtage das Verlangen laut, aber die Regierung hatte bisher nur Verträge auf die Zukunft übrig. Nach der Begründung des Antrags durch Dr. Kruse hielt in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Kultusministers der Ministerialdirektor Dr. Bach eine Rede, die lebhaft an die Zeiten des seligen Herrn v. Köller erinnerte. Der Regierungsvertreter hielt sich für berechtigt, den Uebergang zur motivierten Tagesordnung zu empfehlen, da die Regierung bereits mit der Regelung der Frage beschäftigt, die Materie aber so schwierig sei, daß sie reiflich erwogen werden müsse. In scharfen Worten wies der Redner die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß der Finanzminister die Reform aus Sparmaßregeln verhindern wolle, zurück.

Dr. Maquet ergriff dann selbst noch einmal das Wort, um zu erklären, daß er für den Vorwurf der Kürzlichkeit oder Engherzigkeit, der ihn von Journalisten oder politischen Gegnern gemacht wurde, nur ein Schickel übrig habe und den hierin zu Tage tretenden Grad von Dreistigkeit bewundern müsse. Wie kann man auch einen solchen Vorwurf gegen einen Minister erheben, da erst im vorigen Jahre anlässlich der Vorgänge in Marienberg ganze 9000 M. für die Reform des Zementwesens bewilligt hat. Sammtliche Redner standen dem Antrage sympathisch gegenüber; namentlich übte Abg. Dr. Vangerhans eine scharfe Kritik an den Maßregeln der Regierung, und Abg. Schmidt-Warburg (Z.) wies treffend darauf hin, daß bereits 1851 in der Thronrede die Medizinalreform angekündigt war, daß aber der Gesetzentwurf dann einfach ad acta gelegt sei. Der Antrag wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen. Am Dienstag stehen die zweiten Beratungen des Richtergehälter-Gesetzes und des Gesetzes über die Erhöhung des Kapitals der Central-Genossenschaftskasse auf der Tagesordnung.

**Bismarck kontra Berlepsch.** Die gegenwärtig einmal wieder gründlich verästelte politische Situation wird von dem Organ des Sachsenwaldes zu einem Vorstoß gegen den Handelsminister von Berlepsch ausgenutzt, der ja bei der jüngsten Reichstags-Debatte sich das in den Augen aller Millionärssüchtler unverzeihliche Verbrechen hat zu schulden kommen lassen, für einen wirklichen Väterei-Arbeiterschutzzug einzutreten. Das Organ der Familie Bismarck sucht den Handelsminister bei seiner Verhinderung zu packen, daß die Regierung jene Schutzmaßregel in Konsequenz ihrer 1891er Erklärung ergriffen habe. Da hallt es nun aus der Sachsenwälder Stabstrompete heraus:

Wenn der Minister einen so großen Werth auf die Konsequenz legt, so wird man erwarten dürfen, daß er von derselben einen allseitigen Gebrauch zu machen für seine Pflicht hält. Unter diesem Gesichtspunkte möchten wir ihn an den Standpunkt erinnern, welchen er vor fünf Jahren bezüglich der Verthärkung des § 153 der Gewerbe-Ordnung behufs wirksamer Bekämpfung des Zwanges zum Streiten und der Ausbreitung zum Kontraktbruch eingenommen hat. Herr von Berlepsch ist, gestützt auf die Kommission für Arbeiterschutz, unerschöpflich in immer neuen, man kann sagen ungeheuren Arbeiterschutzzugprojekten, bei deren näherer Prüfung die Thatsache der Schutzbedürftigkeit nicht selten sehr zweifelhaft erscheint. Aus dem Gebiete der Arbeiterschutz aber ist die Schutzbedürftigkeit der ruhigen, ordentlichen Arbeiter absolut unbefristet, und es ist ein geradezu schreiender Uebelstand, daß dieser Schutz entweder garnicht oder nur sehr ungenügend gewährt wird. Es ist unumgänglich, daß Herr von Berlepsch dieser Thatsache gegenüber die Augen verschließt. Wie aber kommt es dann, daß er bei seiner Vorliebe für Konsequenz seine Verheißung von 1891 noch nicht wahr gemacht und den Reichstag von neuem vor den § 153 gestellt hat? In der Sozialdemokratie kann dadurch doch nur die Ueberzeugung hervorgerufen werden,

daß die Regierungen auf einen wirksameren Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts verzichtet hätten. Und daß durch eine solche Ueberzeugung die Lust zum Terrorstreiken nur gefördert werden kann, liegt auf der Hand. Wir dächten, es wäre hohe Zeit, daß jene Ueberzeugung einmal durch eine unzweideutige That widerlegt würde.

Dieser Vorstoß gehört augenscheinlich in das Angriffs-system hinein, das sich die extremen anti-sozialistischen Kapitalisten, deren Hauptwortführer Fürst Bismarck und Herr v. Stumm sind, für die Gegenwart zurecht gelegt haben. Gegen den Arbeiterschutz für Arbeiterunterdrückung ist ihre Parole. Herr v. Berlepsch muß sonderbar zu Muth werden, wenn er sich so plötzlich angerempelt fühlt, als wäre er ein Viertelsozialist oder doch wenigstens ein ganzer Christlich-sozialer. Daß er nicht völlig in das Horn des blindwichtigen Arbeiterhasses hineinstößt, genügt der Firma Bismarck-Stumm u. Co. schon zur Rechtfertigung eines Vorstoßes. Das ist natürlich auch Wasser auf die Mühle der Agrarier. Das Bundesorgan stimmt dem Bismarckorgan zu mit den Worten:

"Auch wir sind der Meinung, daß eine Sicherung gegen die Schreckensherrschaft der Auslandsarbeiter und Hegeer viel nothwendiger sei als der unglückliche Maximal-Arbeiterschutz im Väterei-gewerbe und der nicht minder unglückliche schablonenmäßige Achtuhr-Ladenschluß."

Wir finden es durchaus erzwänglich, daß die Arbeiter-seinde sich so auf der ganzen Linie demaskiren. —

**Der Pulverring.** In welchem Maße der seiner Zeit von uns näher kritisierte Pulverring die Ausplünderung des Reichs, d. h. der Reichsteuernzahler betreibt, geht aus neuer hervor aus den Geschäftsabschlüssen, die zwei der Unternehmungen des Pulverringes in den letzten Wochen veröffentlichten.

Bei der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. in Berlin weist der Geschäftsabschluss für 1895 einen Gewinn von 2 955 284 M. auf (gegen 2 648 000 M. in 1894), wovon nach dem Vorschlage der Direktion 974 610 M. (gegen 1 009 000 M. in 1894) zu Abschreibungen verwendet, 100 000 M. (gegen 171 000 M.) dem Spezialreservofonds und 50 000 M. (wie 1894) der Ludwig Löwe-Stiftung überwiesen werden sollen. Aus dem verbleibenden Reingewinn soll eine Dividende von 20 pCt. wie für 1894 vertheilt werden. — Der Aufsichtsrath der deutschen Metallpatronenfabrik in Turlach hat beschlossen, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 25 pCt. für 1895 vorzuschlagen, nachdem die Abschreibungen so hoch bemessen werden, daß die Kosten der im Vorjahre nöthigen Neueinrichtungen dadurch gedeckt erscheinen. Der gesetzliche und der Spezial-Reservofonds sollen durch Zuweisung von 381 000 M. bezw. 350 000 M. auf je 600 000 M. erhöht werden.

Daß der Reichstag es in der Sitzung vom 20. Februar durch den herbeigeführten Schluß der Debatte ablehnte, auf die Denunziationen des Reichstages gegen den Pulverring einzugehen, wird dem Reichstag nicht ersparen, sich in der nächsten Session abermals mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Es ist zweifellos, daß es in den verschiedenen bürgerlichen Parteien des Reichstages eine größere Zahl einflußreicher Mitglieder giebt, die persönlich lebhaft dabei interessiert sind, daß die Plünderung des Reiches durch den Pulverring nicht zur Sprache kommt. Das ist für unsere Genossen aber nur ein Grund mehr, mit Nachdruck auf die Untersuchung dieser Angelegenheit zu dringen.

Der Leiter des Pulverringes, der vor einiger Zeit gedeltete Geheim-Kommerzienrath v. Dullenhofer in Rottweil hat neuerdings das Gut des verstorbenen Staatsministers Freiherrn v. Lindner zu Remhausen in Württemberg angekauft. Die horrenden Einnahmen, die dieser Herr aus den Geschäften des Pulverringes jährlich bezieht, ermöglichen es ihm, nicht nur fortgesetzt neue Güterankäufe zu betreiben, er giebt auch für die verschiedensten Liebhabereien sehr große Summen aus und veranstaltet große Feten und Vergnügungen, zu denen die „Edelsten der Nation" sich drängen.

**Meline** ist nur ein Name — ähnlich wie in Deutschland Hohenlohe nur ein Name ist und eine Etiquette. Der eigentliche Ministerchef und die leitende Seele des neuen französischen Ministeriums ist Herr Hanotaux, Minister des Auswärtigen.

Herr Hanotaux war schon früher Minister des Auswärtigen — und als solcher zeichnete er sich durch eine Eigenschaft aus: slavische Abhängigkeit von Rußland. Aus der russischen Gesandtschaft in Paris erhielt er seine Befehle; mit Herrn v. Mohrenheim war er in fortwährendem Verkehr, und ließ irgend eine Frage auf, für die er eine Marschroute gebrauchte, so eilte er sofort zu seiner Egeria in der russischen Gesandtschaft. Dieses „Verhältnis" war ein so unnützes, daß es sogar von anständigeren französischen Chauvinisten als würdelos getadelt ward. Als nach dem Kriege zwischen Japan und China das französisch-deutsche Wettkriegen vor Rußland seinen Höhepunkt erreichte, suchte Herr Hanotaux seinen deutschen Konkurrenten, der in das ostasiatische Fiedzabündniß mit Rußland und Frankreich hineingesprungen war, durch das Aufrollen der ägyptischen Frage auszusuchen, welche glorreiche Wettkriegs-That er mit solchem Eifer betrieb, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich momentan stark gelodert wurden. Und das ist das Hauptziel der russischen Diplomatie, für welche das Deutsche Reich erst in zweiter Linie kommt, weil es ihr gegen England ja doch nichts nützen kann — wenigstens nicht, so lange die Luftflotte mit christlich-germanischen Wiesen-Windbesteln noch nicht erfunden ist. Die Londoner „Saturday-Review", das Hauptwochenblatt der Konservativen, das aber in der Transvaal-Angelegenheit entschiedene Stellung für die Buren nimmt, sieht bereits neue „Fraktionen" als sicher bevorstehend an.

Gewiß ist, daß das neue französische Ministerium unter russischen Auspizien zur Welt gekommen ist. Und gewiß ist, daß Herr Faure, Präsident der französischen Republik, die Bildung des Ministeriums Meline erzwungen hat. Denn von Rechts wegen, nach allem republikanisch-parlamentarischem Brauch hätte er, nachdem die Kammer sich am vorvorigen Donnerstag abermals für Bourgeois gegen den Senat ausgesprochen hatte, die Demission des Kabinetts nicht annehmen dürfen.

Freilich, wenn Bourgeois ein Mann wäre, und vor den sozialistischen Konsequenzen seines Handelns nicht zurückgeschreckt wäre, hätte er seine Demission überhaupt nicht gegeben.

Wie dem nun sei, das neue französische Ministerium ist ein deutschfeindlich-russisches Ministerium; und unsere deutschen Prozentpatrioten, denen der Geldsak über das Vaterland geht, jubeln diesem deutschfeindlich-

russischen Ministerium zu, weil es ein Geldsak- und Panamaministerium ist. —

**Die Gemeindevahlen** sind gestern in ganz Frankreich vorgenommen worden. Eine Uebersicht des Ergebnisses ist noch nicht möglich, was begreiflich erscheint, wenn man bedenkt, daß in 36 144 Gemeinden ungefähr 700 000 Personen zu wählen waren. In Paris ist das bisherige Verhältniß der Parteien wenig verändert worden. In ganzen ist aber eine Zunahme nach Links mit entsprechendem Verlusten rechts zum Ausdruck gekommen. Die konservativen und „gemäßigten" Blätter enthalten nicht das am Tag nach einer Wahl sonst übliche Triumphgeschrei über die Niederlage der Sozialisten. Fest steht, daß diese sich in Marseille, Carmaux, Roubaix, Cette, Narbonne und den anderen Städten, die sie bisher inne hatten, behauptet, und daß sie das sehr wichtige Calais erobert haben. Und da die „Petite Republique", wie wir telegraphisch erfahren, die Wahlen als einen Sieg der Sozialisten und Radikalen bezeichnet, so haben wir Grund, an einen günstigen Ausfall zu glauben. Die Ruhe ist nirgends gestört worden — ein paar Straßentumulte in Paris, St. Denis und St. Ouen werden von dem Telegraph selbst für „unbedeutend" erklärt. Warum aber sie dann melden? An sehr vielen Orten ist keine Majorität zu stande gekommen. Es haben in diesen Gemeinden also Sonntag über acht Tage Stichwahlen stattgefunden. (Nach dem französischen Gesetz, das alle Wahlen auf einen Sonntag verlegt, sind die Stichwahlen stets 14 Tage nach den Hauptwahlen.) Ein Wolff'sches Telegramm meldet:

Paris, 4. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Bisher sind 295 Ergebnisse von 369 Municipalrathswahlen in den Hauptorten der Arrondissements bekannt. In 152 Hauptorten fiel die Majorität den Republikanern zu, in 97 den radikalen Republikanern, in 11 den sozialistischen Radikalen, in einem den Nationalen, in 10 der Rechten. In den anderen Hauptorten, aus denen die Ergebnisse bekannt sind, haben Stichwahlen stattgefunden. Die Republikaner haben der Rechten bisher 4 Hauptorte abgenommen. In einzelnen kleinen Ortshschaften des Departements Ruhe fanden Dombange statt, bei welchen die Urnen nebst den Stimmzetteln fortgenommen oder zertrümmert wurden.

Aus diesen Ziffern sind keine Schlüsse zu ziehen. Die einzige Thatsache ist, daß, wie wir oben schon feststellten, die „Rechte", — also die reaktionäre Ordnungspartei — Boden verloren hat. —

**Transvaal und die Chartered-Company.** Wie aus Pretoria gemeldet wird, ist das Urtheil gegen die an dem Jameson'schen Aufstande beteiligten Mitglieder des Reformkomitees dahin abgeändert worden, daß gegen die Rädel-führer statt der Todesstrafe auf fünf Jahre Gefängnis und gegen die übrigen Verurtheilten auf Verbannung erkannt wurde. Ferner sei die Beschlagnahme des Eigenthums der gefangenen Mitglieder des Reformkomitees aufgehoben worden, ausgenommen im Falle Charles Leonard und Dr. Wolff.

Gleichzeitig mit diesen Nachrichten, die von der Ver-söhnlichkeit der Burenrepublik zeugen, ist hier der Text der bei Jameson und seinen Leuten vorgefundenen Geheim-depeschen, die zwischen Jameson, Johannes-burg und — dem Premierminister des Kaplandes Cecil Rhodes vor dem Einbruch in das Transvaal geschickt worden waren. Es geht daraus unwiderleglich die Mitschuld nicht nur der Johannesburger, sondern auch von Rhodes hervor, die bislang in England bestritten worden war. In England haben diese Enthüllungen einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Die Aufhebung des Freireises für die Chartered Company wird in der Presse gefordert und man erwartet auch, daß die liberale Partei im Parlament nunmehr die Entfernung von Cecil Rhodes aus dem Staatsrath fordern werde.

Aber nicht genug mit der Mitschuld von Cecil Rhodes, es wurden Stimmen laut, die auch die Leiter der englischen Regierung der Mitschuld zeihen. Aus Pretoria wurde dem Pariser „Temps" unterm 29. April telegraphirt, die Transvaal-Regierung könne beweisen, daß Sir (jetzt Lord) Henry Loch, der damalige Gouverneur der Kapkolonie und Oberkommissar für Südafrika, im Jahre 1894 dem Reformkomitee einen Einbruch in Transvaal vorge schlagen und gefragt habe, ob Johannesburg sich 6 Tage halten könnte und wie viel Waffen man habe, ausschließlich 3000 zugezogener Gewehre; er, Loch, werde mit Truppen kommen, und wenn Johannesburg sich in 6 Monaten bereit machen könne, bis dahin die Verhandlungen über die Swaziland-Konvention, hinziehen. Einer Depesche aus London zufolge hat Loch im englischen Unterhause diese Behauptungen des „Temps" in Abrede gestellt. Doch giebt er zu, eine Deputation englischer Einwohner Johannesburgs im Jahre 1894 gefragt zu haben, wie viel Waffen sie in Johannesburg besäßen, und die Antwort erhalten, sie hätten tausend Gewehre und höchstens zehn Patronen pro Gewehr. Er habe hierauf hervorgehoben, aber nicht um sie zum Widerstand zu ermutigen, wie nutzlos es sein würde, wenn sie durch irgend einen Schritt Unruhen und in der Folge einen Angriff auf Johannesburg herbeiführen würden. Das Bedenkliche bei der Sache ist, daß Herr Loch hiermit zugesteh, sich bereits im Jahre 1894 mit den englischen Johannesburgern über die Kath-jamkeit einer bewaffneten Erhebung unterhalten zu haben.

Ferner liegen noch folgende Depeschen aus Kap-stadt vor:

Das Parlament des Kaplandes ist mit einer Rede des Gouverneurs eröffnet worden, in welcher das Einbringen einer bewaffneten Macht in Transvaal als dem Völkerrechte widersprechend bezeichnet wird. Die Regierung des Kaplandes werde im Vertrauen auf die englische Regierung Schritte thun, um eine Wiederholung derartigen Vorgänge zu verhindern, durch welche letztere die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der englischen Kolonie und den benachbarten Staaten stark gefährdet würden.

Nach einer Meldung aus Bloemfontein hat der Volks-rath des Oranjerestaats die Regierung aufgefordert, den Oberkommissar der Kapkolonie zu benachrichtigen, daß der Oranjerestaat den mit der Chartered Company abgeschlossenen Auslieferungsvortrag ausfände, da der Volksrath es ablehne, die Chartered Company als Regierung anzuerkennen. —

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.** Wegen Beleidigung des Kaisers und der Kaiserin ist vom Landgerichte in Weutben O.-L. am 11. März der Bergmann Johann Dobrainski zu Gefängnisstrafe verurtheilt worden. — Auf die Revision des Angeklagten, über welche in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt wurde, hob heute der vierte Straßsenat des Reichsgerichts das Urtheil auf und verwies die Sache an das

Landgericht zurück. In der unklüglichen Meinung über die Kaiserin sei zwar mit recht eine Beleidigung erblickt worden, dagegen sei nicht ohne weiteres ersichtlich, in wiefern in den Worten, die auf den Kaiser bezogen waren, eine Beleidigung derselben zu erblicken sei. Da nur eine einseitige Handlung vom Landgerichte angenommen worden sei, habe das Urtheil seinem ganzen Umfange nach aufgehoben werden müssen.

**An den nächsten Internationalen Arbeiterkongress** werden sich voraussichtlich mehrere Gewerkschaftskongresse anreihen. Wie uns heute mitgeteilt wird, beabsichtigt die englische Allgemeine Müllergewerkschaft (Millers' National Union), einen internationalen Kongress von Arbeiterdelegierten des Müller- und Bäckergewerbes zu veranstalten.

### Deutsches Reich.

**— Wegnadigung.** Der Rittergutsbesitzer Mikulski, der vom Landgericht zu Posen in der Duellsache Groeger-Mikulski zu 800 M. Geldstrafe verurtheilt worden war, ist durch Gnadenlaß vom 4. d. M. von Kosten und Strafe befreit worden.

**— In Bayern** wurden durch die anlässlich der Gedächtnisfeier des Deutschen Reichs ergangene Amnestie insgesamt 17 089 Personen Freiheitsstrafen erlassen. An Geldstrafen wurden 477 225 M., zu denen 29 351 Personen verurtheilt waren, niedergeschlagen.

### Schweiz.

**— Der Konservatismus der Demokratie,** von dem unsere deutschen Reaktions- und Polizeipolitiker so gar keine Ahnung haben, ist gestern im größten Kanton der Schweiz, in Bern, wieder einmal handgreiflich bewiesen worden. Bei einer Volksabstimmung wurde dort der Antrag, den gesetzgebenden Körper und die Regierungsglieder nach Proportionalstem statt nach dem bisherigen Majoritätsystem zu wählen, mit 32 000 gegen 28 000 Stimmen abgelehnt. Nun — der Antrag wird wiederkommen.

**— Die Schweizer Landesausstellung** wurde am 1. Mai in Genf eröffnet.

### Frankreich.

**Paris, 1. Mai.** (Eig. Ber.) Was ist das neue Ministerium? Mehr als alle Erklärungen und Worte geben darüber Anstich dessen Ursprung, Zusammenfassung und Majorität. Seine Entstehung verdankt das Kabinett Meline dem verfassungswidrigen Widerstand des reaktionären Senats gegen das demokratische Kabinett Bourgeois und dem ebenso verfassungswidrigen Doppelspiel des Präsidenten Faure. Das Verhalten des letzteren während der siebenjährigen Ministerkrise hat vollends die gegen ihn von sozialistischen und radikaler Seite erhobenen Beschuldigungen gerechtfertigt, wonach er selbst den Senat zur Kreditverweigerung gedrängt hätte mit der Versicherung, das Kabinett Bourgeois werde in diesem Falle unbedingt demissionieren. Die meiste Schuld an der Demission des Kabinetts Bourgeois trifft zweifellos den Präsidenten.

Für die Zusammenfassung des neuen Ministeriums sind die Namen: Meline, Barthou, Cochery und General Billot bezeichnend genug. Meline ist bekanntlich der Urheber des gegenwärtigen Hochschulzoll-Regimes, das für die Großgrundbesitzer und Großindustriellen ebenso vorteilhaft, wie es für die Volksmasse in Stadt und Land verberlich ist. Barthou, ehemaliger Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Dupuy und gegenwärtig Minister des Inneren, ist als wühler Sozialist bekannt. Die „Gallienische“ (poche à ciel), wie er von den Sozialisten genannt wird, rühmte sich dieser Tage, noch vor dem definitiven Zustandekommen des Kabinetts, sein Eintritt ins Ministerium bedeute: „Krieg den sozialistischen und revolutionären Kotten!“ Er hat sogar bereits das Glück gehabt, eine ordnungserregerische That nach dem Vorbild seines politischen Lehrmeisters, Dupuy, zu vollbringen. Gestern Nachmittag, ehe noch die Kammer zum verfassungswidrigen Ministerium Stellung genommen, wurde am Quai d'Orsay, unweit des Palais Bourbon eine „Bombe“ von einem Polizisten „gefunden“. Es war allerdings die höchste Zeit, bis zum ersten Mai blieb es nur noch ein Tag und das Ministerium Bourgeois hatte es versäumt, für Bombensünde zu sorgen. ... Cochery, bisher Vorsitzender der Budgetkommission, wird als Finanzminister die von der Kammer im Prinzip votierte allgemeine und progressive Einkommensteuer durch irgend eine Scheinreform nach dem Dingen der Großbourgeoisie ersetzen. Erat er doch nebst seinen Kollegen Meline und Turrel in der heftigsten und gefährlichsten Weise gegen die Einkommensteuervorlage auf. General Billot, der neue Kriegsminister, ist nicht nur unabsehbarer Senator, d. h. also der Erwählte der monarchistischen Nationalversammlung. Er hatte auch im Januar 1883 seine Demission als Kriegsminister eingereicht aus Protest gegen den Ausschluß der Prinzen aus der Armee.

Und die Majorität des neuen Ministeriums? Die gestrige Kammer Sitzung hat gezeigt, daß das Ordnungministerium auf die Gnade der monarchistisch-kerlischen Rechten angewiesen ist. Ohne die Stimmen der letzteren hätte das neue Kabinett den ersten Tag nicht überlebt. Die Monarchisten sind indes höchst unzuverlässige bzw. gefährliche Bundesgenossen. Macht ihnen die Regierung keine Zugeständnisse, dann werden sie, was bereits manchem Ordnungministerium passierte, über kurz oder lang die selbstlose Unterstützung der Regierung überdrüssig werden. Sollte sich aber das Ministerium Meline-Barthou (trotzdem dieser, nebenbei gesagt, mitten in der Ministerkrise in einem Zeitungsartikel schrieb, eine republikanische Regierung müsse, um existieren zu können, eine ausschließlich republikanische Mehrheit haben) auf einen politischen Kuhhandel mit der Rechten einlassen, dann würden seine Tage erst recht gezählt sein: der linke Flügel seiner Mehrheit würde ihm sofort, aus Furcht vor den antiklerikalen und republikanischen Wählern, den Rücken kehren.

Die reaktionäre Regierung wird ein um so kürzeres Zwischenstück sein, als die radikal-sozialistische Opposition sich anschießt, in der Kammer wie im Lande einen unerbittlichen Kampf gegen das verfassungswidrige Kabinett zu eröffnen. Das gestrige Kammervotum hat zwar zunächst den Verfassungskonflikt beigelegt. Die vom Senat herausbeschlossene Revisionbewegung wird jedoch kaum nicht stehen bleiben. Im Gegentheil: das beschämende Datum, wodurch die Kammer vor dem Senat abdankte, treibt dieser Bewegung alle aufrichtig republikanischen Elemente zu. Und was dem Schwindeldelgener Boulanger, der die Revisionsidee für Jahre hinaus kompromittiert hatte, nicht gelungen war, das muß der vereinigten Tätigkeit der sozialistischen und radikalen Partei gelingen.

Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, daß unsere Genossen gegenüber der unter Léon Bourgeois' Vorsitz gebildeten „Liga zur Vertheidigung des allgemeinen Wahlrechts“ die prinzipientreue Taktik des „Getrenntwahlens und Vereinstschlages“ beobachten. Auf den ihr radikalereits gemachten Vorschlag, einige Mitglieder in den Ausschuß der Liga zu wählen, antwortete die sozialistische Fraktion, sie löge es vor, parallel mit der Liga für die Verfassungsrevision zu wirken, ohne im Ausschuß vertreten zu sein.

**Paris, 1. Mai.** Die internationale Konferenz zum Schutze des literarischen Eigentums hielt heute ihre Schlußsitzung ab. Die nächste Zusammenkunft wird nach Verlauf von 6 bis 10 Jahren in Berlin abgehalten werden.

**Paris, 4. Mai, früh.** Die Beteiligung an den Gemeinderatswahlen in Paris war allgemein bedeutend. Die Zahl derjenigen Wähler, welche den Wahlen fernblieben, war wesentlich

geringer, als bei den früheren Wahlen; irgend ein erster Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Nach den nunmehr vollständig vorliegenden Resultaten der hiesigen Wahlen wurden 8 progressiv-sozialistische Republikaner, 11 Konservativ, 20 Sozialisten und 15 Radikale gewählt. Außerdem haben 26 Stichwahlen stattgefunden. Der neue Municipalrath wird dem früheren völlig entsprechen. Nach den bis gestern Abend 11 1/2 Uhr gemeldeten Resultaten siegten in Calais die Sozialisten über die gemäßigten Republikaner; in Marseille wurden die Sozialisten wiedergewählt; in Carmaux drang ebenfalls die Liste der Sozialisten durch, dagegen unterlagen in mehreren Gemeinden in der Umgegend von Carmaux die bisherigen sozialistischen Mitglieder der Gemeinderathe.

## Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 4. Mai, 1 Uhr.

Eingegangen ist (als Nachtrag zum Richterbesoldungs-Gesetz) eine Uebersicht über die dienstlichen Verhältnisse der Anwärter für das Reichsamt in den größeren deutschen Bundesstaaten.

Am Ministertische: Finanzminister Riquel und Kommissar.

Antrag Kruse-Martens (natl.) auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Medizinalreform, welches besonders die Verhältnisse der Kreisphysici daheim regelt, daß diese unter Beschränkung ihrer Privatpraxis und entsprechender Erhöhung ihres pensionsfähigen Gehalts in höherem Maße als bisher den Aufgaben der gerichtlichen Medizin und der öffentlichen Gesundheitspflege sich widmen können, steht zur Verathung.

Abg. Kruse (natl.) begründet den Antrag. Es scheine in der That, als wolle man abwarten, bis die Zustände erst völlig untragbar geworden sind, oder bis irgend ein gewaltiges Ereigniß, etwa eine Cholera, die Unhaltbarkeit der heutigen Verhältnisse deutlich erkennen läßt; alles förgt ängstlich für die Freiheit unschuldig Angelegter; für die Gesundheit aller zu sorgen, ist nicht weniger wichtig. (Sehr richtig!) Der Finanzminister hat sich zu der Zeit, als er noch Abgeordneter war, in lebhafter Weise für die öffentliche Gesundheitspflege interessiert und wird deshalb auch für die Medizinalreform die Mittel nicht verweigern; denn kein Geld ist besser angelegt als für die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege. (Beifall.)

Regierungskommissar Gehelmer Rath Barisch: Der Antrag ist in seinem zweiten Theile nicht unbedenklich. Einer besonderen Anregung aber bedürfte die Förderung der Medizinalreform nicht. Freilich ist dieser Begriff etwas schwankend. Die Regierung versteht darunter in erster Linie die Organisation des ärztlichen Standes. In dieser Beziehung ist gerade in letzter Zeit ganz erhebliches geleistet. Es ist eine tendenziöse Legende, daß der Finanzminister wegen der erforderlichen Mittel ein Gegner der Reform sei. Die Gehaltsfrage der Physici ist keineswegs der Hauptpunkt der Medizinalreform; es würde bedauerlich sein, ihn ganz von der ärztlichen Praxis loszulösen, denn dann würde er Gefahr laufen, ein unpraktischer Theoretiker zu werden. Die Hauptschwierigkeit der Medizinalreform liegt nicht, wie vielfach angenommen wird, in der Lokal-Anstanz, sondern in der Provinzial-Anstanz, wo bedeutende Geldmittel für laboratorische und andere Zwecke nöthig werden würden; auch für die Zentral-Anstanz würde eine Reform höhere Ausgaben bedingen. In der Hygiene sind unsere Physici schon längst ergründet worden, es ist nicht verständig, daß man das jetzt als etwas Neues fordert. Unter dem Ministerium Wesse ist viel für die Medizinal-Reform geschehen; wir haben aber unsere Kräfte gearbeitet und es ist zu hoffen, daß es uns gelingen wird, die Frage zu lösen Hand in Hand mit dem Landtage.

Abg. Graf Douglas (H.): Die Nothwendigkeit einer besseren Organisation des Medizinalwesens hat sich bei der Cholera-Epidemie in Hamburg gezeigt. Die Verluste bei solcher Seuche sind wirtschaftlich auf hunderte von Millionen anzuschlagen. Nach den Erklärungen der Regierung dürfen wir hoffen, daß die Reform nunmehr ernstlich in Angriff genommen werden wird.

Finanzminister Dr. Riquel: Wenn mir ein Journalist oder politischer Gegner Engbergzeit und Kurzsichtigkeit vorwirft in meiner Stellungnahme gegenüber der Medizinalreform, so kann mir das angesichts meiner Stellung zur öffentlichen Gesundheitspflege seit 30 Jahren nur ein Lächeln abgewinnen. Ich habe in Frankfurt a. M. als Oberbürgermeister einen ärztlichen Beamten in das Magistratskollegium berufen und mich auf den Stadttagen bemüht, andere Städte zu gleichen Maßnahmen zu bewegen. Berlin hat einen derartigen Beamten bis heute noch nicht. Mir sind im Juli v. J. Grundzüge für ein Gesetz vorgelegt. Aus dem Umstande, daß dies Gesetz nun noch nicht dem Hause vorliegt, zu schließen, daß ich diese Vorlage aus engbergziger Kurzsichtigkeit bekämpfte, das beweist ein Maß von Dreistigkeit einerseits und Unwissenheit andererseits, daß ich darüber weiter kein Wort verlieren.

Abg. v. Liedemann-Lubischin (H.) ist für die Medizinalreform, hält aber die Regelung der Thätigkeit der Physici und ihres Gehalts für besonders schwierig. Neben die Kreis-Privatpraxis, so kommen sie leicht, z. B. als Fabrikärzte, in eine bedenkliche Lage; entzieht man ihnen die Privatpraxis, so können sie den Fortschritten ihrer Wissenschaft nicht folgen. Die Frage bedarf näherer Ergründung und aus diesem Grunde scheint Kommissionsberatung des Antrages nöthig.

Abg. Baudelow (L.) befürwortet ebenfalls Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.) bemängelt die Berufsorganisation der Ärzte, wie sie von der Regierung geplant ist. Solche Organisation wird ohne Aenderung der Gewerbe-Ordnung nicht durchführbar sein; diese aber hängt vom Reichstage ab. Wichtigere als die Organisation der Ärzte sei die gute Ausbildung der Ärzte; dem Antrage Kruse stimme er zu.

Abg. Dr. Martens (natl.): Die Verordnungen einer Reform sind nun schon so alt, daß ein Nachdrängen nöthig erscheint; alle Jahre heißt es, die Vorlage kommt; aber wir warten seit 10 Jahren vergeblich. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an.

Abg. Schmidt-Warburg (B.) hat eine Thronrede vom Jahre 1850 gefunden, in welcher schon die Einbringung eines Medizinal-Gesetzes angekündigt wurde, auf das man noch immer warte. Hoffentlich einigen sich die im Ministerium in betracht kommenden Herren und wir bekommen endlich die gewünschte Vorlage.

Damit schließt die Debatte. Nach kurzen Schlussbemerkungen des Abgeordneten Kruse geht der Antrag an die Budget-Kommission.

Morgen 11 Uhr: Richterbesoldungs-Gesetz und Novelle zum Zentralgenossenschafts-Kassengesetz (beide in zweiter Lesung).

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Zweiter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands

Zu Ehren der Delegierten des Gewerkschaftskongresses hatte die Berliner Gewerkschaftskommission am Sonntag in dem Lokal von Keller, Koppenstraße, einen Kommerz veranstaltet. Sehr zahlreich hatten sich bereits die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften eingefunden und auch die hiesigen im Vordergrund stehenden Vertreter der Organisationen waren vollständig erschienen. Da das Arrangement zwar im engeren Kreise der Betheiligten bekannt war, so zeigte das Fest nicht jene Fülle und jenes beängstigende Gedränge, das sonst bei derartigen Veranstaltungen in der Großstadt allgemein üblich ist. Dem Feste gereichte dies entschieden zum Vortheil, denn es trug mehr den Charakter der Geselligkeit, des Ungezwungenen und gab dem Dingen ein

stimmungsvolles Gepräge. Das geräumige Stabstimmloch war bis auf den letzten Platz besetzt und unter den zahlreichen Festtheilnehmern erblickten wir manchen guten alten Bekannten, der seit Jahrzehnten mit Eifer für die gewerkschaftliche Bewegung gewirkt; Freunde und Bekannte, die gemeinsam in schwerer Arbeit manchen harten Strauß ausgefochten hatten, tauchten Erinnerungen vergangener Tage aus oder ventilirten die zukünftigen Pläne, über die an den nächsten Tagen entschieden werden soll.

Eingeleitet wurde die Feier nach einigen Picces der gut besetzten Musikkapelle durch den seiner trefflichen Leistungen wegen sehr bekannten Gesangsverein „Typographia“, der in vorzüglicher Weise unter der Leitung seines Dirigenten Herrn Wölke den Morgenzug von Scheu zum Vortrag brachte.

Unter stürmischer Begeisterung hörten alsdann die Anwesenden den sehr stimmungsvollen und formvollendeten Prolog des Genossen Preczang, der vom Genossen Masini gesprochen wurde. Wir wollen uns nicht verlagern, die Schlussverse der schönen Dichtung zum Ausdruck zu bringen:

Wir grüßen Euch, Gesandte aus West, Ost, Süd und Nord!  
Tragt dieser Tage Früchte in alle Winde fort.  
Es muß ein frischer Odem von Sturm und Sonnenglühn  
Durch staubige Fabriken, durch jede Werkstätt ziehn.  
Und wo sich bückt ein Nacken in feiger Demuth noch,  
Wo sie geduldig beugen sich in das harte Joch,  
Wo noch die Menschenwürde tobt in der Seele liegt,  
Da zeigt hinauf zur Höhe, wo unser Banner fliegt!  
Ein Wort vom Trost, vom Rechte, ein Wort von Kraft und Macht  
Sei mit in Eure Heimath, in jedes Haus gebracht.  
Und wenn der Aus zum Streiten den letzten Träumer weckt  
Und jede Hand zum Schwure sich in die Lüfte reckt;  
Wenn der Gewerkschaft Gabne an jedem Ort man hieft,  
Dann wird die Arbeit fühlen, daß sie ein Niefe ist.

Nachdem noch Genosse Deisinger eine wirkungsvolle Ansprache gehalten und einige andere Delegirte durch Vorträge ersten Inhalts zur Abwechslung des zwanglosen Programms ihre Beiträge geliefert hatten, gelangte auch der Humor zur Geltung, für den die Herren Scheuer und Präse in trefflicher Weise sorgten. Gegen 12 Uhr lüchteten sich langsam die Reihen, da man so ziemlich am Schluß des Festes angelangt war und mancher nach langer Eisenbahnfahrt das Bedürfnis nach Ruhe empfand. Im großen und ganzen hatte das Festkomitee gewiß das Arrangement zur Zufriedenheit aller getroffen.

Berlin, den 4. Mai 1898.

In dem großen Saale des Stabstimmlochs Keller hat heute hier der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands seine Verhandlungen begonnen.

Der Saal ist festlich geschmückt, gegenüber der Bühne weht von der Gallerie die rotte Fahne der Berliner Gewerkschaften, in goldenen Lettern die Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zeigend, an beiden Seiten der Bühne wehen ebenfalls rotte Velarien herab mit den Inschriften „Einigkeit macht stark“. Zwei alte weisse Fahnen der Brauer und Steinhewer-Gewerkschaft sind an den beiden Längsgalerien angebracht.

Legien-Hamburg eröffnet den Kongress und begrüßt die Delegirten, die etwa 150 Mann stark an der Versammlung theilnehmen. Er weist darauf hin, daß nach dem Beschlusse des letzten Kongresses nur die zentralisirten Organisationen und diejenigen Lokalorganisationen, in deren Gewerkschaft keine Zentral-Organisation besteht, zum Kongress eingeladen worden sind und giebt in kurzem Zuge ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Die Bewegung sei gewachsen, aber man habe noch keine Ursache besonders stolz zu sein. Ein Abgeordneter habe einmal gesagt: 50 Abgeordnete, 60 000 politisch organisierte Genossen und eine Million Gewerkschaftler und der Achtundtag ist errungen. Die Million Gewerkschaftler fehlte noch, bei dem nöthigen Selbstvertrauen werde man dieses Ziel aber noch erreichen.

Von den österreichischen Gewerkschaften ist ein Delegirter in der Person Huber's-Wien entsandt worden, den Legien herzlich begrüßt, außerdem verließ er mehrere Begrüßungsschreiben, die von schweizerischen und französischen Gewerkschaftsorganisationen eingegangen sind.

Huber-Wien hält eine kurze Begrüßungsansprache, in der er besonders betont, daß die österreichischen Gewerkschaften das erste Mal vereint einen Delegirten zu einem Gewerkschaftskongress entsandt haben. Die österreichischen Gewerkschaften seien noch nicht so weit vorgeschritten, wie die deutschen. Sie könnten infolge dessen aber das schlechte, was sich in der deutschen Bewegung zeige, weglassen und nur das gute nehmen. (Beifall.) Trotzdem gehe man in Oesterreich, wie es ihm scheinen wolle, mit größter Begeisterung in die Lohbewegungen hinein, rechne nicht so ängstlich wie in Deutschland mit den Geldmitteln. Obwohl die österreichischen Gewerkschaften ganz anders zentralisirt sind, als die deutschen, würden sie eine Auflösung der Generalkommission bedauern. Er warne vor diesem Schritte, denn er würde eine fatale Rückwirkung auf die österreichische Bewegung äußern. Er könnte unmöglich der Verathung weiter beiwohnen, wenn von einer Zentralisation abgesehen werden sollte. In diesem Sinne begrüße er den Kongress herzlich. (Beifall.)

Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt, daß 57 Organisationen vertreten und 142 Delegirte inkl. der fünf Mitglieder der Generalkommission anwesend sind. Zum ersten Vorsitzenden wird Legien-Hamburg, zum zweiten Vorsitzenden Timm-Berlin gewählt.

Zu Schriftführern wurden gewählt: Deisinger, Türk, Fraas, Leipart, Breder, Ströblinger, Gentler und Holm.

Der Unterhaltungsverein deutscher Tabalarbeiter hat die Bescheidung des Kongresses abgelehnt, weil er sein Verhältnis zur Generalkommission löst. Ein großer Theil der Mitglieder ist mit diesem Schritte nicht einverstanden und eine größere Anzahl von Zahlstellen hat zwei Vertreter zum Kongress entsandt, einen aus dem Norden und einen aus dem Süden.

Thoma's-Altona giebt eine dementsprechende Erklärung ab. Die Geschäftsordnung wird nach den Anträgen der Generalkommission angenommen.

Bemerkenswerth ist folgende Bestimmung:

„Bei namentlichen Abstimmungen ist nicht die Zahl der für oder gegen einen Antrag stimmenden Delegirten, sondern die der von ihnen vertretenen Mitglieder der Organisationen entscheidend.“

Die Verhandlungen werden von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und nachmittags von 2 bis 6 Uhr dauern.

Nachdem noch die Tagesordnung nach dem Antrage der Generalkommission festgestellt ist, tritt die Mittagspause ein. Die Tagesordnung wird wie folgt festgestellt:

1. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Verathung der Anträge, welche auf den Fortbestand bzw. die Auflösung der Kommission bezug haben. Berichterstatter: C. Legien-Hamburg.
2. Die Aufgaben der Generalkommission.
  - a) Agitation.
  - b) Lohnstatistik und Arbeitslosenstatistik.
  - c) Streikunterstützung und Streikstatistik. Ref.: A. v. Elm-Hamburg.
  - d) Korrespondenzblatt.
3. Die Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: C. Gehler-Drizig. Korreferent: Fr. Fricke-Dresden.
4. Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche oder kommunale Einrichtung. Referent: C. Legien-Hamburg.
5. Die Agitation unter den Arbeiterinnen. Referentin: Frau Kähler-Bandsdel.
6. Die Hausindustrie, Schwitzsystem und die Bestrebungen

der Arbeiter für Einführung von Betriebswerkstätten. Referent J. Limm - Berlin.

7. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Ein Antrag: „Die Feier des 1. Mai“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit knapper Majorität abgelehnt.

Mit großer Majorität wird der Antrag abgelehnt: „Die Sozial- und Vereinigungsbewegung“ auf die Tagesordnung zu setzen, nachdem verschiedene Redner betont haben, daß die Erörterung eines sozialpolitischen Themas nicht angängig sei, wenn man nicht die Behörden zum Einschreiten provozieren wolle.

Auch ein Antrag auf Erörterung der Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie wird mit geringer Majorität abgelehnt.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst ein dringlicher Antrag v. Frey - Hannover: „Dem Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein Darlehen von 5000 Mark zu gewähren“, angenommen, nachdem ihn der Antragsteller unter Hinweis auf verschiedene Lohnkämpfe, die diese junge Organisation gerade jetzt zu bestehen habe, begründet hatte.

Ein Begrüßungstelegramm ist von den freikundigen Schwestern in München eingegangen.

Sillier - Berlin giebt den Bericht der Wahlprüfungs-Kommission, wonach 136 Delegierte und 5 Mitglieder der Generalkommission anwesend und 58 Organisationen vertreten sind. Die Mandatsprüfungs-Kommission empfiehlt, auch die Organisationen, die ihrer Beitragspflicht nicht oder nicht voll genügt haben, zuzulassen.

Wollmann - Berlin beantragt, erst einen Beschluß des Kongresses darüber herbeizuführen.

Von anderer Seite wird an den Kassenbeständen der einzelnen Gewerkschaften nachgewiesen, daß die meisten Organisationen wohl in der Lage waren, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der Kongress beschließt über den Antrag Wollmann zur Tagesordnung überzugehen und beschließt im Sinne der Mandatsprüfungs-Kommission.

Regien - Hamburg giebt hierauf den Rechenschaftsbericht der Generalkommission: Es mag richtig sein, daß die Generalkommission nicht das geleistet hat, was sie hätte leisten sollen; das liegt aber nicht an ihrem guten Willen und schließlich werden Sie zugeben müssen, daß das, was geleistet ist, nicht unbeträchtlich ist. Die Generalkommission verfügt über nur einen Beamten, während die österreichische Gewerkschaftsleitung drei Beamte besitzt. Die Generalkommission aber hat sich gesagt, ehe nicht eine solche Einrichtung eingewurzelt ist, wollen wir uns nicht auf einen kostspieligen Verwaltungsapparat einlassen. Auf dem diesmaligen Kongress wird es sich entscheiden, ob die Institution eine dauernde sein wird oder nicht. Bis jetzt stand sie im Anfangsstadium, wird sie nicht aus Bosheit oder Mißverständnis weiter angeempelt, dann wird sie zeigen, daß sie mehr leisten kann. Vielleicht kommt dann ein oder der andere und sagt: Das war ein Fehler, Ihr hätte zeigen sollen, was sich mit einem größeren Verwaltungsapparat leisten läßt. Ich halte das aber für unrichtig. Wir haben in rückständigen Gegenden wie Ost- und Westpreußen Organisationen mit einigen hundert Mitgliedern geschaffen. Ohne die Tätigkeit der Generalkommission wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben uns an Ort und Stelle Leute ausgesucht, die die Organisationen begründet und weiter ausgebaut haben. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist in einem Bericht aus Danzig die Tätigkeit der Generalkommission auch anerkannt worden. Dieser kurze Bericht wiegt viele lange Artikel auf, die gegen die Generalkommission geschrieben worden sind.

Wir haben ferner Agitationstouren für die Raubdruckmittelbranche unternommen. Solche Agitationen verursachen eine Menge Arbeit. Die Generalkommission hat versucht, so gut wie möglich zu operieren. Wer das zu beurteilen vermag, wird die Größe der Arbeitsleistung zugeben müssen. Nicht minder schwierig war die Agitation unter den Arbeiterinnen. Es war die erste wirklich große Agitation unter den Arbeiterinnen und es sind auch mehrere Tausend für die Organisation gewonnen worden. Wir haben in bezug auf Statistiken nicht viel leisten können, aber die einzelnen Organisationen haben mit geringen Ausnahmen selbst noch nichts auf statistischem Gebiet geleistet. Wir haben nur eine mangelhafte Streikstatistik aufstellen können, weil wir zu wenig unterstützt worden sind von den einzelnen Organisationen. Beschlüsse nach dieser Richtung sind zwar gefaßt, aber nicht gehalten worden. Das „Korrespondenzblatt“ ist zwar nur ein kleines Blättchen, aber es ist von der Gewerkschaftspresse sehr eifrig benutzt worden. Wird das Blatt vergrößert, so wird es auch mehr leisten können, denn die Beziehungen zum Ausland haben sich befestigt. Das sind die Ergänzungen zu dem schriftlichen Bericht.

Sie werden sich vielleicht wundern, daß von dem Streit und der Spannung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission, den dunklen Plänen der Generalkommission, dem Austritt der Tabakarbeiter in dem Bericht keine Rede ist. Die Generalkommission hält diese Dinge nicht für wichtig genug, um sie in Druck zu verewigen. Was geht der Parteivorstand die Generalkommission an? Vermöge der Vereinigungsbewegung dürfen beide nicht in Verbindung treten. Wenn der Auer und der Legien sich in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch überheben läßt, sondern seine Liebenswürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimnis. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokalkomitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus die Möglichkeit, diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt scharf einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der Generalkommission sitzen im Reichstage. Redakteure des „Vorwärts“ sitzen auch da. Eine einfache Frage hätte genügt und die Klärung wäre erfolgt. Der Handschuhmacherverband verweigerte die Beiträge. Bald aber war wieder Friede über den Bassern. Die Angelegenheit der Tabakarbeiter steht mit dem Vorgehen der Handschuhmacher in Zusammenhang. Er erließ eine kurze Erklärung im Gewerkschaftler, in der die Verweigerung der Zahlungen angelündigt wurde. Hatten wir den Handschuhmachern gegenüber keine Veranlassung zur Kritik, so mußten wir den Tabakarbeitern ordentlich die Wahrheit sagen. Wir haben Mittel für den Tabakarbeiterstreik beschafft, wie sie vordem noch nicht beschafft worden waren. Herr Junge in Bremen, der jetzt noch Vorsitzender des Tabakarbeiter-Verbandes ist, verächtete mich noch 1892: „Was die Generalkommission jetzt für die Tabakarbeiter thut, werden wir ihr nie vergessen.“ Dieses „nie“ hat gerade drei Jahre gedauert.

Ich kann Ihnen versichern, nur die Ueberzeugung, daß eine Institution wie die Generalkommission für die gedeihliche Entwicklung notwendig ist, kann mich bestimmen, Ihnen den Fortbestand der Generalkommission zu empfehlen. Noch ein paar Worte über die vorliegenden Anträge: Dresden beantragt, statt der Generalkommission einen Korrespondenten

oder einen Generalsekretär einzusetzen. Ich meine, ehe Sie diesen Antrag annehmen, lassen Sie die Generalkommission bestehen. Ein solcher Korrespondent braucht auch Mittel und soll er mehr leisten, braucht er noch mehr Mittel als die Generalkommission. (Sehr richtig.) Ein Antrag der Metallarbeiter will einen Verein der Vorsitzenden der Zentralverbände bilden und dieser Verein soll einen Beamten anstellen. Ich halte die Bildung eines solchen Vereins nicht für ausführbar, weil die Wohnsitze der einzelnen Vorsitzenden zu weit auseinander liegen. Die Stuttgarter verlangen einen Gewerkschaftsbund. Es fragt sich, ob die Vereinigungsbewegung da nicht hinderlich im Wege steht. Ich meine, eine solche Institution wie die Generalkommission sollte, wenn sie nun einmal gegründet ist, nicht wieder beseitigt werden. Die Mitglieder haben dabei kein persönliches Interesse, die Generalkommission aufrecht zu erhalten. Ich bin allein besoldetes Mitglied, aber Sie werden mir zugeben, daß ich mir noch auf andere Weise 100 M. monatlich verdienen kann. Die Generalkommission aufheben heißt die Dezentralisation ansprechen und das wäre verhängnisvoll. Es hieße, die Verbindung zwischen den einzelnen Gewerkschaften beseitigen. Nennen Sie das Ding, wie Sie wollen, zerstören Sie aber nicht das Bindeglied zwischen den einzelnen Organisationen. Das Schreiben gegen die Generalkommission hat wunderliche Stellen gerettet. Eine Artikelreihe im „Grundstein“ propagiert geradezu die Dezentralisation. Das eine will ich Ihnen sagen: Mögen Sie hier die Aufrechterhaltung der Generalkommission beschließen, dann behandeln Sie sie wenigstens anständig. (Sehr richtig.) Ich will wünschen, daß es unseren Nachfolgern nicht so schwer gemacht wird, wie uns. Kritizieren Sie, aber denken Sie immer daran: Hier handelt es sich darum, gemeinsames zu schaffen, alle Kräfte zusammenzufassen, und denken Sie daran, daß auch das kleinste Mittel benutzt werden muß, dieses große Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Leipart - Stuttgart bemerkt zur Geschäftsordnung, daß der Antrag der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts zur Generalkommission von den Stuttgarter Gewerkschaften nicht angenommen worden ist, daher hier nicht zur Verhandlung kommen kann.

Der Antrag wird aber von Steinbrenner - Stuttgart wieder angenommen und findet genügende Unterstützung.

Es werden folgende Anträge genügend unterstützt und zur Generaldiskussion gestellt:

Die Metallarbeiter Dresdens beantragen, die Generalkommission aufzuheben und an ihre Stelle einen Korrespondenten für Deutschland zu wählen.

Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts beantragen: 1. Die Gewerkschaften Deutschlands treten zu einem Gewerkschaftsbund zusammen. 2. Zugelassen sind sämtliche Zentralorganisationen, sowie Lokalorganisationen solcher Berufe, für welche keine Zentralisation besteht. 3. Aufgaben des Bundes sind: Agitationen in rückständigen Gegenden, statistische Aufnahmen über Streiks, Herausgabe eines Zentralorgans, Aufhebung von Streiks in solchen Fällen, wo die Organisation allein den Kampf nicht siegreich zu Ende führen kann, Anknüpfung internationaler Beziehungen. 4. Die einzelnen Organisationen zahlen an den Bund pro Mitglied und Quartal 5 Pf. Beitrag. Die Abrechnung hierüber erfolgt vierteljährlich und sind dabei sämtliche Bundesmitgliedskassen mit denen von ihnen gezahlten und leistenden Beiträgen aufzuführen. 5. Der Gewerkschaftskongress wählt einen aus 9 Personen bestehenden Bundesvorstand.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beantragt Aufhebung der Generalkommission.

Der Verband der Zimmerer (Altona) beantragt: „Der Generalkommission sind die früheren Rechte wieder einzuräumen und sie hat Streikunterstützung und Agitation zu regeln.“

Die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beantragt, unter Aufrechterhaltung der Generalkommission den Beitrag auf 2/3 Pf. pro Quartal und Mitglied herabzusetzen.

Verschiedene Anträge lauten auf Aufrechterhaltung der Generalkommission.

Der Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Halberstadt) beantragt, daß jede Zentralorganisation auf den folgenden Gewerkschaftskongressen nur durch einen Delegierten zu vertreten ist.

Der Verband der Brauer (Zahlstelle Hamburg) beantragt für je 3000 Mitglieder einer Organisation einen Delegierten zu wählen.

Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter beantragt: Der Generalkommission bleibt das Recht, sich auf den Verbandsorganen der einzelnen Berufsorganisationen durch ein Mitglied vertreten zu lassen.

Als Korreferent wird vom Kongress hierauf Schlichte - Stuttgart bestellt. Redner meint, ein Korreferat zu dem Bericht Legien's könne er nicht geben, er könne höchstens hier den Antrag des Metallarbeiter-Verbandes auf Aufhebung der Generalkommission etwas ausführlicher begründen. Redner fährt aus:

Nicht Antinomist gegen die Mitglieder der Generalkommission hat uns in unserem Antrag veranlaßt, sondern die Tatsache, daß die Generalkommission zu wenig Unterstützung bei den Gewerkschaften gefunden hat. Die Gewerkschaften haben mit dem inneren Ausbau noch sehr viel zu thun und ich glaube, es ist besser, erst nach Vollendung dieses Ausbaues ein so kostspieliges Institut wie die Generalkommission zu errichten. Die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen kann auch auf andere Weise unterhalten werden. Legien hat sich auf die Zahlstelle unseres Verbandes in Danzig berufen, die den Fortbestand der Generalkommission fordert. Ich kann ihm die Zahlstelle Königsberg entgegenhalten, die sich gegen den Fortbestand erklärt hat. Die Anforderungen der Generalkommission an die Gewerkschaften sind zu hoch, als daß die Organisationen sie alle erfüllen könnten. Ein Bundesrat giebt mehr als er hat. Der Metallarbeiterverband war nicht dazu in der Lage und Legien hat das selbst anerkannt. Ich befreite nicht, daß die Generalkommission viel zur Anknüpfung der internationalen Beziehungen gethan hat. Aber die einzelnen Gewerkschaften haben ja selbst internationale Beziehungen angeknüpft. Ich erinnere an den internationalen Bergarbeiterkongress und den internationalen Handschuhmacherkongress. Auch hier rechtfertigt sich nicht der kostspielige Verwaltungsapparat der Generalkommission. Die sogenannten dunklen Pläne der Generalkommission waren in der That sehr bedenklich und forderten die Kritik heraus. Sie hat die Bedenklichkeit ihres Vorgehens wohl auch eingesehen. Ich kann die Enttäuschung in den einzelnen Gewerkschaften sehr wohl begreifen. In der Generalkommission glaubt man jetzt das Gegenwärtige gegen den Parteivorstand zu besitzen, dem die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sein soll. Ich meine, sollte das wirklich beim Parteivorstand der Fall sein, so werden die Gewerkschaften selbst stark genug sein, alle solche Angriffe abzulehnen. Mir wurde einmal der Einwand gemacht: Hat die Generalkommission uns auch noch nicht genügt, so hat sie uns doch auch nicht geschadet. Ich weise noch einmal auf die materiellen Opfer hin, die die Generalkommission fordert. Die Gewerkschaften brauchen ihr Geld, um ihren Mitgliedern materielle Vorteile von Dauer zu bieten. Mit kleinen vorübergehenden Aufbesserungen bei günstiger Konjunktur ist den Arbeitern nicht gedient. Jede Gewerkschaft soll vor allem die eigene Organisation stärken, dann wird auch die Agitation leichter sein. Statistiken haben bei dem jetzigen Stande der Bewegung nur einen zweifelhaften Werth. Die Selbstkräftigung kann ohne Generalkommission erfolgen. Das Interesse an der Generalkommission ist, wie der Bericht andeutet, bei den einzelnen Gewerkschaften nicht sehr groß. Der Zeitpunkt für den Kongress ist angeht die zahlreichen jetzt schwebenden Lohnkämpfe schlecht gewählt, doch soll der Generalkommission kein Vorwurf daraus gemacht werden. Ich bin durchaus nicht der

Ansicht, daß die Aufhebung der Generalkommission die Dezentralisation bedeutet. Im Gegenteil, es könnten sich noch viele kleinere Organisationen den größeren anschließen und mehr erreichen. Aber gerade hierin hat die Generalkommission so gut wie gar nichts geleistet. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen sind nicht so groß, der Kampfsgeist muß nur nicht künstlich geschürt werden. Es wäre Pflicht der Generalkommission, hier helfend einzugreifen. Sie hat das aber nicht gethan und so sehe ich nicht ein, weshalb wir eine Institution unterstützen sollen, die diesem Kampfsgeist eher Vorstoß leistet, als ihm Abbruch zu thun bestrebt ist. Ich bitte Sie deshalb, unsern Antrag auf Aufhebung der Generalkommission erster Erwägung unterziehen zu wollen.

Ehe sich der Kongress hierauf bis Dienstag früh 8 Uhr vertagt, wird eine Resolution Roos - Altona, in welcher der Kongress ausspricht, daß er in dem über die gegenwärtig von Streikbrechern in der Mohr'schen Fabrik hergestellte Margarine verhängten Boykott eine berechtigte Abwehr erblickt, einstimmig angenommen. Schluß 6 1/4 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### An die Arbeiter Deutschlands!

Am 20. April traten die Maurer Berlins in den Streit. Die Forderungen, die hauptsächlich in der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und in einem Stundenlohn von 55 Pf. bestehen, sind bis 2. Mai auf 348 Bauten mit 4117 Kollegen bewilligt. 1500 Kollegen befinden sich noch im Streit, die Zahl derer, die noch zu den alten Bedingungen arbeiten, läßt sich nicht genau feststellen; es werden ungefähr 1500 sein. Am 8. Mai beschloß eine Versammlung, den Streit in der bisherigen Form zu ändern und nur über einzelne Bauten die Sperre zu verhängen. Wir ersuchen also alle Parteigenossen, den Angaben der gegnerischen Presse, der Streik der Maurer in Berlin sei beendet, nicht Glauben zu schenken. Der mit den falschen Angaben der bürgerlichen Presse verfolgte Zweck ist wohl durchsichtig genug. Wir ersuchen vielmehr die Kollegen allerorts, uns noch einige Zeit mit Zugut zu verschonen, dann werden wir auch im Stande sein, einen vollständigen Sieg zu erringen. Mit Gruß und Handschlag: Die Lohnkommission der Maurer Berlins. J. A.: D. Silberschmidt, Neue Friedrichstr. 44, Restaurant Köllig.

Achtung, Präger und Prägerinnen! Wegen Lohnreduktion haben die Arbeiterinnen der Firma Wundsch u. Lange in Berlin, Fennstr. 49, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Näheres in der morgen Mittwoch, den 6. Mai, bei Gröndel, Brunnstr. 188, stattfindenden öffentlichen Versammlung. Der Vertrauensmann.

Achtung, Tischler! Die Kollegen in der Werkstatt von Gebr. Pädtkle in Berlin, Priesterstr. 8, haben — 20 Mann stark — die Arbeit niedergelegt, weil sie an der beschlossenen 52stündigen Arbeitszeit festhalten wollen, während die Unternehmer glauben, für sie sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo den Arbeitern das Erzwungene wieder freitig gemacht werden kann. — Wegen Feiern des 1. Mai wurden 7 Kollegen in der Werkstatt von Krehmann, Sebastianstr. 98, gemäßigelt. 3 Mann dürfen weiter arbeiten. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung, Metallarbeiter! Die Schlosser der Firma Zimmermann in Sieglitz, Lindenstr. 40, wurden wegen Feiern des 1. Mai gemäßigelt. Zugang fernhalten. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Achtung, Zimmerleute Berlins! Die Firma Simon, Hallesstr. 55-57, bei der eine Anzahl von Zimmerern am 1. Mai entlassen wurde, hat per Postkarte beiden entlassenen Leuten jetzt angefragt, ob sie nicht gewillt sind, für 50 Pf. zu arbeiten. Möge sich kein einziger Zimmerer verleiten lassen, darauf einzugehen. Solche Machinationen werden wohl noch mehrmals angewandt werden. Zeigen wir, daß wir uns nicht entziehen lassen. Außerdem haben die Firmen Schulze, Brüdenstr. 13, und Nietsche, Gieselerstr. 107, ihr gegebenes Wort wieder zurückgezogen. An dieser Stelle sei nochmals auf die heutige Plenarsitzung aufmerksam gemacht. (Siehe Annonce.) Die Lohnkommission.

Achtung, Bauhandwerker, Arbeiter! Hierdurch teilen wir Euch mit, daß die Parkettbodenleger Berlins in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Zur genauen Kontrolle werden Arbeitsberechtigungskarten ausgestellt. Wir ersuchen Euch, uns in unserem Vorgehen zu unterstützen. Die Werkstatt-Kontrollkommission der Parkettbodenleger Berlins.

Die Scheibentöpfer Berlins und Umgegend sind gezwungen worden, die Arbeit niederzulegen, da ihnen auch die bescheidenen Forderungen: Einführung eines einheitlichen Lohns mit ganz geringfügigen Aufschlag, ferner 9 1/2 stündige Arbeitszeit, rundweg abgelehnt wurden. Der Streik verteilte sich auf die einzelnen Fabriken wie folgt: Krüger, Schönbauer Allee, mit 16, Vitzenthal, Pallisadenstraße, mit 6, Schleich, Weissenhof, mit 6, Geardt, Friedrichsberg, mit 3, Müller, Frankfurter Allee, mit 4 Mann. Der Töpfermeister Schmidt, Charlottenburg, hat gestern die Forderungen bewilligt und den Tarif unterschrieben. Die auswärtigen Scheibentöpfer wollen hiervon Kenntnis nehmen und durch Fernhalten des Zugewandten den Streikenden den Kampf erleichtern helfen. Der Vorstand des Allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. J. A.: Ferd. Kaulich.

Achtung Tapezierer! Bei der Firma Leo Meyer, Belle-Alliancestr. 84, haben am Montag sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt, da in bezug auf Arbeitszeit und Lohn Differenzen ausgebrochen sind. Die Werkstatt ist als gesperrt zu betrachten. Zugang daher streng fern zu halten. Näheres in der öffentlichen Versammlung. Allgemeiner Deutscher Tapezierer-Verein (Zentrale Berlin).

Achtung, Buchdruckerei - Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen! Unsere Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit muß nunmehr am Mittwoch, den 6. Mai, an diejenigen Prinzipale gestellt werden, welche sich zur Sache noch nicht geäußert haben. 62 Druckereien hatten bis gestern Abend bewilligt. Am Mittwoch Abend findet eine öffentliche Versammlung statt. Näheres siehe morgen im „Vorwärts“ unter Versammlungsanzeigen. J. A.: Fiesel und J. Jahn.

Zur Buchdruckerbewegung. Wie uns von dem Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer mitgeteilt wird, ist in Berlin die Verkürzung der Arbeitszeit in mehr als 100 Buchdruckereien seit gestern eingeführt worden; darunter befinden sich alle größeren Offizinen. Die übrigen Geschäfte befinden sich mit ihrem Personal noch in Unterhandlung betreffs der Reduzierung der Arbeitszeit. Von den erstgenannten Firmen haben 52 die gleiche Arbeitszeit für das gesamte Personal eingeführt.

## Dreyfaches und letzte Nachrichten.

Leipzig, 4. Mai. (B. Z. B.) Das Verfahren in dem Landesvertrags-Prozess gegen den Ingenieur Ancillon aus Urfelle ist dem Leipziger Tageblatt zufolge nunmehr durch Beschluß des Reichsgerichts wegen mangelnder Beweise eingestellt worden.

Prag, 4. Mai. (B. Z. B.) Hier ist Hochwasser eingetreten. Die Vororte Lieben, Pödböna, Kaisergraben, ebenso ein Teil der Josef Kampa sind überschwemmt. Die Meldungen von den Uferorten Eiböbimens lauten bedrohlich, das Wasser steigt schnell; die Wasserkommission ist unangesehnt thätig.

## Reichstag.

83. Sitzung vom 4. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation **Auer** und **Genossen**: „Zu dem Herrn Reichskanzler befannt, daß der Reichstags-Abgeordnete **Bueb** am 25. April 1896 abends in Mülhausen i. E. verhaftet worden ist? Ist der Herr Reichskanzler geneigt, diejenigen Beamten, welche die Verhaftung unter Verletzung des Artikel 31 der Reichsverfassung veranlaßt oder vorgenommen haben, die erforderliche strafrechtliche Verfolgung zu veranlassen?“

Nachdem Staatssekretär **v. Bötticher** sich bereit erklärt hat, sofort zu antworten, erhält das Wort zur Begründung der Interpellation

**Abg. Stadthagen (Soz.)**: Es handelt sich nicht um ein Privilegium des Abg. **Bueb**, sondern um die Wahrung der Rechte des Reichstags, damit der Reichstag in Vollständigkeit seiner Pflicht nachkommen kann, ohne Rücksicht auf die eigentümlichen Anschauungen der Beamten, daß daher der Reichstag allein das Recht hat, zu bestimmen, ob seine Mitglieder verhaftet werden sollen. Es hat eine Untersuchung und Verhaftung stattgefunden, ohne daß der Reichstag befragt worden ist. Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen haben wohl die Nerven einiger Beamten erregt. Ein ganz harmloses Flugblatt, welches der Mülhauser sozialdemokratischen Zeitung am 24. April beigelegt war, wurde als gefährlich betrachtet. Redner verliest das Flugblatt, welches von dem Wahlrecht, der Eintragung in die Wählerliste u. handelt. Am 25. April wollte der Abg. **Bueb** das Haus verlassen, wurde aber von einem Schutzmann aufgehalten, bis der Kriminalkommissar kam, welcher von der Eisenbahn her Kenntnis von der Ankunft einer Drucksachensendung zu haben behauptete und diese Drucksachen mit Beschlag belegte. Da **Bueb** die Flugblätter nicht herausgeben wollte, wurde er verhaftet, ohne daß ein Grund angegeben wurde. Er sandte Telegramme an den Präsidenten des Reichstages und an **Bebel**. Der Staatsanwalt kam am nächsten Tage und sagte, der Grund der Verhaftung sei ein vierfacher: Ein Kolportagevergehen, wohl wegen Verletzung der Flugblätter zur Zeitung; Verächtlichmachung der Staatseinrichtungen, Beleidigung und schließlich Verleumdung beschlagnehmter Drucksachen. Eine Beschlagnahme der Flugblätter hatte aber gar nicht stattgefunden. Am Freitag Morgen wurden die Flugblätter verstreut; wenn bis Sonnabend Abend keine richterliche Handlung erfolgt war, konnte also nicht Gefahr im Verzuge sein; ein Grund zur Verhaftung lag nicht vor. Alle vier Verbrechen sind nicht erfolgt und keineswegs derartige, daß eine Verhaftung, wie sie Artikel 31 der Verfassung im Falle der Ergreifung auf frischer That zuläßt, zu rechtfertigen ist. Solche Verhaftungen ohne Grund werden bei Beamten mit einer schweren Strafe bedroht. Wenn statt des Abg. **Bueb** der Reichskanzler von diesen Maßnahmen betroffen worden wäre, würden da die Bestimmungen des Strafgesetzes auch außer Anwendung geblieben sein? Der Polizeibericht des Mülhauser „Eypres“, welcher der dortigen Polizei sehr nahe steht, suchte das unrechtmäßige Handeln der Beamten zu rechtfertigen durch eine falsche Darstellung des Sachverhalts. Redner faßt den Reichskanzler, ob er geneigt sei, einzuschreiten gegen die Beamten, die so umspringen mit der Freiheit der Reichstagsabgeordneten.

**Staatssekretär Nieberding**: Die Frage, um welche es sich handelt ist die: Ist bei der Verhaftung des Reichstags-Abgeordneten **Bueb** Artikel 31 verletzt worden, wenn ja, ist der Reichskanzler bereit, gegen die Beamten vorzugehen? Der Reichskanzler hat sich mit der Regierung von **Elsas-Lothringen** in Verbindung gesetzt, um die tatsächlichen Aufklärungen zu erhalten. Am 25. April kam es zur Kenntnis der Polizei und des Staatsanwalts, daß in Mülhausen ein Flugblatt kolportiert werde, welches in größeren Massen in die Stadt eingeführt sei. Herr Stadthagen hat das Flugblatt als harmlos bezeichnet, während die Staatsanwaltschaft mehrere Stellen beanstandet hat, z. B. die Stelle, daß Armut in Wahlgesetz als eine Schande erklärt sei, daß derjenige, welcher Armenunterstützung empfängt, vom Landbesitz noch besonders geschädigt worden ist. Darin erblickt die Staatsanwaltschaft den Tatbestand des § 131. (Sachen bei den Sozialdemokraten.) Es wurde nach den Flugblättern geforscht und im Hause des Herrn **Bueb** zwei Ballen davon gefunden. Sie wurden beschlagnahmt, wozu der Staatsanwaltschaft mündlich und schriftlich Mitteilung gemacht wurde. Als die Beamten das mit Beschlag belegte Material abholen wollten, fanden sie das Material nicht mehr vor; Herr **Bueb** lehnte es ab, den Verbleib anzugeben. Die Staatsanwaltschaft erblickte darin den Tatbestand des § 187 des Strafgesetzbuchs. Auf Grund der Thatbestände, daß der Abg. **Bueb** unmittelbar auf der That betroffen war, daß er weiterhin die Beseitigung des Materials bewirken würde, um die Spuren des Vergehens zu vernichten, wurde die Verhaftung verfaßt auf Grund der Strafprozessordnung. Am nächsten Tage wurde Herr **Bueb** verhört und erklärte sich über den Verbleib der Sachen, die denn auch gefunden wurden. Darauf wurde Herr **Bueb** wieder in Freiheit gesetzt. Die Verhaftung hat sich vollzogen in unmittelbarem Anschluß an die nicht abgelegnete Straftat, also unter Beachtung der Vorschriften des Artikel 31 der Verfassung. Daß Artikel 31 nur die Fälle treffe, wo der Täter sich der Verhaftung entziehen wolle, ist unzutreffend. Jeder Täter kann verhaftet werden, ob das Vergehen ein schweres oder leichtes ist. Wird die Verhaftung nicht sofort aufgehoben, so muß für ihre Verlängerung die Befragung des Reichstages erfolgen. Die Verhaftung des Herrn **Bueb** ist innerhalb der Zeit erfolgt, innerhalb welcher der Staatsanwalt berechtigt ist, die Verhaftung zu vollziehen. Eine Verletzung des Art. 31 liegt nicht vor; die Beantwortung der zweiten Frage ergibt sich daraus von selbst, ganz abgesehen davon, daß es nicht Sache des Reichskanzlers ist, Beamten einer Landesbehörde wegen eines Vergehens zu verurteilen. Solange der Instanzengang nicht erschöpft ist, hat der Reichskanzler keine Veranlassung, sich mit der Sache zu befassen und auch dieses Haus hat es abgelehnt, eine vorzeitige Würdigung solcher Dinge einzutreten zu lassen.

Auf Antrag des Abg. **Singer** tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

**Abg. Lenzmann (fr. Sp.)**: Was der Staatssekretär des Reichstages zuhört, vorgebracht hat, hat mich nicht überzeugt von der Berechtigung der Verhaftung. Der Reichstag hat das allergrößte Interesse daran, zu dieser ungerechtfertigten, gesetzwidrigen Verhaftung Stellung zu nehmen, wenn nicht der Respekt vor dem Reichstage verschwinden soll. Jede Verletzung der Majestät, der Krone, wird mit den schwersten Strafen bestraft, aber der Frevel an der Majestät der Volkvertretung, die mindestens ebenso heilig sein sollte, wie die Majestät des anderen Faktors der Krone, der Frevel an der Majestät des Volkes, wird entschuldigt. Es lag kein Grund zur Verhaftung vor, weder Fluchtverdacht, noch die Möglichkeit der Verdunkelung der Thatfachen. Die Sozialdemokraten haben im allgemeinen das Martyrium für ihre Ueberzeugung auf sich genommen, um dadurch ihre Sache zu fördern. Auf

den schnurrigen Gedanken, daß nun gar ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter sich der Strafe durch die Flucht entziehen könnte, wird wohl die Staatsanwaltschaft selbst nicht gekommen sein. Eine Verdunkelung der festgestellten Delikte: Kolportagevergehen u. s. w., konnte nicht mehr erfolgen. Verhaftungen sollen nur vom Richter, nicht von der Staatsanwaltschaft vorgenommen werden; das ist die einzige Garantie, die wir für die Freiheit noch haben. Die geschwundene Verhaftung wird doppelt frevelhaft, weil sie sich gegen einen Reichstags-Abgeordneten richtet. Welches der vier Delikte den Anlaß zur Verhaftung gegeben hat, ist nicht bekannt. Es müssen also alle vier Gründe in Betracht gezogen werden. Das Flugblatt war früher als 24 Stunden vor der Verhaftung verbreitet worden; damit war die Verächtlichmachung und die Beleidigung auch schon 24 Stunden vollendet. Es kann also nur die Beseitigung der beschlaggenommenen Drucksachen in Betracht kommen. Ich behaupte aber, daß keine Beschlagnahme erfolgt ist, daß Herr **Bueb** von einer solchen nichts befannt geworden ist, wie Ihnen vielleicht Herr **Bueb** nachher feierlich selbst versichern wird. Das Wort des Herrn **Bueb** ist mir werthvoller als das Wort eines Polizeibeamten in **Elsas-Lothringen**, der seine geschwundene Handlung entschuldigen will. Beschlagnahme Ballen Drucksachen hätte man Herrn **Bueb** nicht zur Verfügung gelassen; so schlapp ist die Polizei im **Elsas** nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr **Bueb** hätte doch geradezu verrückt sein müssen, wenn er bei der Kreisdirektion noch die Kolportage-Erlaubnis für beschlagnommene Drucksachen nachgesucht hätte. Wenn die Beschlagnahme stattgefunden hat, so besteht sie heute noch, warum ist denn die richterliche Befähigung nicht nachgeprüft worden? Wie wenig berechtigt die Verhaftung war, beweist die Entlassung, die doch nicht erfolgt ist, weil er den Fluchtverdacht beseitigt hat, sondern weil er die Papiere herausgegeben hat. Man hat ihn durch diese moderne Tortur zu einer Handlung genötigt, zu der er gesetzlich nicht verpflichtet war. Mit Art. 31 der Verfassung ist Mißbrauch getrieben worden. Ich schließe mich dem zweiten Theil der Interpellation nicht an; ich fordere Herrn **Bueb** auf, bei der Staatsanwaltschaft Denunziationen einzureichen gegen den Staatsanwalt und die Polizei; wir werden abwarten, ob die Anklageerhebung abgelehnt wird. Ich hoffe, daß selbst in **Elsas-Lothringen** sich noch Richter finden werden, welche in Bezug auf die Freiheit des Bürgers und der Reichstags-Abgeordneten anderer Meinung sind als der Staatssekretär des Reichs-Justizamts. Der Polizeibeamte kann freigesprochen werden, weil unsere Polizeibeamten so erzogen sind, daß sie keine Achtung vor der Freiheit des Bürgers haben. Die Polizei ist nicht mehr die Gasse, welche im Pferdehals die Mäuse wegfängt; sie hat die Rolle des Pferdes selbst übernommen, welches nach hinten und vorn ausschlägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß wir die **Elsas-Lothringer** dadurch gewinnen, daß die Gesetze verletzt werden, daß ihr Abgeordneter in seiner persönlichen Freiheit nicht geschädigt wird? Die Kläffer werden dadurch nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß sie einem Rechtsstaat angegliedert sind. Es wäre besser gewesen, wenn die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärt hätten, es ist ein Unrecht begangen und es soll gesühnt werden, wenn man nicht durch seine juristische Deduktionen das entschuldigt hätte, was nicht zu entschuldigen ist.

**Staatssekretär Nieberding**: Der Reichskanzler würde sicher kein Bedenken tragen, zuzugehen, daß eine geschwundene Handlung vollzogen ist, wenn das wirklich der Fall wäre. Herr Lenzmann hat zwar mit großer Entschiedenheit behauptet, Art. 31 der Verfassung sei verletzt, aber seine Deduktionen bezogen sich auf die Verletzung der Strafprozessordnung, über welche zu urtheilen dem Reichstag jetzt das Material fehlt. Die beschlaggenommenen Drucksachen sind beseitigt worden; das ist eine Beseitigung der Spuren der That. Daß eine Beschlagnahme erfolgt sei, wird allerdings von Herrn **Bueb** bestritten. Das Protokoll des Beamten spricht von einer Beschlagnahme, die Herr **Bueb** auch mündlich mitgeteilt worden ist. Herr **Bueb's** Wort in Ehren, aber er kann sich irren. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ein Reichsgerichts-Erkenntnis besagt, daß eine besondere Aufzeichnung über die Beschlagnahme nicht zu erfolgen braucht, daß die Bezeichnung der beschlaggenommenen Drucksachen vollständig ausreicht. Ob die Beschlagnahme aufrecht erhalten ist, weiß ich nicht; ich habe darüber keine Information eingelesen. Die Beschlagnahme ist in Gegenwart und mit Zustimmung des Betroffenen erfolgt; da bedarf es der richterlichen Befähigung nicht. Herr **Bueb** wurde freigelassen, als das verschwundene Material wieder in die Hand der Polizei gelangt war; seine Entlassung mußte also stattfinden. Es zeigt sich doch, wie unsicher es ist, solche Dinge unter Präjudiziation der höheren Instanz einer Würdigung zu unterziehen.

Ich lehne eine Würdigung der Thatfachen ab. Ich bin der Ansicht, daß man vorgegangen ist unter voller Beachtung der Gesetze.

**Abg. Lieber (Z.)**: Wir wollen die dem Reichstage verliehene Immunität nicht um ein Jota verkümmern lassen; denn tu res agitur, paries cum proximum ardet. Der Staatssekretär hält sich bezüglich der Beschlagnahme an die Berichte der Behörden, aber nach unseren Erfahrungen kann er uns nicht zumuthen, daß wir ihn ohne weiteres folgen. Mindestens müssen wir sagen: non liquet. Die Verfassung ist mindestens mittelbar verletzt worden. Die Verhaftung muß an sich gerechtfertigt werden, Fluchtverdacht liegt nicht vor. Es sollte die Möglichkeit vorliegen, daß die Spuren der That verwischt würden. Herr **Bueb** hat sich als Verfasser und Verbreiter des Wahlflugblattes bekannt; nach diesem Zugeständnis war es nicht mehr möglich, die Spuren der That zu vernichten. (Weiterkeit bei den Soz.) Die Verhaftung war geschwunden und daher eine Verletzung der Reichstags-Abgeordneten gegenüber eine Verfassungsverletzung. Wir müssen unser lebhaftes Bedauern und unsern Widerspruch aussprechen. Ich wundere mich, daß Herr Lenzmann den zweiten Theil der Interpellation so ganz verworfen hat. Soll denn der Reichstag über die Verhängung künftiger Fälle der Verfassungsverletzung gar nichts sagen? Mit den Einzelregierungen haben wir nicht zu verhandeln; wir haben als einzigen verantwortlichen Beamten den Reichskanzler vor uns, der veranlassen muß, daß die Beamten der Einzelstaaten bestraft werden. Das muß ich ausdrücklich gegenüber der Antwort des Staatssekretärs feststellen. Der letztere hat gemeint, es fehle dem Reichstag das Material zur Beurteilung der Frage; ich hätte erwartet, daß er wenigstens dem Reichstage das Material in Aussicht gestellt hätte; ich behalte mir mit meinen Freunden das weitere in dieser Sache vor.

**Abg. Nicker (fr. Sp.)** schließt sich dem Vorredner an; der Reichstag darf sich bei der Erklärung des Staatssekretärs nicht beruhigen. Die Stellen des Flugblattes über die Armut, die eine Schande sei, soll ein strafbares Vergehen enthalten. Das Volk wird das nicht verstehen; denn man ist durch die Kost des Bundes der Landwirthe und der Antisemiten an ganz andere Dinge gewöhnt.

**Abg. v. Stamm (Rp.)**: Die Verfassung muß beobachtet werden allen Abgeordneten gegenüber. Für mich ist entscheidend die Frage der Beschlagnahme. Wenn die Aussage des Herrn **Bueb** gegenüber steht dem amtlichen Bericht, dann kann ich

diesem letzteren gegenüber keine andere Darstellung anerkennen, selbst wenn sie von einem Reichstags-Abgeordneten ausgeht. Die schriftliche Erklärung eines vereideten Beamten ist von größerer Bedeutung als die Erklärung eines Beteiligten. Man hätte also zunächst abwarten müssen, wie dieses Mißverständnis sich auflöst. Wenn die Sache von allen juristischen Listen und juristischen Motiven losgelöst wird, so steht sie so: das Flugblatt ist beschlagnahmt worden und nach wenigen Stunden sind die beschlaggenommenen Ballen verschwunden. Darin liegt eine Beseitigung der Spuren. Ob das Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft zweckmäßig war, liegt auf einem andern Brett. Wenn ein Nicht-Reichstags-Abgeordneter auf Grund dieser Thatumstände hätte verhaftet werden können, warum soll ein Reichstags-Abgeordneter frei ausgehen? Es ist als die Aufgabe des Reichstages hingestellt worden, seine Würde zu wahren. In dubio ist das richtig. Aber in Bezug auf die Befolgung der Gesetze sollten die Reichstags-Abgeordneten dem Volke mit einem guten Beispiele vorangehen. (Zuruf: Duell! Weiterkeit.) Wenn Herr Lenzmann die Beleidigung des Reichstages mit Majestätsbeleidigungen auf die gleiche Stufe stellt, so ist das bei einem Juristen verwunderlich; denn das Strafgesetz stellt die beiden Dinge nicht gleich, auf die monarchische Gesinnung brauche ich mich nicht erst zu berufen. Die Abgeordneten, welche nach Art. 32 der Verfassung zu unrecht hier sitzen, welche eigentlich nicht berechtigt sind, hier zu sitzen (Zuruf der Sozialdemokraten: bloß Sie sind dazu berechtigt!) können sich nicht auf die Reichsverfassung berufen. Die Sozialdemokratie breitet sich in **Elsas-Lothringen** unter dem Schutze der deutschen Verwaltung immer mehr aus; zur französischen Zeit war sie vollständig unbekannt. Ich muß dagegen protestieren, daß hier im Hause immer wieder der Versuch gemacht wird, die Autorität der Behörden herabzusetzen. (Widerspruch links.)

**Abg. Bueb (Soz.)**: Am 25. April nachmittags sollte ich mich zur Kreisdirektion begeben, um die polizeiliche Kolportageerlaubnis für die übrig gebliebenen, nicht der Zeitung beigelegten Flugblätter zu erhalten. Ich wurde von einem Schutzmännchen angehalten, fügte mich seinen Anweisungen und blieb zu Hause, bis der Kriminalkommissar kam. Ich gestand, daß die Beilage der Flugblätter bei der Zeitung von mir herühre. Von einer Beschlagnahme und von einem strafbaren Inhalt der Flugblätter war dabei gar keine Rede, sondern nur von der Kolportage. Ich erklärte, daß die noch vorhandenen Flugblätter nicht eber verteilt werden würden, als bis die Genehmigung erteilt worden sei. 1893 wurden aus Basel eingeschickte Flugblätter von der Staatsanwaltschaft in Verwahrung genommen, bis die Genehmigung zur Verbreitung erfolgt sei; dasselbe glaubte ich, sollte jetzt wieder geschehen; ich wollte aber diesmal die Flugblätter nicht in die Verwahrung der Behörden geben. Ich weigerte mich, mein Eigentum herauszugeben; hätte der Kommissar sie beschlagnahmt, dann hätte er sie doch nicht als mein Eigentum gelten lassen, dann hätte ich doch auch nicht die Kolportageerlaubnis für ein strafbares Flugblatt nachgesucht! Beim Vorgehen des Kriminalkommissars habe ich die Genehmigung nachgesucht. Am 2 Uhr war der Kriminalkommissar in meiner Wohnung. Ich wandte mich um 4 Uhr an den Polizeipräsidenten und er theilte mir nicht mit, daß die Beschlagnahme erfolgt sei, sondern daß ich mich nach Kolmar begeben müsse. Ich theilte dem Kriminalkommissar mit, daß ich deshalb nach Kolmar reisen würde; trotzdem sprach er wiederum nicht von der Beschlagnahme. Es ist mir so viel beschlagnahmt worden, aber noch niemals hat man mir das Vertrauen geschenkt, beschlagnahmte Dinge mir zu überlassen. (Weiterkeit.) Nach meiner Verhaftung sende ich zwei Telegramme ab, in welchen ich die Ursache der Verhaftung als unbekannt bezeichne; warum sagte man mir dann nicht den Grund der Verhaftung. Die Telegramme wurden nicht abgesandt, trotzdem ich sie bezahlt hatte; am folgenden Tage wurden mir die vier Gründe der Verhaftung angegeben. In dem Protokoll, welches der Staatsanwalt aufgenommen hat, habe ich ausdrücklich bestritten, daß mir von der Beschlagnahme etwas bekannt war. Ich werde jetzt den Weg, den Herr Lenzmann mir angerathen hat, einschlagen und Beschwerde gegen die Verhaftung erheben. Ich bedauere, daß meine Person Anlaß zu dieser Debatte gegeben hat, aber zur Kennzeichnung der Zustände in **Elsas-Lothringen** war die Interpellation notwendig. Wenn die Mitglieder des Reichstages mit gutem Beispiel vorangehen sollen, wie Herr v. Stamm meint, so habe ich kein schlechteres Beispiel der Gesetzesverletzung gegeben wie andere Leute. (Zuruf: Duell!)

**Staatssekretär Nieberding**: Es freut mich, daß der Vorredner den Weg der Beschwerde betreten will. Da wird sich ja der Widerspruch lösen, der jetzt besteht zwischen den Aussagen der Beamten und des Herrn **Bueb**. Daß der Polizeipräsident von der Beschlagnahme nichts wußte, ist selbstverständlich; denn die betreffenden Beamten handelten auf Anordnung des Staatsanwalts; daß die beschlaggenommenen Sachen bei Herrn **Bueb** gelassen wurden, erklärt sich daraus, daß er erklärt hatte, die Sachen ständen zur Verfügung der Polizei (Widerspruch des Abg. **Bueb**). Der Grund der Verhaftung war, daß die Gefahr der Beseitigung der beschlaggenommenen Drucksachen vorlag; der Verdacht nach dieser Richtung hat sich ja auch als nicht unbegründet ergeben.

**Abg. Lenzmann**: Ich habe nicht die Majestätsbeleidigungen der Verleumdung des Reichstages gleichgestellt. Mein demokratisches Gefühl verlangt, daß die Verleher der Majestät der Volkvertretung auch gestraft werden. Den Sozialdemokraten gegenüber habe ich oft die Warnung ausgesprochen, daß sie bei Angriffen gegen Beamten vorsichtig sein sollten. Wenn ich schärfer gesprochen habe, so habe ich die persönliche Ueberzeugung von dem falschen Verfahren des Beamten gehabt. Daß der Polizeipräsident keine Kenntnis von der Beschlagnahme, die bei dem Reichstags-Abgeordneten **Bueb** erfolgt war, haben wollte, glaube ich nicht. Dann müßte er sehr gleichgültig sein gegen solche Vorkommnisse. Der Staatssekretär hält daran fest, daß es sich um die Verhängung der Beseitigung der Spuren eines Vergehens handelte, während das Vergehen schon zugestanden war. Der Richter hat die Beschlagnahme vorzunehmen, nicht Polizei und Staatsanwalt. Der Reichstag muß energisch Stellung nehmen.

**Abg. Bebel (Soz.)**: Erst nachdem wir volle Aufklärung von unseren Kollegen erhalten hatten, sind wir mit der Interpellation vorgegangen. Auf die Aussagen eines Beamten auf seinen Dienstfeld hin legen die Gerichte nicht mehr den Werth wie früher. Der Herr Staatssekretär hätte erkennen müssen, daß große Widersprüche zwischen den beiderseitigen Aussagen vorliegen; er hätte seine Erklärung aufschreiben müssen, bis er beide Theile gebört hatte. Der Staatssekretär hat sich aber lediglich auf die Berichte des Beamten berufen. Bei den Beamten, welche eine ungesetzhliche Handlung begehen, findet der Richter niemals die böse Absicht, die bei dem einem Gesetze zuwiderhandelnden Arbeiter ohne weiteres vorausgesetzt wird. Mit dieser Debatte ist die Sache noch nicht abgemacht. Wir werden untersuchen, welche anderen Schritte noch zu thun sind, um die Rechtsverletzung zu sühnen. Herr **Bueb** wird die ihm gestrichenen Schritte thun, und wenn die Anklage gegen die Beamten nicht erhoben wird, dann werden wir an den Reichstag mit einem Antrag kommen.

**Abg. Lieber (Z.)**: Es handelt sich jetzt nur noch um den

Bruch der Beschlagnahme, und auch dieses Vergehen ist festgesetzt, denn Herr Buch hat dem Kriminalkommissar gesagt: „ich habe die Druckfaden weggebracht, weil ich sie für mein Eigentum halte.“ Danach war also die Verhaftung gar nicht mehr gerechtfertigt. Wenn aber eine Beschlagnahme überhaupt nicht vorlag, dann konnte auch ein Bruch derselben nicht erfolgen. Nach dem Grundsatz in dubio pro reo muß also um so eher der Artikel 31 der Verfassung in Anwendung kommen. Als 1871 über einen Antrag des Herrn Schweizer ebenfalls über eine Verhaftung eines Abgeordneten verhandelt wurde, da erklärte Fürst Bismarck, der gelehrte Lehrer des Herrn v. Stumm, daß die Interessen des Reichstages den Interessen der lokalen Polizei vorzuziehen. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Nieberding: Ich bin nicht in meinen Erklärungen zurückgewichen, sondern halte meine ersten Erklärungen aufrecht.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. Es folgt die erste Verabredung des Gesetzentwurfes betreffend den Abgabentarif für den Kaiser Wilhelmkanal.

Abg. Dammacher (nall.) verweist darauf, daß die Einnahmen aus den Kanalgebühren sehr gering gewesen sind, daß sie nicht einmal die Verwaltungskosten decken. Als internationale Verkehrsstraße hat der Nord-Ostsee-Kanal bisher eine sehr geringe Bedeutung gewonnen. Soll er diese gewinnen, so muß der Tarif abgestuft werden nach der Größe der Schiffe. Es muß danach gestrebt werden, eine mäßige Herabsetzung der Tarife herbeizuführen. Da aber jetzt noch nicht zu übersehen ist, wie die Tarife gestaltet werden müssen, so wird es am zweckmäßigsten sein, die gesetzliche Regulierung noch einige Jahre hinauszuschieben. Redner bittet um weiteres statistisches Material und empfiehlt eine schnellere Durchsicht durch den Kanal zu gestatten.

Gesamtrath Jouquinères stellt fest, daß das statistische Material erweitert sei, daß eine schnellere Durchsicht schon jetzt stattfinden.

Abg. Mollenhuth (Soz.) hält eine Regelung des Tarifes im Interesse der kleinen Schiffe für notwendig, nicht für große Schiffe solle eine Ermäßigung der Abgaben eintreten. Die höheren Abgaben werden erhoben wegen der großen kostspieligen Anlagen, von denen aber die kleinen Schiffe keinen vollen Gebrauch machen können.

Gesamtrath Jouquinères erklärt, daß die Kleinschiffahrt mit dem Tarif zufrieden sei; es fehlt eben der Verkehr der großen Schiffe.

Abg. Graf Udo Stolberg (l.) widerspricht der Ermäßigung der Tarife für die größeren Schiffe, weil dadurch den ohnehin bedrängten kleinen Schiffen Schwierigkeiten bereitet werden.

Abg. Dammacher: Wenn die Tarife nicht herabgesetzt werden, können die großen Schiffe den Kanal nicht benutzen. Deshalb ist eine allgemeine Herabsetzung der Tarife notwendig. Eine Kommissionsberatung wird nicht beliebt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Zweite Beratung des Margarinegesetzes.)

## Die Kommission für Arbeiter-Statistik

beschäftigte sich am Dienstag und Mittwoch mit den Erhebungen über die Verhältnisse in der Wäschefabrikation und Wäschekonfektion. Es sind 22 Auskunftspersonen geladen, wovon in diesen beiden Tagen 28 gehört worden sind. Die Auskunftspersonen waren aus Berlin, Bielefeld, Aue in Sachsen, Breslau und Köln. Nach den bisherigen Erhebungen liegen die Verhältnisse günstiger als in der Kleiderkonfektion. Zum Teil dürfte die günstigere Lage der Arbeiter darauf zurückzuführen sein, daß in dem Wäschegeschäft die Saisonmoden die Arbeitsperioden noch nicht auf so kurze Zeitabschnitte zusammengebrängt haben, wie dieses in der Kleiderkonfektion der Fall ist. Aus einer großen Wäschefabrik wurden die Löhne der geübten Arbeiterinnen, d. h. von solchen die mindestens 2-3 Jahre auf diese Sachen gearbeitet haben, wie folgt angegeben: Näherinnen pro Woche 13-16 Mark, Arbeiter an der automatischen Knopfmachmaschine 17 bis 18 Mark, wovon bei gewöhnlichen Arbeiten 6-7 pCt. bei Schumannen 10-12 pCt. und bei Knopflöchern noch etwas mehr für Garn in Abzug gebracht werden muß. Wäscherinnen verdienen im Durchschnitt 18 M. Plätterinnen erhalten für ein Duzend Manschetten 45-70 Pf., für Kragen 22 1/2-40 Pf. Der Stolz der Berliner Wäschefabrikanten sind aber die Parias des Geschäfts. In der ganzen Welt wird die Berliner seine Herrenwäsche bevorzugt, weil diese mit der Hand genähte Knopflöcher hat. Eine Knopfmachmaschine erhält, wenn sie in der Fabrik ohne Maschine Knopflöcher näht, für 30 Knopflöcher 50 Pf. In den meisten Fällen wird diese Arbeit als Hausarbeit ausgegeben. In Berlin und Umgebung, selbst bis Brandenburg, beschäftigen sich Frauen und Mädchen mit Knopfmacherei, sie erhalten 35 Pf. für 36 Knopflöcher. Eine fleißige geübte Arbeiterin kann nach Aussage der Fabrikanten 8 Pf. pro Stunde bei dieser Arbeit verdienen.

Ungünstiger als in Berlin sind die Lohnverhältnisse in Bielefeld, wo für ein Duzend Einfache 35-50 Pf. bezahlt wird und die Näherinnen einen Wochenlohn von 6-11 M. erzielen können. Ein Fabrikant aus Bielefeld berichtete, daß Näherinnen 1,50-2,50 M. täglich verdienen können.

Aus Aue wurde berichtet, daß dort die Zuschneider 3 Jahre lernen müssen und im ersten Lehrjahre 100 M., im zweiten 200 M. und im dritten 300 M. gezahlt werden. Gelehrte Zuschneider erhalten 12-24 M. Wochenlohn. Stempelerinnen erhalten dort 6-12 M. Wochenlohn und Näherinnen verdienen 6-18 M. In Aue werden die Wäsche-Arbeiter einer großen Fabrik zum Sparen angehalten. Ein Fabrikant erzählte, daß er den im festen Lohn stehenden Arbeitern nur dann Lohnzulage bewillige, wenn diese sich verpflichten, die Lohnzulage regelmäßig zur Sparkasse zu bringen. Durch Zufall ist es gekommen, daß sämtliche Auskunftspersonen aus Aue aus einem und demselben Geschäft sind. Es konnten deshalb die Verhältnisse aus anderen Betrieben nicht besprochen werden.

Mehr als bei der gestärkten Wäsche hat sich bei der ungegärten Wäsche das Zwischenmeisterstystem eingebürgert. Hier haben die Zwischenmeister Nähtuben und geben gleichzeitig Arbeit an Hausarbeiter. Während in der feineren Konfektion für Damenhemden 3 M. bis 6 M. pro Duzend bezahlt wird, kommen bei den billigen Sachen unglaublich niedrige Löhne vor. Es wurde berichtet, daß Parabend-Hemden pro Duz. für 1,20 bis 1,40 M. gemacht werden. Von diesem Lohn muß die Arbeiterin noch das Garn bezahlen. Der Unternehmer, welcher so niedrige Löhne zahlt, klagt noch darüber, daß er nach Schlesien, Ost- und Westpreußen, sowie einzelnen Theilen des Rheinlandes nicht liefern könne, weil dort dieselben Sachen für noch niedrigere Löhne gemacht werden.

Aus Breslau waren nur Auskunftspersonen erschienen, welche nur seine Waaren herstellen, es legte eine Arbeiterin, welche mit ihrer Schwester zusammen arbeitet, ihr Lohnbuch vor, aus welchem hervorging, daß die beiden Schwestern im Jahre 1895 1042 M. ausgezahlt erhalten hatten, wovon ca. 50 M. für Ausgaben in Abzug zu bringen sind. Um diesen Jahresverdienst von 500 M. zu erreichen, hat die Näherin nach ihrer Aussage oft bis 11 Uhr abends arbeiten müssen. Ein Fabrikant gab die Wochenlöhne der Handnäherinnen auf 6 bis 7 M. an, während die Maschinennäherinnen es zu einem Wochenlohn bis 12 Mark bringen. Derselbe Fabrikant schilderte die sogenannten Nothandsarbeiten. Dort wird die Noth armer Frauen und Mädchen ausgebeutet, indem man ihnen Arbeit giebt, womit sie sich vor dem Verhungern schützen sollen. Diese „Notharbeiten“ zahlen für ein Duzend Hemden 90 Pf., wovon die Näherinnen noch das Garn bezahlen müssen. Derselbe Fabrikant sprach die Befürchtung aus, daß diese Ausbeuter durch ihre Schlanderfonturzen das ganze Geschäft an sich reißen werden.

Die günstigen Verhältnisse wurden aus Köln berichtet. Dort wird die ungegärte Wäsche auch in einer Fabrik hergestellt. Eine Fabrik, welche 70 Arbeiterinnen beschäftigt, hat 9 Lehrmädchen erhalten in den ersten sechs Monaten keinen Lohn. In den folgenden sechs Monaten wird ihr Tageslohn von 50 Pf. bis 1 M. gesteigert. Sie erhalten nach vollendeter Lehrzeit von 1,20 M. pro Tag bis 3 M. täglich. In dieser Fabrik sind 10 Näherinnen beschäftigt, welche den höchsten Lohnsatz erreicht haben. Auch Heimarbeitern wiesen durch ihr Lohnbuch nach, daß sie in den letzten neun Wochen einen Durchschnittslohn von 18,40 M. pro Woche erzielt hatten. Sie hatten aber, um diesen Lohn zu erreichen, täglich 15 Stunden gearbeitet.

## lokales.

**Zur Lokalliste:** In Nieder-Schönbäumen steht den Parteigenossen das „Klubhaus Sanssouci“, Lindenstraße 25 (früher Thieme) wieder zur Verfügung.

**Zu der Lokalliste für Spandau** ist noch das Lokal von Freund, Inselgarten, Pichelswerder, nachzutragen.

**Aus Lehrerkreisen** wird uns geschrieben: Die Frage der Ferien für die Gemeindefschulen ist nun durch einen Beschluß des Provinzial-Schulkollegiums auf längere Zeit entschieden. Bekanntlich haben laut Bestimmung der Berliner Schuldeputation die Ferien der Gemeindefschulen zum Teil eine andere Lage, als die der höheren Schulen. Zugleich besteht noch eine Differenz darin, daß letzterer Schulgattung im Jahre eine um 3 Tage längere Pause gewährt wird. Jahrelang ist nun seitens der Lehrer bei der städtischen Verwaltung um Befreiung dieser Verschiedenheiten petitionirt worden. Der Lehrerverein ist der Ansicht, daß das Kind des Arbeiters hier nicht anders behandelt werden soll, als das des Wohlhabenden, und daß dem Lehrer der Armen eine Erholung von seiner Arbeit ebenso notwendig und dienlich sei, wie demjenigen, der Kinder aus „besseren“ Ständen zu unterrichten hat. Bislang vermochte die Schuldeputation aber diese Ansicht nicht zu ihren Gunsten zu machen. Auch in diesem Jahre hat sie nach langer Berathung festgestellt, daß die bisherige Verschiedenheit weiter zu wahren sei. Ein Gesuch des Lehrervereins an das Provinzial-Schulkollegium, diesem Beschlusse der Schuldeputation die Befreiung zu versagen, ist in den letzten Tagen abgelehnt und beantwortet worden. Auch dort hält man, wie nicht anders anzunehmen war, den bestehenden Dualismus für das Richtige.

So bleibt es also dabei, daß jedes Proletariatskind auch an den Ferien schon erkennen kann, daß es einer besonderen Gesellschafts-Klasse angehört. Das ist für die frühzeitige Regung und Stärkung des Klassenbewußtseins vielleicht nicht von geringem Vortheil. Besonders lehrreich wird die endgiltige Lösung dieser Frage aber für die Volksschul-Lehrer sein. Noch eine große Zahl unter diesen glaubte, daß die freistündigen Berater der Berliner Gemeindefchulwesen einer solchen untergeordneten Angelegenheit, wie die Ferienfrage es ist, einer reinen Zweckmäßigkeitfrage gegenüber sich auf den Standpunkt der Petenten stellen werden. Man meinte, die drei Tage Ferienverlängerung, die, wenn man die Ferien der höheren Schulen nun einmal nicht verkürzen will, dabei allein in Betracht kommen, können unmöglich eine Ablehnung motiviren; denn man geise ja bei anderen Gelegenheiten, wie Königsbesuchen, Paraden, Kircheneinweihungen u. s. w. nicht mit Freigebung der Schulstunden. Diese Vertrauensseligkeit hat aber durch den Beschluß der Schuldeputation und die Entscheidung des Provinzial-Schulkollegiums einen argen Stoß erlitten. Besonders groß fühlen sich diejenigen getroffen, die Kinder auf höhere Schulen schicken. Immer und immer wieder hört man die Ueberzeugung zum Ausdruck kommen, daß es doch vergebliches Bemühen ist, für sich und die anvertrauten Schüler von dem jetzigen Bürgerthum eine gleichmäßige Behandlung zu erlangen. Man wird des frechtlichen Sittens endlich müde und blickt immer mehr zu der Partei, die auf Grund der allgemeinen Menschenrechte derartige Differenzen ausgleicht, und sieht täglich klarer, daß die jetzt begründete Volksschule nur durch diejenigen zum Ausfließen und zur Bedeutung gebracht werden kann, welche ein wirkliches Interesse an ihr haben; und das sind die Angehörigen des vierten Standes.

**Der Lehrer im „Intelligenzstaat“.** Vom Genossen Sonnenburg aus Friedrichshagen erhalten wir folgende Zuschrift: Zu der unter obiger Stichmarke in der letzten Sonntagsnummer enthaltenen Notiz bemerke ich zur Ergänzung noch folgendes: Der Lehrer Rossow, der aus Kirchhofen, einem kleinen Orte des Kreises Storkow nach Friedrichshagen versetzt wurde, hatte an den Gemeindevorstand den Antrag gestellt, die ihm bei seinem Umzuge noch 3. entstandenem Korken für den Transport von Kartoffeln, Kohlen und Holz, zusammen circa 38 Zentner, zurückzuhalten. Die Forderung lautete auf 15 M. Als der Antrag des R. in der hiesigen Gemeindevertretung zur Debatte stand, verbieth sich die Vertretung dazu vollständig ablehnend. Es wurde angeführt, daß der R. die betreffenden Gegenstände sehr gut in seinem früheren Wohnorte verkaufen könnte. Der Antrag müsse deshalb abgelehnt werden. Mit demselben Recht hätte R. ja einen ganzen Kohlenplatz auf Kosten der Gemeinde fr. transportiren lassen können. Ich war der einzige Gemeindevorsteher, der energisch dafür eintrat, dem Lehrer Rossow die fünfzehn Mark zu bewilligen. Bei dem Verkauf der Kartoffeln, Holz und Kohlen in seinem früheren Wohnorte hätte R. unbedingt zu seinem Schaden verkaufen müssen; übrigens gehörten diese Gegenstände zum Haushalt und sei die Gemeinde verpflichtet, die Umzugskosten zu tragen. Trotzdem wurde der Antrag gegen meine Stimme abgelehnt. Der Lehrer Rossow ist verheiratet und bezieht nach dem Etat 1896/97 ein Jahresgehalt von 600 M.; dazu kommt ein Wohnungsgeldzuschuß von 150 M., macht pro Jahr 1050 Mark. Jedemfalls wird der Lehrer Rossow aus Vorstehendem ersehen haben, von welcher Seite seine berechtigten Forderung befürwortet wurde.

**Einer überaus gemeingefährlichen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft** sind, wie uns berichtet wird, die Wagenführer der elektrischen Bahn in Spandau unterworfen. Die Arbeitszeit dieser Angestellten dauert bei 75 M. Monatsgehalt gemeinlich von morgens 6 Uhr bis gegen Mitternacht. In die letzte Fahrt beendigt, so hat der Fahrer noch den Wagen abzuliefern, so daß es oft 1 Uhr wird, wenn er endlich nach Hause kommt. Es ist im Publikum allgemein aufgefallen, daß der elektrische Bahnbetrieb weit mehr Unglücksfälle verursacht als früher der Pferdebahnbetrieb. Dies ist wesentlich eine Folge der Ueberanstrengung, die es dem Arbeiter schließlich unmöglich macht, sein Augenmerk überall hin zu richten. Es giebt weder Frühstücks- noch Vesperpause, die Mittagspause, die dieser Tage endlich eingerichtert worden ist, beträgt 40 Minuten; mit dieser einzigen Ausnahme geht die Arbeit ohne Unterlaß weiter. Der Wagenführer hat ferner nicht allein auf das zu achten, was vor ihm geschieht, sondern muß auch in Ermangelung eines Schaffners im Wagen kontrolliren, ob jeder Fahrgast seinen Fahrgroschen opfert. Außerdem leiden die Wagenführer infolge der schnellen Fahrt der Wagen neuerdings weit mehr als früher unter der Zugluft; namentlich stellen sich Erkältungen an den Augen überaus häufig ein. Tritt unter dieser unethischen Ausnutzung ein Unglücksfall ein, so wird der Wagenführer selbstverständlich verantwortlich gemacht; soweit uns bekannt, ist es bislang noch nicht dem Staatsanwalt eingeleitet, für die Opfer, die der Betrieb bei einer derartigen Ausbeutung der Arbeitskraft fordern muß, die Mitglieder der Direktion als die eigentlich Schuldigen verantwortlich zu machen. Bemerkenswert ist noch, daß die Spandauer Straßenbahn durchaus gut prosperirt; das Unternehmen ist bereits zweimal mit erheblichem Nutzen für den Verkäufer in andere Hände übergegangen. Namentlich in letzter Zeit hat sich unter der neuen Direktion der Verkehr ganz bedeutend geboben. Um so fröhlicher, sollte man meinen, müßte

die Behörde, die doch auch ein Wort mitzureden hat, die gegenwärtig beliebte Arbeitsmethode finden.

**Der warrende Magistrat.** Im Gemeindeblatt wird offiziell bekannt gegeben: Durch Erkenntnis des Schöffengerichts ist ein hiesiger Einwohner wegen thätlicher und wörtlicher Beleidigung eines Gemeindevorsetzers bezw. Rectors, sowie wegen Hausfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Ferner ist ein hiesiger Einwohner wegen öffentlicher Beleidigung eines Armenkommissions-Vorsetzers zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Man weiß, daß namentlich die Beleidigungen gegen Armenkommissions-Vorsetzer vielfach als Verzweiflungsfälle zu betrachten sind, in denen Arme ihrem Mißbehagen darüber Luft machen, daß auch die letzte Hilfe ihnen vorenthalten wurde.

**Der erste Sonntag der Gewerbe-Ausstellung** ist total verregnet; die 50 000 Besucher, die sich trotz dem hinausgewagt haben sollen, waren am Tage über die Unfertigkeit und am Abend über die mangelhafte Beleuchtung des Unternehmens ungeduldet. Ein schlechtes Geschäft machten natürlich die Restaurateure; sie wollen, wie es heißt, vorgebildet wegen des Mangels an Licht der Verwaltung mit Entschädigungsansprüchen auf sich seigen. Trotz des durchaus nicht bedeutenden Verkehrs hat sich der Stadtbahnbetrieb am Sonntag durchaus unzulänglich gezeigt. Der dort eingeführte 3 Minutenverkehr wird dadurch vollkommen gestört, daß die Züge 2 bis 4 Minuten auf den Bahnhöfen halten, ehe sie Ausfahrt bekommen, und die Fahrgeschwindigkeit der Züge um das Doppelte gemindert wird. So gebraucht ein Zug vom Bahnhof Börse bis zur Ausstellung, welche Strecke er fahrplanmäßig in 21 Minuten zurücklegen hatte, nicht weniger als 52 Minuten, und dabei waren die Züge fast alle leer. In nicht sehr glänzender Mäandlichkeit zeigt sich zum Theil die Berliner Presse. Ein größeres Blatt bringt einen langen Sermon seines Berichterstatters. Der Herr klagt in ruhrenden Worten darüber, wie er am Eröffnungstage trotz seines Grades und seiner Einladungsarte von einem Subalternbeamten der Kolonial-Ausstellung angegriffen und von der Thür gewiesen worden sei. Als ihm einer der Direktoren schließlich wohlwollend gestattet hatte, sich hinter die Büsche zu ziehen, hat der Gute, statt auf diese Beleidigung die entsprechende Antwort zu geben, ruhig von der Gnade Gebrauch gemacht. Ja, er rühmt sich, daß er als freier Mann (!) und im Bewußtsein seiner Pflicht dann auf denselben Wegen gegangen ist, die die Ehre hatten, von den Füßen der Kolonialausstellungs-Veranstalter betreten zu werden. Der Fall ist vielfach charakteristisch. Im übrigen schweigen die Blätter immer noch in Berichten über Feste, bei denen ihre Vertreter dabei sein dürfen. Das Geschlecht der Schmock ist noch lange nicht im Aussterben.

**Wozu? Ein „Wunderwerk der Schreibkunst“** bereitet, wie wir lesen, ein österreichischer Kalligraph für die Berliner Gewerbeausstellung vor. Er hat die Geschichte Berlins nach Streckfuß' bekanntem Werk „Vom Fischerdorf zur Weltstadt“ auf einen Karton von der Größe eines gewöhnlichen Zeitungsblattes zusammengedrängt zu schreiben begonnen. Die Buchstaben werden mit freiem Auge zu lesen sein. Die Kalligraphie in allen Ehren, aber uns will dünken, daß der Oesterreicher der Menschheit entschieden mehr von Nutzen gewesen wäre, wenn er, statt seine zwecklose Künstelei zu üben, auf der Berliner Gewerbeausstellung Erde gegraben hätte.

**In der alten Urania** in der Invalidenstraße 57/58 wird heute Herr Franz Göhrle einen Projektionsvortrag „Ueber Bornholm“, illustriert mit photographischen Aufnahmen, der von Touristen wegen ihrer Naturschönheiten so viel besuchten Insel, halten.

**Eine neue Nacht-Omnibüslinie** hat die Omnibus-Kompagnie Berlin auf der Straße Alexanderplatz-Potsdamerstraße (Ecke Bülowstraße) seit gestern in Betrieb gesetzt. Zunächst fahren 6 Wagen von 10 Uhr 30 Minuten bis 2 Uhr in Zwischenräumen von je 15 Minuten und von 2 bis 5 Uhr in Zwischenräumen von je 20 Minuten. Der erste Wagen fährt vom Alexanderplatz um 10 Uhr 30 Min. und der letzte um 4 Uhr; von der Potsdamerstraße der erste um 11 Uhr 15 Min. und der letzte um 5 Uhr ab.

**Auf dem Auswanderer-Bahnhof** Ruhleben bei Spandau, der allen von Rußland kommenden Auswanderern als Durchgangsstation dient, sind, wie gemeldet wird, die scharfen Zug-Bohlen ausgebrochen. Mehrere Mitglieder einer Familie sind erkrankt; die ganze Familie wurde zurückgehalten und isolirt. Die Sanitätsbehörden von Spandau und vom Kreise Teltow haben scharfe Absperrmaßregeln getroffen. Der direkte Postverkehr nach dem Auswanderer-Bahnhof ist eingestellt.

**Ein Zusammenstoß** zwischen der elektrischen Bahn der Strecke Bönhoffplatz-Treptow und der Pferdebahn der Linie Demminersstraße-Kreuzberg erfolgte Sonntag Nachmittag kurz nach 2 Uhr an der Ecke der Ritter- und Pringensstraße. Der elektrische Wagen fuhr mit solcher Gewalt gegen den Pferdebahnenwagen, daß dieser schwer beschädigt auf den Schienen gehoben wurde. Er mußte nach dem Depot geschickt werden, während der elektrische Wagen seine Fahrt nach etwa 20 Minuten fortsetzen konnte. Ein Fahrgast der Pferdebahn wurde vom Hinterplatz auf die Straße geschleudert, kam aber mit dem Schrecken davon, während ein dem elektrischen Wagen entseigender dreizehnjähriger Knabe anscheinend eine starke Verletzung der Hand erlitten hatte.

**In Johaniethal** tödtete sich am Donnerstag Abend ein Mann in den vierziger Jahren durch einen Revolver-Schuß. Der Todte blieb an der Stelle, wo die That begangen war, kaum fünfzig Schritte vom Bahnhof Niedererschöndeweide entfernt, bis zum Montag Mittag anscheinend unbewacht liegen. Allerlei Besindel hatte bis dahin Aufzug mit der Leiche getrieben; die Rocktaschen der Kleider waren umgekehrt, der Hut, den der Selbstmörder getragen hatte, war mit einem alten Deckel vertauscht, auch war die Leiche schamlos entblößt worden zum Neugieris der vielen Spaziergänger und der Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabriken, welche ihre Pausen vielfach im Freien zubringen. Wie kam es, daß die Behörde nicht für rechtzeitige Fortschaffung oder wenigstens für entsprechende Bewachung der Leiche sorgte?

**Eine heftige Explosion** hat am Montag Morgen auf dem alten Viehhof an der Usedom- und Husstienstraße eine Feuer-Brand-Verursacht. Auf der sogenannten chemischen Versuchsstelle explodirten, wahrscheinlich durch einen elektrischen Funken entzündet, mehrere Ballons mit Acetylen. Echeblich verlegt wurde der Arbeiter Lehmann an den Augen, Ohren und Händen. Der Verlegte wurde auf der Unglücksstelle verbunden und dann in seine Wohnung gebracht. Die Feuerwehr, die zuerst um 5 Uhr 25 Minuten und dann noch zweimal gerufen wurde, arbeitete mit drei Dampfstrahlen und fünf Druckstrahlen bis um 8 Uhr. In das Innere des Gebäudes vermochte sie nicht einzudringen, sie mußte vielmehr das Feuer von allen Seiten von außen angreifen. Als die Hauptmasse ankam, explodirte noch ein Ballon. Die Aufstimmungsarbeiten, die ein Zug besorgte, dauerten mittags noch fort. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Wie in einem uns später zugegangenen Bericht noch gemeldet wird, ereignete sich der Unglücksfall in dem Gebäude Nr. 15, einem langen massiven Bau, der der Gesellschaft für flüssige Gase von Raoul Pictet u. Co. als Arbeitsraum dient. In dem großen Raum, der ausschließlich durch elektrisches Licht erleuchtet wird, befinden sich Destillationsapparate, Röhren und Maschinen aller Art. Bei der Arbeit waren heute Morgen zunächst drei Mann, die Arbeiter-Lehmann aus der Usedomstraße Nr. 16, Neubauer aus der Bernauerstraße und Adolf Siebert aus der Schwedterstraße, ein junger Mann von achtzehn Jahren. Kurz vor 6 1/2 Uhr er-

tönte plötzlich eine furchtbare Knall, und zu gleicher Zeit stieg eine Feuerfäule zu einem der Fenster heraus. Sie gert und Neubauer hörten Hilferufe und Sie gert sah gleich darauf, daß Lehmann im Feuer lag und Neubauer an die Wand geschleudert war. Zum Glück verlor der junge Mann nicht den Kopf, sondern eilte beherzt auf Lehmann zu und entriß ihn den Flammen. Der Arbeitsraum ist vollständig ausgebrannt, die Apparate sind zum größten Theil vernichtet. Das Dach ist vollständig zerstört, das Gebälk hängt verkohlt in dem eben Raum herab. Der erste Knall war so heftig, daß Lehmann stark schwerhörig geworden ist.

**Arbeiterrißto.** Am Sonnabend Mittag verunglückte der bei den Abputzarbeiten am Schlosse Bellevue beschäftigte Maurer Bierich, indem eine Sprosse der von ihm benutzten Leiter brach und er etwa 5 Meter tief zur Erde fiel. Er erlitt einen Rippenbruch und einige Verletzungen am Kopfe.

**Zu Strausberg** steht der Arbeiterschaft nur das Solal von Franz Magnus in der Wilhelmstraße zur Verfügung. Die Parteigenossen wollen dies beachten.

**Harte Strafe.** Der Kanonier Max Angreif, der sich unter dem Vorwande, daß er als Ginderufener in dem Stücke „Deutschlands Heldensöhne“ bei der Kaiser-Geburtsstagsfeier seiner Batterie die Hauptrolle spiele, sich einen bürgerlichen Anzug erschwandte und darin defektierte, ist für den Betrug und die Frauenflucht zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt, in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt und der Arbeitsabtheilung zu Spandau überwiesen worden.

**Eine Jagd nach Einbrechern** wurde Sonntag Abend auf einem Grundstück der Französischen Straße unternommen. Die Verbrecher waren auf das Dach des Hauses entkommen und konnten dort von der Polizei nicht verhaftet werden. Der eilte Zug der Feuerwehre aus der Mauerstraße wurde zu Hilfe gerufen und es wurden nacheinander mit Hackeln alle Dächer abgeseigt. Der Vorsprung, den die Einbrecher inzwischen erlangt hatten, und die Dunkelheit hatten inzwischen ihr Entkommen ermöglicht.

**Ueber einen Schiffsunfall,** der sich am Sonntag auf der Havel ereignete, bringt Wolffs Telegraphenbureau aus Potsdam folgende Meldung: Ein Vierer des Potsdamer Rudervereins „Bineta“ schlug gestern Nachmittag infolge des plötzlich einsetzenden orkanartigen Windes auf der Havel zwischen Templin und Tornow um. Drei der Insassen erkrankten. Einer rettete sich durch Schwimmen, ein zweiter hielt sich am Boot fest und konnte von einem andern Boot gerettet werden. Die Ertrunkenen sind Potsdamer. Die Geretteten wurden nach Templin gebracht.

**Ein wahnstümmiger königlicher Forstbeamter** in vollster Jagdausrüstung, der ohne Willen in Euckenwalde mit der Bahn eintraf, wurde dort festgenommen.

**Eine Reihe Unglücksfälle durch Ueberfahren** sind auch vom Sonntag zu melden. Nachmittags wurde in der Mantuffelstraße die 2 1/2 Jahre alte Tochter des Schneiders Schöber, während sie auf der Bordstele des Straßenbusses saß, durch einen Geschäftswagen erfasst, überfahren und schwer verletzt. — Ebenfalls durch Ueberfahren, aber infolge von eigener Unvorsichtigkeit, verunglückte die Schüler Radisch und Goldmann. K. fuhr auf der Kreuzung der Niederwall- und Köhlstraße mit seinem Zweirade gegen eine ordnungsmäßig fahrende Droschke, G. lief in der Grenadierstraße gegen eine Droschke. Beide wurden schwer verletzt. — In der Nacht zum Sonntag gerieth vor dem Hause Langestr. 88/89 der 35jährige Schneider Gustav Schmidt unter die Räder eines übermäßig schnell fahrenden Postwagens, erlitt jedoch anscheinend keine Verletzungen, so daß er sich nach seiner Wohnung begeben konnte. Dort stellten sich aber so heftige innere Schmerzen ein, daß er in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte.

**Verstorbene** sind zwei Personen aus Charlottenburg: der Briefträger Georg Gde und der Zimmermann Richard Peter. Man vermuthet, daß dieselben verunglückt sind.

**Von einem Wägenwagen** wurden gestern Nachmittag eine Frau mit einem Kinde an der Hand überfahren, als sie an der Ecke Dönhofsplatz-Leipzigerstraße-Jerusalenerstraße den Damm überschreiten wollte. Der Kutscher des Wagens, dessen Pferd scheute, wurde durch den heftigen Anprall an der Bordstele vom Boche geschleudert und durch seinen eigenen Wagen ebenfalls schwer verletzt. Alle drei Personen mußten nach dem Krankenhaus geschafft werden. Das Pferd des Wagens wurde beim Fallen so schwer beschädigt, daß seine Tödtung wahrscheinlich erforderlich ist.

**Ein schwerer Unfall** trug sich Montag Nachmittag beim Neubau der Garde-Kirchhof-Straße auf dem Tempelhofer Felde zu. Der 30 Jahre alte Maurer Wilhelm Globig aus der Sedanstraße 69 zu Schöneberg, der auf einem Gerüste arbeitete, stürzte aus beträchtlicher Höhe herab und blieb bewußtlos liegen. Auf die Unfallstation I, wohin man den Verunglückten zunächst brachte, stellten sich seine Verletzungen an der Wirbelsäule, am Kopfe und an den Armen als so schwer heraus, daß man es gerathen fand, ihn mit einem Krankenwagen in die Charité zu bringen. Wie der Unfall veranlaßt wurde, weiß der Mann, der lange Zeit bewußtlos blieb und durch Blutverlust sehr erschöpft ist, bis jetzt selbst nicht anzugeben.

#### Witterungsübersicht vom 4. Mai 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (20 C. = 68 F.)
Swinemünde	765	N	7	bedeckt	7
Hamburg	769	NW	8	wollenlos	10
Berlin	764	N	5	bedeckt	7
Biesbaden	767	WSW	4	wollenlos	10
München	764	WS	4	Regen	3
Wien	760	W	3	Regen	3
Saparanda	773	S	2	wollenlos	2
Petersburg	770	ONO	2	bedeckt	8
Const.	775	NW	1	heiter	11
Aberdeen	774	SO	1	heiter	12
Paris	770	N	3	wollenlos	8

#### Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. Mai 1896.

Nüchtes, vorherrschend wolfiges Wetter mit geringen Niederschlägen und frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Kunst und Wissenschaft.

Das Schauspielhaus brachte noch zum Schluss der Saison am Sonntag eine neu aufgewärmte Komödie von Eugen Scire. Vor Jahrzehnten war sie unter dem Titel „Minister und Seidenhändler“ Repertoirstück der deutschen Bühne, jetzt wurde sie von Axel Delmar umgearbeitet und „Der Staatsstreich“ betitelt. Auch in dieser Form gehört sie einem völlig verblühten Genre an, dem Intriguen-Lustspiel, in dem große geschichtliche Vorgänge durch lächerlich komödiantische Hünke erklärt werden. Im „Staatsstreich“ ist es ein feiner Diplomat, der Volksbewegungen mit läppischen Personen und noch läppischeren Mitteln anzettelt; das nennt man dann eine Satire gegen Volksstände und Volksführer. Mit Hilfe dieser Volksbewegungen rettet der Diplomat, der alles weiß und alles kann, den Staat Danemark vor den verberlichen Einflüssen Struensee's und seiner Komarilla. Solche Komödie und solche Kleinkinder-Geschichten

nein zu galoanisiren, ist vergebene Mühe. Nicht einmal die Naiven im Schauspielhaus wollten darauf eingehen; und auch der treffliche Kollmer, Seidenhändler und Volksmann, wie Herr Grube, der den allwissenden Diplomaten spielte, konnten keine heiter-lebenbige Stimmung aufkommen lassen.

**Leffing-Theater.** Waldmeister, Operette von Johann Strauß. Nachdem die letzte Saison, wie an anderen Bühnen, so auch im Leffing-Theater unfruchtbar wie selten eine fröhlichere gewesen, hat der Monat Mai mit einem abseits vom gewöhnlichen Spielplan liegenden Stück noch so etwas wie einen Erfolg gebracht. Die Aufführung von Johann Strauß' Operette Waldmeister, die der Komponist persönlich leitete, fand am Sonnabend ein beifallsfreudiges Publikum, das ohne Opposition alles, was ihm geboten wurde, in einer beinahe festlichen Stimmung hinnahm. Gewiß war etwas Gemachtes in dem fast lärmenden Empfang des berühmten Wiener Operetten- und Walzerkomponisten, aber die Beifallsstürme, die anfangs nur eine rührige Klage ergriffen hatte, theilte sich bald dem ganzen Publikum mit. Dieser Erfolg fällt um so mehr auf, als bei Licht betrachtet weder die Musik noch das Textbuch hervorragend genannt werden kann. Die Handlung ist so schwach, wie nur je in einer Operette; ja es läßt sich im Grunde von einer solchen überhaupt garnicht ernsthaft reden. Eine bunte Jagdgesellschaft mit einer frischen Opernsängerin an der Spitze nimmt im Gewittersturm von einer Mühle Besitz und treibt allerlei Verkleidungskünste. Die Sängerin koppt als Müller'sfrau einen Oberforst, an dem die Forste recht und die Sittenstrenge geübt ist; außerdem giebt ein närrischer Professor zu diversen Verwunderungen und Mißverständnissen Anlaß. Wenn nach dem Finale der Vorhang wieder in die Höhe geht, neckt die Opernsängerin eine aus dem Amtshauptmann und dem Schlichter bestehende Sittenkommission in einer niedlichen Szene; und des zweiten Aufzuges zweite Hälfte schließt im lieblichen Walzerhymnus mit einem ziemlich mißrat mottoirten Maibowlenrausch, der im Verein mit der ebenso unklaren Kaprixe einer alten Dame nach „Schwarzem“ Waldmeister dem Stück ja wohl auch seinen Namen geben muß. Der dritte Akt bringt nichts als Kouslets und drei Operettenvorlesungen banaler Sorte. Die recht geschickte Mache und ein kottes Spiel helfen dem Zuschauer über solche Armseligkeit hinweg, und die Musik besorgt das übrige, obgleich auch sie des zündenden Feuers entbehrt. Meiner Strauß ist auf seine alten Tage gereifter geworden, aber auch steriler. Seine Arbeit ist sein ausgefüllt, und es soll ihr nicht zum Nachtheil angerechnet werden, daß forsche Schläger in ihr gänzlich fehlen. Aber mit Beharrlichkeit denkt man beim Hören des milden „Waldmeister“ und seines gewiß wonnigen, aber gleichsam mit Sorgfalt von allen Seiten zur Schau gestellten Walzer-Hauptmotives der Tage, in denen die geniale „Fledermaus“ im Fluge der ganzen Welt den Ruhm des jungen Komponisten verkündete. Fragt man weiter nach dem Geheimnis des neuen Erfolges, den das letzte Werk des Altmeisters trotz des Mangels an Ursprünglichkeit errang, so ist mit Anerkennung noch des kotten Aufstretens der im Grunde gar nicht überaus hervorragenden Gesellschaft des Hamburger Direktors Perency zu gedenken. Ein Hauptantheil am Siege gebührt der Soubrette Julie Kocacz-Karczag, die durch ein lebendiges und schelmisches Spiel die Mängel ihrer Stimme fast vergessen machte. Vollauf brav im Gesange waren die Damen Niemann und Henhardt; auch die hier ja nicht unbekannt Frau Ma Paulet zeigte sich von ihrer besten Seite. Tüchtige Tendres sind die Herren Monti und Wauswein; in der komischen Rolle des Professors saß der vom Lindentheater her bekannte Herr Steinberger den Vogel ab.

**Im Schillertheater** wurde am Sonnabend das Drama Antigone des griechischen Dichters Sophokles in deutscher Bearbeitung aufgeführt. Es ist immer ein Wagnis, einem modernen Publikum das Werk eines griechischen Tragiclers vorzuführen. Denn von einer ganz anderen Weltanschauung war das Griechentum erfüllt, eine andere (jenische) Kunst nannte es sein eigen. Eine deutsche Zuschauerenschaft muß deshalb nicht nur an fremde Formen sich gewöhnen, an den Chor, der mit lyrischen und moralischen Betrachtungen die Handlung begleitet und unterbricht. Es muß auch von der zeitlich bedingten und fremden Form der sich abspielenden weltlichen Konflikte Abstand zu nehmen verstehen, um sich von ihrem rein menschlichen Inhalt ergreifen zu lassen. In der Antigone ist dieser rein menschliche Kern der Kampf eines höheren sittlichen Prinzips gegen die brutale Macht und das formale Recht. Trägerin jenes höheren sittlichen Prinzips ist Antigone, die dem Verbote ihres Oheims, des Despoten Kreon, zuwider ihren eigenen Bruder Polignettes begraben hat. Polignettes war im Kampf gegen seine Vaterstadt Theben gefallen. Kreon hatte deshalb die Beerdigung seiner Leiche bei Todesstrafe verboten, was den Griechen als die größte Schmach galt. Antigone erfüllt nun unbelümmert um des Despoten Gebot ihre Schwesterpflicht. Sie beerdigt den Bruder, wird ergriffen, vor Kreon geschleppt und von ihm, dem des Herrschers Wille das höchste Gesetz ist, trotzdem sie die Braut seines Sohnes ist, in wildem Joren verurtheilt, lebendig eingemauert zu werden. Sieht man von der Unpersönlichkeit des uns unbegreiflich barbarischen Verbotes und der noch barbarischeren Todesstrafe ab, so muß auch eine moderne Zuschauerenschaft die Szene gewaltig packen, in der Antigone in edlem Stolz dem Mächtigen es in die Zähne schleudert, daß er durch sein die heiligsten Gefühle verletzendes Gebot als Unmensch gehandelt habe. Zerstückert durch den Tyrannen, stirbt sie doch als moralische Siegerin. Durch ihren Tod bricht dann — das ist nach griechischer Auffassung die Sühne für das Vergehen Kreon's für seine „Hybris“, den Jähzornwahn — das Verderben über Kreon's Haus herein.

In wesentlichen hielt sich die Darstellung, besonders die Inszenierung auf der Höhe ihrer Aufgabe, wenn auch keiner der Darsteller einen persönlich starken Eindruck hervorrief, auch die Antigone der Frau Clara Meyer nicht. In das Geheimnis der griechischen Kunst, die ihre Verrückung des schönen Maches waren sie nicht eingedrungen. Die meisten schienen zu stark, auch der sonst wirksame Kreon (Herr Patzig). Am auffälligsten wich von mehrvollem Kunst der Bote (Herr Frohbe) ab, der glaubte die Volkswacht vom Selbstmorde des Königssohns Haemon und der Königin mit halbgebrochener Stimme und wuschelnden Geberden in der räthselhaften Manier eines sein eigenes Unglück bejammernenden Werthers vortragen zu müssen, was ihm aber gerade hohe Anerkennung bei den Kritikern unserer bürgerlichen Blätter eingetragen hat. Was auch heute noch die Antigone zeitgemäß macht, haben sie nicht empfunden. Ein Kritiker des „Tagelatt“ z. B. höhnt über das unmoderne Zeug.

**Kunst und Mummenschaus.** Mit höflich-feierlichem Pomp, wie es jetzt Brauch ist, und mit reich-akademischer Würde wurde am Sonnabend das Jubelfest des 200jährigen Bestehens der Berliner Akademie der Künste und am Sonntag die Eröffnung der Jubelausstellung in Meibitz gefeiert. Was vom Präsidenten der Akademie, dem Architekten Ende und dem Kultusminister hierbei gesprochen wurde, ist im ganzen bedeutungslos. Es sind die üblichen offiziellen Ansprachen, in denen die byzantinische Aufschauung vorberst, daß die Kunst von den Gnaden fürstlichen Mäcenatenthums lebe und ihm unterthan sei. Herr Ende ging hierbei so weit, daß er die Ansicht äußerte, der regierende Fürst werde für unsere gärende junge Kunstbewegung eine Luterung herbeiführen. — Hoch andere merkwürdige Cariosa tauchten in diesen Jubeltagen berliner Kunst auf. Die Vorliebe, alten romantischen Glanz neu herauszubekommen, hat unserer Künstlerchaft ein besonderes Prunkstück geschaffen und zum ersten Male erschienen die Mitglieder des akademischen Senats in purpurvioletter lang herabwallenden Gewändern, in einer Tracht, die dem altösterreichischen Dogenkleid nachgebildet ist. Was dereinst aber im Dogenpalast am Markusplatz wie der russische natürliche Würde im Charakter jener Zeit begründet war, das erscheint heute leicht wie eine

Nummererei, wie ein Maskenspiel ohne Inhalt. Er gab eine Zeit, da die Künstlerchaft gerne durch äußerliches Gehaben sich von der profanen Menge abhob. Das war die Zeit der Sammtjacken und der langen Haare. Gerade aber in den Tagen dieser gesuchten Künstlerromantik war die Kunstarbeit durchaus nicht original; die Künstler lehrten vorzugsweise von Nachahmung, von kunstfälschlichen Reminiscenzen. Man sollte meinen, für einen ernsthaften Mann, der etwas Tüchtiges kann und in strenger Arbeit etwas für die Welt geleistet hat, müßte jede Vermummung, jedes Posiren in fremdartigen Kostüm, und wäre es die kostbarste Toga, in gewissem Sinne unangenehm sein. Derlei überlasse man doch den Schlangen oder läse es auf weiteren Kostümfesten! Wenn man nun hört, was selbst ein Engel sich in die violette Toga steckte, was soll man dabei denken? Der Mann ist werthvoller als eine ganze Schaar burtbestenzer Egeellenzen rings um ihn; und dennoch fand er nicht Mäßigkeit genug, dem Kostümauszug fernzubleiben.

### Gerichts-Beilage.

Der große Betrugsprozeß gegen den Kaufmann Pauls und Genossen wurde gestern nach vierjähriger Verhandlung zu Ende geführt. Der Staatsanwalt hatte eine Anzahl Fälle als nicht genügend erwiesen erachtet und wegen der übrigen Fälle gegen Pauls drei Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust, gegen die Ehefrau Pauls sechs Monate, gegen Helene Pauls drei Monate und gegen die Angeklagten Schuster und Voigt je einen Monat Gefängnis beantragt. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Löwig, wollten fast alle Fälle gegen den Hauptangeklagten Pauls aufgeschoben wissen und plädiren in betreff der übrigen Angeklagten auf Freisprechung. Das Urtheil rechtfertigte diese Anträge, denn der Angeklagte Pauls wurde nur des Betruges in 2 Fällen für hinreichend überführt erachtet, während in 17 Fällen Freisprechung erfolgte. Das Urtheil gegen ihn lautete auf neun Monate Gefängnis, wovon 6 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

### Versammlungen.

Die Angriffe des Freiherrn v. Stumm auf die Christlich-Sozialen wurden am Donnerstag in einer christlich-sozialen Versammlung von Professor Hüpfer in einer scharfen Kritik unterzogen. Der Redner führte zunächst aus, daß die Trennung von Konservativen und Christlich-Sozialen ihre Ursache in der verschiedenen sozialen Anschauung beider Richtungen habe. Diese Meinungsverschiedenheiten seien schon bei der Verhandlung des Umhurz-Gesetzes und neuerdings bei den Reichstags-Verhandlungen über die Duellfrage und den Maximal-Arbeitszeit der Bäcker hervorgetreten. Wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit gerade im Bäckergewerbe sei, brauche nicht erst bewiesen zu werden. Das Gesetz der Bäckermeister gegen die Verordnung des Bundesraths erkläre sich aus der Furcht vor dem Fabrik-Inspektor, den sie nicht in ihren Klämen sehen möchten. Der konservative Antrag auf Zurückziehung der Verordnung, sowie überhaupt die rückläufige Bewegung auf sozialem Gebiet sei zurückzuführen auf den Freiherrn v. Stumm. Dieser habe in letzter Zeit mit dem Fanatismus eines Propheten zum Kreuzzug gegen die Christlich-Sozialen gepredigt und aufgefordert, sie ebenso entschieden zu bekämpfen, wie Webel und Liebknecht. Der Redner berührt die Angriffe Stumm's auf die Christlich-Sozialen Pastoren, namentlich den Lic. Weber, als derselbe an die Gründung eines christlichen Bergarbeiter-Vereins im Dortmund-Revier ging. Herr v. Stumm febe in jeder Arbeiterorganisation ein Kampfmittel gegen die Unternehmer, und daher sei ihm jeder Zusammenstoß der Arbeiter zuwider. Stumm wolle zwar, daß es keinen Arbeitern gut gehe, aber nur, wenn sie unbedingt gehorchen. Er sei noch in der patriarchalischen Anschauung befangen und vergesse, daß die Arbeiter in Beziehung auf das Arbeitsverhältnis ein mit dem Unternehmer gleichberechtigter Faktor seien, daß die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht haben und also auch politisch mündig sind, genau so, wie Herr v. Stumm. Herr v. Stumm thue so, als ob die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten fast dasselbe wären. Dabei seien aber doch beide Richtungen durch eine breite Kluft getrennt. Was mag nur die Sinne des Herrn v. Stumm derart unbeeidelt haben, daß er diese Kluft nicht sieht? Unfinn sei es, wenn Stumm behauptete, christlich-sozial seien unvereinbare Gegensätze, weil das Christenthum die Liebe, der Sozialismus aber der Haß sei. Herr v. Stumm sei nicht kompetent, zu beurtheilen, was christlich ist. Er sollte seine christliche Gesinnung dadurch bekunden, daß er mal ein kräftiges Wort gegen das Duell reden würde. Statt dessen habe er vor einem Jahre den Professor Wagner geortert, in der Absicht, ihm eine Kugel in den Leib zu jagen. Das sei keine Bekundung christlicher Gesinnung. Geradezu gemeingefährlich sei es, wenn Herr v. Stumm sein Treiben mit der laienlichen Flagge zu decken suche. Damit erweise er der Monarchie und der monarchischen Gesinnung einen schlechten Dienst, weil dadurch dem Volke die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der sozialen Wirren und der Glaube an die soziale Mission des Königthums verloren gehe.

Eine öffentliche Maurerversammlung tagte am Sonntag im Frensalp. Ueber die gegenwärtige Lage des Streiks theilte Silber Schmidt folgendes mit: Die Forderungen sind bewilligt auf 348 Bauten, wo 4117 Kollegen arbeiten. Die Zahl der Streikenden läßt sich annähernd auf 1500 schätzen. Abgereist sind etwa 250-300 Kollegen, von denen 100 Weisegeld erhalten. Auf 40-45 Bauten ist nichts bewilligt, darunter befinden sich die von den größten Firmen ausgeführten größeren Bauten, der Dom, die Reichspost an der Mauer- und Leipzigerstraßen-Ecke und andere. Besonders günstig ist das Resultat im Scharf, wo alle Bauten bewilligt haben. Die wenigsten Bewilligungen sind im Westen und Süden erfolgt. Unterstützungsgelder wurden am Sonnabend 10 000 M. an 1500 Streikende ausbezahlt. In diesen Geldern haben namentlich die Zimmerer, Fuhrer und der Zentralverband der Maurer beigetragen. Hinsichtlich der ferneren Maßnahmen schlug Silber Schmidt im Namen der Kommission vor, die bisherige Taktik des Kampfes nach der Richtung zu ändern, daß der allgemeine Streik aufzuheben und an stelle dessen die Sperre einzelner Bauten durchzuführen sei. Da nunmehr auf 1/3 aller Arbeitstellen der Kennntandtag bewilligt ist, so gelte es jetzt vor allem, das Errungene festzubalten. Daher empfehle sich die vorgeschlagene Aenderung. Man möge nicht einwenden, daß es ein Zeichen von Schwäche sei, schon nach vierzehntägigem Kampf den Streik aufzuheben, wohngegen der Streik im Jahre 1889 sieben Wochen gedauert hat. Das Verhalten der großen Firmen lasse darauf schließen, daß ihnen die Zeit zur Fertigstellung der Bauten von ihren Auftraggebern (es kommen hier hauptsächlich von Behörden aufgeführte Bauten in betracht) verlängert worden ist, weshalb diese Unternehmer mit Ruhe dem Verlauf des Streiks entgegensehen. Nach eingehender Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse, und nach reiflicher Ueberlegung habe die Kommission den einstimmigen Beschluß gefaßt, der Versammlung die Bausperre zu empfehlen, die in der Weise zu handhaben sei, daß die Kommission nur solche Bauten zur Sperre vorschlägt, wo alle dort arbeitenden Kollegen willens sind, die Arbeit niederzulassen. In der Diskussion vertraten zunächst mehrere Redner den Standpunkt des Referenten. Dann sprachen Schulz, Knöppchen und Schach mit großer Entschiedenheit für Weiterführung des allgemeinen Streiks. Sie waren der Meinung, daß erit zu wenig erreicht sei und bei energischer Agitation auch die großen Firmen zum Nachgeben gezwungen werden können.

Nachdem Rater die Kommissionsvorschläge nochmals eingehend begründet hatte, wurde folgende Resolution gegen etwa 45 Stimmen angenommen:

1. Die Lohnbewegung der Berliner Maurer ist in der bisherigen Form zu ändern. Auf den noch nicht bewilligten Bauten werden unsere Forderungen durchzuführen gesucht. 2. Diejenigen Kollegen, welche sich bisher am Streik beteiligten und bis Mittwoch keine Arbeit erhalten, sich jedoch täglich im Zentralbureau zur Kontrolle melden, können an obengenanntem Tage eine Unterstützung für drei Tage nach Maßgabe der Resolution vom 27. April beanspruchen. 3. Bauarbeiten können nur dann in den Verhandlungen beschlossene werden, wenn die Kommission die einschlägigen Verhältnisse auf dem in Frage kommenden Bau geprüft hat und die Durchführung der Sperre für möglich hält. 4. Jeder von der Bauarbeiten direkt in Mitleidenschaft gezogene Kollege erhält vom ersten Tage an eine Unterstützung von 3 M. pro Tag, jedoch hat sich jeder dieser Kollegen der Kommission feils zur Verfügung zu stellen; im anderen Falle hat er keinen Anspruch auf Unterstützung. 5. Jeder arbeitende Kollege hat bis auf weiteres pro Tag 25 Pf. zum Streikfonds zu zahlen. 6. Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege hat die Pflicht, am Neunstundentag unter allen Umständen festzuhalten. Jeder unter den alten Bedingungen in Arbeit tretende muß mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß auch auf diesen Bauten unsere Forderungen bewilligt werden.

Auf Anregung einer früheren Versammlung hatte Silber-Schmidt erklärt, daß die Kommissionsmitglieder sich mit der Hälfte der ihnen am 3. April zugewilligten Besoldung begnügen. In der Kommission sind deswegen Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Die Versammlung beschloß, nachdem Rater erklärt hatte, daß er bei der unzureichenden Besoldung an den Kommissionsarbeiten beim besten Willen nicht mehr teilnehmen könne, die Aufrechterhaltung der diesbezüglichen Beschlüsse vom 3. April.

Die Lohnbewegung der Musikinstrumenten-Arbeiter. Die Angehörigen dieses Berufes hielten am Sonntag Vormittag eine gut besuchte Versammlung ab, in der über die gegenwärtige Situation des Streiks eingehende Verhandlungen gepflogen wurden. Arndt erstattete im Namen der Kommission den Bericht. Vom Ausstand betroffen sind 98 Fabriken mit ca. 2500 Arbeitern und Arbeiterinnen. Da sich in Berlin ungefähr 120 Fabriken dieser Branche befinden und 21 die Forderungen bewilligt haben, so ist der Streik ein allgemeiner geworden. Es ist daraus ersichtlich, daß die Forderungen ganz berechtigte sind, sonst hätte der Streik nicht so große Dimensionen angenommen. Die noch arbeitenden Kollegen der Branche waren speziell zu dieser Versammlung eingeladen und auch zum Teil erschienen. Im Interesse dieser wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Fabriken von Schwedten, Schmidt u. Sommerfeld, Köhler u. a. der Kommission zu überlassen. 2. Wer sich bis Montag Mittag nicht der Bewegung anschließt, oder vom Fabrikanten ausgeperrt wird, ohne Forderungen gestellt zu haben, wird nicht anerkannt und hat keine Unterstützung zu erwarten. Die Lohnkommission wurde durch Wustrow verpakt.

Die außerordentlich gut besuchte Schuhmacher-Versammlung (Schopparbeiter), die am Montag vormittag in Gohn's großem Saal tagte, nahm den Bericht über „Die gegen-

wärtigen Stand der Lohnbewegung“ entgegen, der von Hammacher gegeben wurde. Nach dessen Schilderungen ist die Situation nach dem achtstägigen Kampfe für die Ausständigen eine sehr günstige, so daß man annehmen könne, daß der augenblickliche Ausstand binnen einer Woche sein Ende erreicht haben wird, wenn die Arbeiter wie bisher fest zusammenhalten. Dringend notwendig aber sei, überall dort, wo die Forderungen bewilligt werden, dem Unternehmer den Lohnsatz zur Unterschrift vorzulegen, was in einzelnen Fällen unterlassen wurde. Für eine weitere Nothwendigkeit hält Redner auch für die Folge die Werkstätten- und Vertrauensmänner-Konferenzen. Laut Liste der Streikkommission haben bewilligt 18 Geschäfte mit 100 Arbeitern, im Ausstand befinden sich 400 Arbeiter aus 98 Geschäften. Christensen verweist darauf, daß die Arbeitgeber die verzweifeltsten Anstrengungen machen, um Arbeitskräfte von auswärts zu beziehen, die sie aber zugeständenermaßen für ihre Betriebe nicht gebrauchen können. Redner theilt weiter mit, daß in verschiedenen Werkstätten zwischen Arbeitern und Unternehmern Kompromisse geschlossen wurden, die dem Inhalt des Lohnsatzes nicht ganz entsprechen. Eine eingehende Beleuchtung erfährt der Bericht der letzten Versammlung der Schuhmacher-Zunft am „Volkstg.“, in welchem von rigorosem Vorgehen der Arbeiter die Rede ist und die Behauptung aufgestellt wird, daß die augenblicklichen Preise für Schuhwaren sich auf 6 pCt. für Arbeitslohn, 3 pCt. Material und kaum 1 pCt. als Verdienst der Meister belaufen, so daß eine Erhöhung der Löhne zur Unmöglichkeit werde. Eine Reihe von Rednern beweist das Unwahre dieser Ausführungen, zugleich flarlegend, daß die Unternehmer, welche in betracht kommen, mit horrenden Ueberschüssen und Profiten zu rechnen haben. Die Drohungen, die Betriebe ganz zu schließen, hält die Versammlung für Schreckschiffe, vielmehr hält sie das Bedauern der Meister, daß ein Theil der sogenannten guten Arbeiter bereits Deutschland verlassen hat, für ein Zeichen der Katastrophe, in der die Herren sich augenblicklich befinden.

Nachdem Markus (Erfurt) und Reichelt (Gräbisch) in längeren Ausführungen unter dem Beifall der Anwesenden zum Ausdruck und festeren Zusammenschluß gerathen, wurde bekannt gegeben, daß die Arbeiter der Firma Lodjischevsky die Arbeit wieder eingestellt haben, da man ihnen Reverse, deren Bedingungen unbillig, ausfortzupören wollte. Von der Firma Herzberg wurde mitgeteilt, daß sie den Arbeitern, die eine Unterhandlung nachsuchten, Schuld die Thür gewiesen habe. Die Versammlung nimmt hierauf folgende Resolution an: „Die Versammlung der streikenden Schuhmacher beschließt, in jeder Beziehung an den gefestigten Forderungen festzuhalten; weiter spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß Kollegen sich auf Kompromisse mit dem Unternehmertum einließen.“

Die Unterstützung an Streikende wird im Restaurant Freigang, Schützenstraße, ausgezahlt. Am Donnerstag Vormittag findet eine weitere Versammlung statt.

Stellungnahme zu dem Neunstundentag. Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich am Sonntag Vormittag eine öffentliche Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die Referentin, Hilfsarbeiterin Fieser, wies darauf hin, daß die Seher und das Personal im

Maschinenwesen fast ausnahmslos den Neunstundentag bewilligt erhielten. Sie forderte deshalb die Anwesenden auf, nicht eher zu ruhen, bis auch für die Hilfsarbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit errungen ist. In reger Diskussion beendeten die nachfolgenden Redner ihre Uebereinstimmung mit dem Referat und gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung beschließt, daß am Montag Morgen sämtliche Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in allen Druckereien die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit stellen; wird diese nicht bewilligt, soll die Arbeit mittags 12 Uhr niedergelegt werden. Hierauf wurde mitgeteilt, daß bereits folgende Firmen bewilligt haben: H. S. Herrmann, Garwig, Fränkel u. Stroh, Denter u. Nikola, von Hotten, Oldenburg, Kroll, Rosenbaum u. Hart, Union, Syd u. Friedländer, Horn, Schäfer u. Rosenfeld, Dued u. Co., Strauß, Deutsche Sportwelt, Mittler u. Sohn, Albert Wehrend, Kähu Söhne, Mosse, Felgentreff, Ahrens, Prinzessinnenstraße, Ulstein. Wie zum Schluß vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, ist das Resultat der Verhandlung sofort nach dem Arbeitsnachweis zu übermitteln. Ausgebrochen ist der Streik bei den Firmen Rosenthal, Schenk, Guttenberg, Kshelm und Wensch.

### Vermischtes.

In Altona ist in der Nacht zum Montag der Polizeibeamte Mann von vier Personen überfallen und verwundet worden. Die Thäter wurden gefaßt.

Bei einem Neubau in Bad Nauheim stürzte das Gerüst zusammen und begrub 18 Arbeiter, von denen zwei schwer verletzt wurden. Die andern kamen mit ungesährlichen Verwundungen davon.

Der Theologe und religiöse Dichter Julius Sturm ist, wie aus Gera gemeldet wird, am 2. Mai in Kofstirz gestorben.

Aus Nachen wird vom Montag berichtet: Auf der Waldstrecke der Nacher Kleinbahn fuhr ein fahrerloser Motorwagen einen Berg hinab gegen einen anderen Motorwagen. Vier Personen wurden schwer, sieben Personen leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erhalten werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Freudlich. Schicken Sie das Manuskript. Es darf aber nicht länger sein, als Sie in Aussicht stellen. Und ich muß mir die Entscheidung vorbehalten. Grus B. E.

H. Z. Besten Dank für Ihre Mittheilung. Für regelmäßige Berichterstattung aus Ihrem Lande fehlt es an dem nöthigen Interesse unserer Leser und an dem Raume.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

- Dienstag, den 5. Mai.**
- Opernhaus.** Carmen.
- Schauspielhaus.** Die Nibelungen. Erste Abtheilung: Der gehörnte Siegfried. Zweite Abtheilung: Siegfried's Tod.
- Deutsches Theater.** Nora.
- Kessing-Theater.** Waldmeister.
- Berliner Theater.** Der verlorene Sohn. Hierauf: Ich heirathe eine Tochter.
- Neues Theater.** Tata-Toto.
- Residenz-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.
- Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Hungerleider.
- Schiller-Theater.** Die Stützen der Gesellschaft.
- Welle-Alliance-Theater.** Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
- National-Theater.** Faust.
- Theater Unter den Linden.** Die Chansonnette.
- Adolph Ernst-Theater.** Das flotte Berlin.
- Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Kämmer. Vorher: Pantentuschchen.
- Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
- American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
- Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
- Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Direktion: Max Samst. Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Gastspiel des Fr. Clara Leno vom Berliner Theater und des Herrn Richard Tru vom Stadttheater zu Konstantz.

### Faust.

Tragödie in 6 Abtheilungen von Wolfgang v. Goethe. Regie: Fritz Schöler. Morgen: Gastspiel des Herrn Hans Hertzog: Die Räuber.

### Adolph Ernst-Theater.

Zum 29. Male: Das flotte Berlin. Große Ausstattung. Gesangsposse in 8 Akten von Leon Treplow und Ed Jacobson.

Rupfels und Quodlibets von G. G. v. r. Musik von G. Steffens.

2 Akt: „Alt Berlin.“ Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Mittwoch, abends 8 Uhr: Antigone. (Antigone: Frau Clara Meyer a. G.)

### Alt-Berlin

unter dem Großen Kurfürsten. Täglich: Nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd- und Bentezug. Abends 8 Uhr: Wendischer Brautzug. Drei Musikcorps. Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin. Volksbelustigungen. Seitlinger. Wahrsager zc. Jergarten. Diorama zc. zc. Eintritt: 25 Pfg. ohne jede weitere Nachzahlung.

### Theater Alt-Berlin.

Täglich 2 Vorstellungen. Nachmittags 3 1/2 Uhr u. Abds. 7 1/2 Uhr: Die schwere Noth. Von Ernst Freiherr von Holzogen. Musik von Adolf Mohr. Märktisches Ringelstechen. Die zwanzig Pferde aus dem Reitsinstitut der Gebrüder Beermann. Billeterverkauf in den Niederlagen von Löser & Wolf und in der Zentral-Buchhandlung (Rudolf Engländer), Zentral-Hotel.

### Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).

### Neu! Aurora. Neu!

Posse mit Gesang in 1 Akt. Miss Galuba, die reizende Laubensönigin, das berühmte Baro Duo. Anf. Bochent. 8 U. 10 Pfg. Sonnt. 7 U. 30 Pfg. R. Winkler.

### Apollo-Theater

und Concert-Garten Friedrichstraße 218. Dir. J. Gllkok. Sensationeller Erfolg des Riesen-Ausstellungs-Programms. Salerno, der König aller Jonglours und 40 internationale Künstler 1. Ranges. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anf. d. Vorstellung 8 Uhr.

### Möbel,

gebrauchte, kauft Barow, Rosenthalerstr. 13.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.

### Wissenschaftl. Theater

abends 8 Uhr. Invalidenstr. 57/58, Lehr. Stadtbahnh. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf. Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr. Näheres die Tagesanschlage.

### Passage - Panopticum.

Gächter Harem aus der afrikanischen Stadt Kayrowan. Haremfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerrinnen, Eunuchen und Sklaven.

### Castan's Panopticum.

165 Friedrichstrasse 165.

### Das Bärenweib

phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen - Kasperl-Theater - Damon-Kapelle - Irrgarten.

### Kinematograph

(lebende Photographien) Entree 50 Pf. Von morgens 10 bis abends 10 Uhr. Unter den Linden 21.

### Reichshallen

Concert-Saal u. Garten. Leipzigerstrasse, am Dönhofsplatz. Täglich: Norddeutsche Sängers Alle fünf Barrisons Zum Schluss: Ganz neu!! Hochdeutsches Ensemble. Anfang Wochentags 8 Uhr, Entree 30 Pf. Sonntags 7 Uhr, Entree 50 Pf. Von 12-4 Uhr: Vorzüglicher billiger Mittagstisch.

Zigarrengeschäft krankheitshalber zu verk. Obertheater unter B. B. an die Expedition des „Vorwärts“. 12956

### Kaufmann's Variété-Theater

Königsstrasse, Colonnaden. Das neue Programm mit 22 Nummern Die Perle aller Clowns Willy Agoston Sarna als Mattenfänger v. Hameln. Die Lustvolligsten Dorina Die Zenselspiele von Suri Ferner Auftreten des gesammten Künstler-Ensembles.

### Voranzeige!

Demnächst: Eröffnung des neu renovirten Sommergartens mit 2000 Rosen anfang. Auf der Sommerbühne: Große Vorstellungen, Garten-Concerte, 2 Kapellen. Den verehrl. Vereinen empfehle mein Etablissement und Garten zur Abhaltung von Sommerfesten und Matineen zu den kulantesten Bedingungen.

### Volks-Ernährung

auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung, nahe dem Alpenpanorama an der Spreeseite. Allgemeine Kost. Vegetarische Kost. 250 verschiedene Speisen und Getränke. 50082\*

### 50

Flaschen Weißbier Hilsbein 3 M., 100 Fl. 5,50 M., 100 Fl. Gräber 9 M., 63. Andreas-Str. 63. Tel. VII. 5986.

### Brauer & Grützmann.

### Milchkübel,

Kannon, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen Jordan, Kleine Markus-Strasse Nr. 28. Eine Restauration m. voll. Konzession bill. zu verkaufen Golzh. 43. (12966) Ein Kinderwagen bill. zu verkaufen bei Häbner, Grünstr. 2.

### Kranzbinderei und Blumenhandlung 4974L\*

### Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. Bindungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

### Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 14, Berlin SW. 49782\* Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w. Billigste (Marktallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

### 6 Pfund Albrecht's

Brot für 50 Pfennig Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8. Langestr. 26, Falckensteinstr. 28.

Unbemitt. Musikanterr. „K“ Postamt 79.

### Mühlenstraße 8,

nahe Oberbaum, ist ein freundlicher Laden nebst Stube und Zubehör, für jedes Geschäft passend, billig zu vermieten. 49483\*

Schlafstelle sofort (mit Kaffee 8 M.) zu verm. Kottbusserstr. 12, Quergeb. 1 r.

Eine möblirte Schlafstelle zu vermieten Pechmann, Adlerstr. 86, 1 Tr.

Möbl. Zimmer (2 Herren od. Damen) Wrangelstr. 75, v. 4 Tr. rechts.

### Arbeitsmarkt.

Gesanglehrer für einen erst kürzlich gegründeten Gesangverein in einem Vorort Berlins gesucht. Offerten mit Preisangabe erbeten unter G. L. 3. Postamt 19, Beuthstraße. 12956

Belehrtaufen zur gründlichen Ausbildung der Schneiderei sofort gewünscht. Solide Bedingung. Hofstraße 51, l. 12495\*

Fischer, die Hirschgestelle liefern können, sofort gesucht. 12865

Wils. Vursch, Alte Jakobstr. 93.

### Werkmeister

für eine hiesige Damenfilz- und Strohhutfabrik gesucht. Bei guten Zeugnissen Lebensstellung. 12916

Offerten sub O. H. 100 an die Expedition des „Vorwärts“.

## Die Feier des 1. Mai.

Ueber den Verlauf des Weltfeiertages liegen uns weiter folgende Nachrichten vor:

**Provinz Brandenburg.** In Pankow-Nieder-Schönhausen fand vormittags eine gutbesuchte Versammlung statt, wo Frau J. H. referierte. Die von der Berliner Gewerkschaftskommission empfohlene Resolution wurde einstimmig angenommen. Als besonderen Mahnegruß erließ die Behörde ein Verbot der Zellerfassung, was aber den Vorsitzenden nicht hinderte, zur Sammlung aufzufordern, um die Unkosten zu decken. Dieser Aufforderung kamen die Anwesenden freudig nach und eine doppelte Einnahme war die Antwort auf die behördliche Verfügung. Abends war ein gemütliches Zusammensein unter polizeilicher Bewachung, was aber die Anwesenden nicht in ihrer frohen Stimmung störte. — In Strausberg vereinigten sich die Genossen am 1. Mai, morgens 6 Uhr, zu einem Ausflug, woran sich 75 Personen beteiligten. Um 11 Uhr vormittags fand eine Volksversammlung statt, die von 90–100 Personen besucht war. Das Referat hielt Albert Pöckelmann. Von nachmittags 4 Uhr ab war Konzert im Magnum'schen Lokal. Die Ansprachen hielten hier Bruno Koch und Alb. Pöckelmann. Die Beteiligung war recht zahlreich und die Feier wurde durch nichts gestört. — Die Genossen von Johannisthal und Niederschönweide hatten sich in Schaller's Lokal in Johannisthal versammelt. Der Vortrag Litzin's wurde von der stark besuchten Versammlung beifällig aufgenommen. Leider mußte die Feier infolge der Maßnahmen des Herrn Amtsvorstehers v. Oppen schon um 11 Uhr geschlossen werden. — Spandau. Weit regere Beteiligung als im vorigen Jahre. Morgens war Ausflug nach Gatow, Teilnehmer 60 Personen. Nachmittags 4 Uhr fanden sich die Genossen und Genossinnen im Lokale der Fickelhorfer Brauerei ein. Die Zahl der Teilnehmer betrug am Abend gut 1000. Den hiesigen Verhältnissen entsprechend war die Feier glänzend. — In Luckenwalde war die Versammlung am Vormittag von ca. 400 Personen besucht. Nachmittags wurde unter großer Beteiligung ein Ausflug gemacht. Die Abendfeier war von 1500–2000 Personen besucht. Abgesehen davon, daß die Polizei Ausweisung der Kinder verlangte, ist alles gut verlaufen. — In Berlin wurden die Mäifeier von einer Anzahl Genossen durch halbtagige Arbeitsruhe und einen Ausflug nach dem Eichwald begangen. — Bernau. Die Mäifeier ist gut verlaufen. Die Vormittagsversammlung (Referent Arthur Stadthagen) war von 300 Personen, das Konzert im Schützenhaus, wo der Gesangsverein „Freiheit“ mitwirkte, von 450 und die Abendfeier im Elysium von 650 Personen besucht. — In Wittstock konnte keine öffentliche Feier abgehalten werden, da dort kein Lokal zu bekommen ist und eine Versammlung unter freiem Himmel nicht genehmigt wurde. — In Gassen in der Lausitz war am Freitag ein Kommerz und am Sonnabend eine stark besuchte Versammlung, wo Jahn aus Berlin referierte.

**Schlesien.** In Sagan, wo zu politischen Versammlungen kein Lokal zu bekommen ist, haben die Textilarbeiter die Mäifeier durch Veranstaltung einer öffentlichen Fackelversammlung ermöglicht; sie wurde am 3. Mai in der sogenannten neuen Fortifikation abgehalten. Trotz des 3/4stündigen Weges und obwohl schlechtes Wetter war, hatten sich doch 300 Frauen und Mädchen eingefunden, um an der Mäifeier theilzunehmen. Das Referat hatte Jahn aus Berlin.

**Provinz Sachsen.** Staßfurt. In Ermangelung eines Lokals am Orte machten die Parteigenossen am 1. Mai einen Ausflug nach Reudorf. — Halberstadt. Die Versammlung früh war von 300, die am Abend von 1200 Personen besucht. Adler referierte. — Weissenfels. 200–250 Personen beteiligten sich an der Tagesfeier. Thiele aus Halle referierte. Die Abendfeier war von 500 Personen besucht. Alles verlief überaus würdig. — Duedlinburg. Mittags war Ausflug in geschlossenem Zug und mit Musik, unter Beteiligung von zirka 250 Personen. Am Festzug Abends nahmen weit über 1000 Personen theil; der Festzug wurde in der Stadt photographisch aufgenommen. Beim Kommerz im Restaurant Vorwärts war ebenfalls großer Andrang. Die Festspreche hielt Trautwein. Ganz Duedlinburg war in Aufregung über den großartigen Verlauf der Feier. Keinerlei Störung ist vorgekommen. — Stendal. Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Es feierten ziemlich 200 Arbeiter ganz, andere den halben Tag. Der Ausflug nach Werderburg war vom schönsten Wetter begünstigt. In der stark besuchten Versammlung am Abend sprach Hünze. Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störung. — Osterwieck a. Harz. Nachmittags war Umzug durch die Stadt, dann Konzert im Weiden Hof, abends Hauptfeier im Schwarzen Adler. — Schleuditz (an der sächsischen Grenze, bei Leipzig). Früh Ausflug von 50 Arbeitern, eine für den kleinen Ort beträchtliche Zahl. Abends Versammlung. — Aischersleben. Die Versammlung am 1. Mai hatte schwer unter der hier herrschenden Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Anwesenden folgten den Ausführungen des Referenten Kessler aus Berlin mit großer Aufmerksamkeit. Die gestellte Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Westfalen.** Kassel. Beim Ausflug morgens gute Beteiligung. Abendfeier in zwei Lokalen, beide überfüllt. Redner Erdbeer und Kandt. Vorzüglicher Verlauf der Feier. — Göttingen. Mäifeier in gewohnter befriedigender Weise verlaufen. Am Ausflug morgens nahmen 30 Genossen theil. — Schwerin. Beim Morgenausflug schwache Beteiligung, bei der Festlichkeit am Abend war das Lokal vollständig besetzt. — Crivitz. Jemlich guter Ausfall der Mäifeier.

**Schleswig-Holstein.** In Kiel, dessen gut besuchte Vormittags-Versammlung schon erwähnt wurde, waren bei der Abendfeier, wo die zahlreichen Werftarbeiter mit ihren Frauen erschienen waren, die Lokale förmlich überfüllt. Alles verlief ohne jeden Mißton. Die Zahl der Maimanifestanten war diesmal, trotz der insbesondere durch die Staatsverwerfen verursachten Abhängigkeit der Arbeiter bedeutend größer als im vorigen Jahre. — Altona-Ottensen. Die Beteiligung an der Arbeitsruhe war weit größer als in den früheren Jahren. Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Zigarrenarbeiter zc. hatten in großer Anzahl die Arbeit ruhen lassen. Vormittags fanden in Altona und Ottensen je eine Versammlung statt, welche von 1500 resp. 600 Personen besucht waren. Die Beteiligung am Nachmittage an dem von den Altonaer und Ottensener Genossen gemeinschaftlich arrangierten Kommerz in Bahrensberg war großartig. Am Abend fanden wiederum sehr stark besuchte Versammlungen statt. In Altona sprach Frohme vor gut 3000 Personen und in Ottensen v. Elm vor 2500 Personen. — Preetz. 60 Personen ließen die Arbeit vollständig ruhen. An der Versammlung abends nahmen 160–170 Personen theil. Alles zur Zufriedenheit verlaufen. — Wilsdorf. Gut besuchte Versammlung (300 Personen); Referent Weinheber aus Hamburg. Keine Störung vorgekommen. — Heiligenhafen. Mehrere Fischer gebot die Polizei im Gegenfah zu früher — die Entfernung der roten Fahnen, die sie an den Masten ihrer Fahrzeuge aufgehängt hatten. Wenn nun die Sozialdemokratie in Heiligenhafen

nicht vernichtet ist, hilft gar nichts mehr. — Lauenburg. Bester Verlauf. Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter und Metallarbeiter ließen die Arbeit nachmittags ruhen. Das Konzert und die Volksversammlung am Nachmittage war von 140–150 Personen, die Abendfeier von über 500 besucht. Referent war Lesche aus Altona. — Uetersen. An der Mäifeier beteiligten sich 400 Personen. — Tzeboe. Zirka 100 Mann, doppelt so viel als im vorigen Jahre, ließen die Arbeit ruhen. Abends wurden zwei Versammlungen abgehalten, die von mehr als 300 Personen besucht waren. Ein großes Lokal steht uns in Tzeboe leider nicht zur Verfügung. — Barmstedt. 60 Personen ließen die Arbeit ruhen. Die Feier verlief ohne Störung. — Hohenwestedt. 45 Teilnehmer. Bester Verlauf. — Tondern. Gut besuchte Versammlung; Referent S. Roenen aus Hamburg.

**Hannover.** Bramsche bei Schnörk. Das Volksfest am Nachmittage war von 250–300 Personen besucht. Ein größerer Theil von Arbeitern als früher ließ die Arbeit seit Mittag oder Nachmittage 4 Uhr ruhen.

**Odenburg.** In der Stadt Odenburg sprach Junge aus Bremen vor 200 Personen über die Bedeutung des 1. Mai.

**Westfalen.** Lüdenscheid. Da hier am 1. Mai der halb-jährliche Miethszins zu zahlen ist und der Wohnungswechsel vor sich geht, übertraf es alle Erwartungen, daß die Versammlung am 1. Mai, die abends abgehalten wurde, von über 300 Personen besucht war. Festredner war Theiß aus Dortmund. Gegen früher ist die diesjährige Mäifeier ein großer Fortschritt. — Witten. Beim Ausflug früh starke Beteiligung, Abendversammlung für Witten eine großartige Demonstration. 700 Männer waren anwesend (Frauen waren polizeilich ausgeschlossen). Redner Storr und König. Entsprechende Resolution einstimmig angenommen. In der Versammlung schloß sich ein gemütliches Zusammensein mit Damen, wobei Musiker und Sänger ihr bestes leisteten. Infolge des Passirens dämmert es auch in Witten, denn eine solche Demonstration hatte dieses Städtchen an einem ungeliebten Wochentage noch nicht erlebt. — Die Abendversammlungen in Dortmund waren, wie die schon erwähnten Vormittagsversammlungen ebenfalls gut besucht. Die Ansprachen hielten Lorenz aus Hamburg, Bloch, Erdmann, Bunte. In einer Versammlung wurde der Gesang verboten, in anderen wies die Polizei die Frauen hinaus und verlangte nach Beendigung des Vortrags den freiwilligen Schluß der Versammlung und sofortige Räumung des Lokals. Alles ist dennoch ruhig verlaufen. — In Hörde abends gut besuchte Versammlung. Referent Carl Raue aus Jericho. — Hagen. Beim Nachmittagsausflug bessere Beteiligung als im vorigen Jahre. Abendversammlung im großen Feilbauer'schen Saale überfüllt. Referat des Genossen Lande, Reichstagskandidaten des Kreises Hagen-Schwelm, mit Enthusiasmus aufgenommen.

**Rheinland.** In Ronsdorf war die Beteiligung am Morgenausflug geringer, als man erwartet hatte; dagegen erfreute sich die Hauptfeier, die im größten Lokale Ronsdorfs abgehalten wurde, zahlreicher Beteiligung. — Kreisfeld: früh Versammlung von 200 Personen; Kille aus Hamburg referierte. Bei der Fest-Versammlung am Abend war das Lokal drehend voll; es waren sicher 1200 Personen da. — Essen: Die Mäifeier war bedeutender als im vorigen Jahre. Nachdem morgens tausende von Flugblättern vertheilt worden waren, wurde nachmittags unter Polizei'schutz ein Ausflug unternommen, an dem sich ca. 200 Personen beteiligten. Die Versammlung am Abend war sehr stark besucht. Hofrichter aus Köln referierte. — Kall bei Köln. Versammlung stark besucht, etwa 500 Teilnehmer. Gilsbach aus Köln referierte. Entsprechende Resolution angenommen. Etwa 100 Arbeiter ließen die Arbeit ruhen; eine Fabrik feierte gänzlich. Begeisterter Verlauf der Feier. — Duisburg. Mäifeier glänzend verlaufen. Nachmittags Ausflug, Beteiligung viermal so stark als im vorigen Jahre. Abends gutbesuchte Versammlung in Hochfeld. In der Stadt waren uns alle Lokale abgetrieben. Begeisterter aufgenommenes Referat des Genossen Hengstbach aus Köln. — Düsseldorf. Bedeutend mehr Beteiligung als im vorigen Jahre. Frühmorgens machten gegen 800 Personen einen gemeinsamen Spaziergang. Mittags ging, umschwärmt von Gefesbüchern, zurück zur Stadt. Abends waren im Schwarz'schen und Heckhausen'schen Lokale Versammlungen mit Festrede, nachher Abendunterhaltung; das letztere Lokal war vollgepfropft von ca. 800 Menschen. — Solingen. Die Mäifeier am Sonntag ist glänzend verlaufen. Der Besuch stark. Schumacher hielt unter großem Beifall die Festrede.

**Thüringen.** Apolda. Teilnehmerzahl beim Ausflug nachmittags: 150, beim Kommerz, abends: 400. Die Festrede hielt Feder. — Sonneberg. Die Versammlung war von 200 Personen besucht. Landtags-Abgeordneter Behder hielt die Rede. Umzug mit Musik wurden in letzter Stunde verboten. 1750 Mäi-Feier-Jungen sind in Sonneberg und Umgebung verbreitet worden. Die Hauptfeier wurde am Sonntag abgehalten. — Jena. Arbeitsruhe und theilweiser Kommerz am Abend von 300 Personen besucht; mehr kann das uns dort zur Verfügung stehende einzige Lokal nicht fassen. Die Festrede hielt Leuterer aus Apolda. — Gotha. Die diesjährige Mäifeier übertraf an Großartigkeit die vorjährige. Der große Saal zu den 4 Jahreszeiten in dem nahe gelegenen Orte Siebleben erwies sich abends viel zu klein. Nachmittags war die Beteiligung schwach. Nur zirka 60 Genossen und Genossinnen machten einen Ausflug. Da uns zur Zeit in Gotha kein großer Saal zur Verfügung steht, ist geplant, den diesjährigen Parteitag in dem eben erwähnten Lokale abzuhalten. — Pöhlitz. 200 Teilnehmer; Mäifeier, weil am den Tag gefeiert, etwas schwächer als früher, wo Sonntag vor oder nach dem 1. begangen wurde. Die Festrede hielt H. Hoffmann aus Saalfeld. Konzertmusik von der gesammten Stadtkapelle im Saale des Schützenhauses. Offizierverein und Militärvereine haben Saalkündigung hintertrieben. Die 24 rothen Fenstervordänge genügten. — Nordhausen. Glänzender Verlauf. — Arnstadt. Der erste Versuch, hier den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, ist von befriedigendem Erfolg gewesen; es konnte nachmittags ein gemeinsamer Ausflug unternommen werden. Abends war die Versammlung so gefüllt, daß das Lokal abgesperrt werden mußte. Redner war Galdenberg aus Eriurt. Der Verlauf der Feier zeigte, daß es auch hier vorwärts geht.

**Königreich Sachsen.** In Glauchau ist weder zu Versammlungen noch Festlichkeiten ein Lokal zu haben, trotzdem ist der 1. Mai würdig verlaufen. Mehrere Hundert ließen die Arbeit theils schon am Vormittage ruhen und fanden sich am Nachmittage im Gasthof des Reichstags-Abgeordneten Stolle in Gefang zu einem Konzert zusammen. Auch die Fabrikarbeiter strömten erfreulicherweise am Abend noch verhältnismäßig zahlreich dorthin, trotzdem mancher 3/4 Stunde Wegs hatte, was beim Kleinräuber schon in betracht kommt. — Mittweide. 1000 Teilnehmer. Festredner Suß aus Chemnitz. — Löbau. 400 Teilnehmer. — Bahren. Am 1. Mai gut besuchte Versammlung, befeisterter Verlauf. Sonntag Ausflug nach Grubschwitz. — Meerane. Glänzender Verlauf. In zwei überfüllten Lokalen Festlichkeiten. — Meissen und Göltz. In mehreren Fabriken und kleineren Betrieben war Arbeitsruhe. Besonders feierten die Typsetzer und Metallarbeiter. Am Frühgong und am Ausflug nachmittags nahmen mehrere hundert Personen theil. Abends war im „Goldenen Schiff“ eine Volksversammlung,

wo Thiebold das Referat hatte. Eine Resolution, worin auch der Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den sächsischen Landtag gedacht ist, wurde einstimmig angenommen. Im Thurmhause wurde dann ein gut besuchter Kommerz abgehalten. — Chemnitz. Am Nachmittage sprach Schippel vor 1300 Personen. Die Abend-Versammlungen waren überfüllt und wurden polizeilich abgesperrt. Es sind etwa 10 000 Menschen beisammen gewesen.

**Hessische zc. Distrikte.** Höchst a. M. 40 Mann, meist Tischler, ließen die Arbeit ruhen. Abends am 1. Mai stark besuchte Versammlung mit B. Schmid-Frankfurt als Referenten. — Korbheim. Diese hiesige Filiale des Metallarbeiter-Vereins beschloß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. — Sieben. In drei stark besuchten Versammlungen wurden dem Tage entsprechende Resolutionen angenommen. Referenten waren Krumm, Orbig und Bedmann. — Marburg. 300 Teilnehmer. Referent John aus Kassel. Sehr würdiger Verlauf. — Mühlheim am Main. Impofante Mäifeier. 300 Teilnehmer. Festredner Heilmann aus Offenbach. — Kassel. Großartige Versammlung am Morgen, alle Branchen waren vertreten. Abendversammlungen überfüllt. Entsprechende Resolution einstimmig angenommen. — Mainz. Am 1. Mai nachmittags Ausflug mit Musik nach Marienborn, abends großartig besuchte Versammlung. Jöst referierte. Der Versammlung wohnten auch viele Frauen bei.

**Baden.** Karlsruhe. Da am 1. Mai Genosse Schaufelberger bei der Gemeindevwahl mit 700 Stimmen Majorität über den Gegner geiegt hatte, wodurch die Zahl der sozialdemokratischen Mandate im Stadtverordnetenkollegium auf 12 gestiegen ist, wurde die Mäifeier mit um so größerer Begeisterung begangen. Der Jubel war so stark, daß Hunderte keinen Platz fanden. Sed aus Offenbach hielt die Festrede. — Bruch. 65 Mann ließen die Arbeit ruhen und beteiligten sich an dem Demonstrationzug in Basel. Die Zahl der Teilnehmer an der Festversammlung betrug 350. Mann aus Zürich referierte. — Durlach. Massenparade von 500, Festbankett von 750 Personen. Redner Dolinski. In Grünher's Nähmaschinenfabrik war der halbe Tag freigegeben. Nirgends ist ein Mißton vorgekommen.

**Rheinpfalz.** Neustadt. Die Arbeitsruhe war diesmal größer als früher. In gut besuchter Versammlung referierte Schandel. — Frankenthal. Beim Festbankett erwies sich der Saal zu klein. Die Zahl der Teilnehmer betrug 500. Viele mußten wegen Platzmangels umkehren. — Pirmasens. Am Ausflug beteiligten sich 124 Personen. Auch die Versammlung am Abend war gut besucht.

**Bayern** rechts des Rheins. Regensburg. Würdige Mäifeier. Die Versammlung am 1. Mai war von 400 Personen besucht. Wiermer aus Nürnberg hielt die Rede. — Schweinfurt. Der Besuch des Kommerzes übertraf den im vorigen Jahre bedeutend. Festredner war Pock aus Würzburg. Begeisterte Stimmung. Keinerlei Störung.

**Elfaß-Lothringen.** Mühlhausen. Stark besuchte Feier in zwei Lokalen; trotzdem die Behörde das Anschlag von Plakaten betreffs Ankündigung der Mäifeier verboten hatte. Auch Reden durften nicht gehalten werden. Am 27. April waren noch zwei Stunden vor ihrem Beginn die Versammlungen der Schneider und Schuhmacher durch den Bezirkspräsidenten in Kolmar vertagt worden. Auf wie lange, das wissen — wie man uns schreibt — die Götter in Mühlhausen selbst nicht.

**Oesterreich.** Der Verlauf der Mäifeier war ein großartiger. Auch außerhalb Wiens wurde die Arbeit in weitestem Umfange ruhen gelassen. Das leitende Organ der österreichischen Großbourgeoisie, die „Neue freie Presse“ muß von der Arbeitsruhe in Wien sagen: „In den Privatindustrien stand gestern die Arbeit mit geringen Ausnahmen vollständig still.“ Zum dauerlichen Konflikt, über den wir in unserer letzten Nummer schon telegraphisch berichtet haben, schreibt das gleiche Blatt, sicherlich der denkbar unverdächtigste Zeuge:

„Aus einer Aufforderung, die vielleicht nur ein Ausfluß des Selbstgefähls war, welches die jungen Leute am gestrigen Tage beherrschte, die in unberechtigter Ueberhebung sich zum Volkstreckere eines von der besonnenen Arbeiterschaft gewiß nicht gewollten, noch weniger aber ertheilten Befehles gemacht hatten, entstand ein erster Konflikt.“

Nach der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sind die Vorgänge im höchsten Maße mysteriös. In dem Lokale Swoboda, gegen das sich die Hauptwuth gerichtet hat, wurden 80 Fensterscheiben mit Steinen eingeworfen. Nun finden sich aber in weiter Umgebung des Lokales überhaupt keine Steine. Werkbureau Herold aus Wien telegraphirt wurde, daß Unruhen anläßlich der Mäifeier befürchtet würden. Auch Polizei-Organe haben sich in ähnlicher Weise vor dem 1. Mai geäußert. Somit erscheint der Verdacht nicht unberechtigt, daß gewissenlose Hände hierbei mit im Spiele sind. Die Wiener Parteigenossen haben alles daran gesetzt, die Ruhe wieder herzustellen und ihnen ist es gelungen, die Ausbreitung der Unruhe über den ganzen Festplatz zu verhindern. Von den berrufenen Organen der Ordnung, den Polizeibeamten, kann das gleiche nicht behauptet werden.

**Prag, 1. Mai.** (Eig. Ber.) Auch hier wurde der Weltfeiertag zu einer großartigen Kundgebung der Proletarier, zu einem Festtage, der den bürgerlichen Parteien und insbesondere den nationalen Chauvinisten, die ja leider gerade in unserem doppel-sprachigen Lande ein weites Mißfeld haben, in Erinnerung brachte, daß der Zeitpunkt der Völkervereinigung immer näher und näher kommt. Der vormittägigen Volksversammlung auf der Schützeninsel, auf deren Programm die Vertärkung der Arbeitseize und die Bedeutung der Mäifeier standen, wohnte eine nach tausenden zählende Volksmenge bei, welche die einzelnen Redner mit lautem Beifall lobnte. Nachmittage fand auf demselben Versammlungsploze ein Volksfest statt, dessen Teilnehmerzahl mehr als vierzigtausend betrug. Zu bemerken wäre noch, daß die Versammlungen, welche die Anarchisten und die extrem-radikalen Jungesuchen (Hortschrittler) einberufen hatten, verboten wurden.

Von einer Veröffentlichung weiterer Berichte aus Oesterreich müssen wir des Raummangels wegen absehen.

**Ungarn.** Budapest, 2. Mai. („Ard.-Ztg.“) Die gestrige Mäifeier führte bedauerlicherweise an mehreren Stellen der Hauptstadt, insbesondere in Steinbruch, zu blutigen Konflikten. Die Arbeiter zogen schon morgens in großen Kolonnen nach verschiedenen Anstaltsorten, wo sie sich, da die Abhaltung von Versammlungen verboten war, auf verschiedene Weise unterhielten. Ein großer Theil der ausmarschirenden Arbeiter trug rote Koppen mit der Aufschrift: „Es lebe der Achtundentag! Es lebe das allgemeine Wahlrecht!“ In der Gutmann'schen Ziegelbrennerei weigerten sich sämtliche Arbeiter, die Arbeit aufzunehmen, und wollten die Fabrik demonstrativ verlassen. Daraufhin bewaffneten sich die Werkführer und Aufseher sowie einige treu gebliebene Arbeiter, um den Auszug zu verhindern. Es kam zu einer Schlägerei, bei welcher die Aufseher den Kürzeren zogen. Die Arbeiter begaben sich nun in die benachbarten Ziegelwerke und zwangen die dort beschäftigten Arbeiter, die Arbeit einzustellen und mit ihnen zu feiern. Die von dem Vorfalle verständigte

Polizei entfandte eine starke Abtheilung Wache dahin. Die Arbeiter hatten sich inzwischen in den umliegenden Wirtschaftshäusern gesammelt. Die mehrmalige Aufforderung der Polizei, dies zu verlassen, wurde von ihnen nicht befolgt. Schließlich schritt die Polizei mit blanker Waffe ein und vertrieb die Arbeiter. Dieselben versammelten sich jedoch und begannen sich energisch zur Wehre zu setzen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen, worauf herbeieilende Polizisten eine Attaque auf die Masse ausführten. Dabei wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt; viele gerieten unter die Duse der Pferde. Ein schwer bedrängter Polizist feuerte mehrmals aus seinem Revolver und verletzte einen Arbeiter lebensgefährlich. Wie bisher festgehalten wurde, sind etwa dreißig Personen verwundet. Zehn Mädelführer sind verhaftet. In der Gegend von Strava kam es zwischen ungarischen und slowakischen sozialistischen Arbeitern zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei viele Arbeiter schwer verletzt wurden. Auch hier wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei verweigert jede Auskunft über die gestrigen blutigen Vorfälle.

**Schweiz.** Bern. Unter strömendem Regen zog der Demonstrationzug, 1700 Mann zählend, in den ersten Nachmittagsstunden durch die Hauptstraßen der Stadt und nach dem eine halbe Stunde entfernten Wabern. Die dort stattgehabten Festveranstaltungen zählten über 2000 Teilnehmer. Die Genossen Scherz und Heinrich Schmidt und ein italienischer Redner hielten die Festreden.

**Basel, 2. Mai.** Die diesjährige Maifeier war eine der imposantesten, die Basel je gesehen. Zwar war die Witterung nichts weniger als günstig, aber dessen ungeachtet war die Zahl der Feiernden eine sehr große. Die Mehrzahl der Arbeitgeber erklärten, daß sie den 1. Mai zwar nicht als Feiertag anerkannten, daß sie es aber jedem Arbeiter anheim stellten, den Tag zu feiern auf seine Kosten, ohne Entlassung und Maßregelung zu befürchten. Aus diesem Grunde war die Theilnahme der Arbeiter eine sehr große. Bereits am Morgen fanden sich 400 Arbeiter zur Tageweile ein. Und am Nachmittag war die Theilnahme eine geradezu großartige. 32 Vereine mit ihren Bannern und drei Musikkorps bildeten den Zug; bürgerliche Zeitungen selbst, denen man nichts weniger als Arbeiterfreundlichkeit zutrauen kann, gaben die Zahl der Teilnehmer auf über 2000 an. Ueberall, wo sich der Zug zeigte, wurde er von der Bevölkerung sympathisch begrüßt. Polizei war fast nirgends zu sehen; sie mußte sich auf Anordnung des Polizeipräsidenten auf den Posten aufhalten, eine Anordnung, die allenthalben begrüßt wurde. Die Burgotheihalle, wo die Feiertage stattfanden, erwies sich als viel zu klein, es konnten nicht alle Platz finden. An stelle des Reichstags-Abgeordneten Bueh-Wälhausen sprach Genosse Zraggen, General-Staatsanwalt in Bern, über die Bedeutung des Tages und schlug den Anwesenden die Annahme einer Resolution vor, worin Festhalten am achtstündigen Arbeitstag gelobt und Ausbau der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung verlangt wird. Abends fand ein Fackelzug statt, an dem sich diejenigen beteiligten, die tagsüber arbeiten mußten. Die Zahl der Teilnehmer ist mit 3000 nicht zu hoch geschätzt. Nach Auflösung des Zuges in der Festhalle hielt Genosse Zraggen die Festrede, in der er auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes hinwies; ein italienischer Genosse hielt darauf an seine Landleute eine kurze Ansprache, worauf die Feiertage mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde.

In Zürich wurde am Vormittag die neue rote Fahne der italienischen Sozialisten eingeweiht, wobei die Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten Vatenstelle vertrat, und italienische sowie deutsche Ansprachen vor etwa 1000 Personen im Kasino Auserhül gehalten wurden. Ueber die Bedeutung des 1. Mai sprach Lang. Der Nachmittags-Umzug zählte 4000 Teilnehmer, worunter auch Frauen und Kinder, und er führte circa 40 Fahnen sowie sechs Musikkorps mit. In der Versammlung unter freiem Himmel hielt Johann Seidel die Festrede. Abends war das Kasino Auserhül voll besetzt und wurden Hauptmann's „Weber“ mit vielem Beifall und Begeisterung aufgeführt. — Nach den vorliegenden Berichten waren die Feiern in den meisten Orten bedeutender als in früheren Jahren. In Genf zählte der Zug 2000 Teilnehmer, es sprachen Dr. Wastilleff und Moriaud; in Chaux-de-Fonds sprach Heritier. In Bern zählte der Zug 1200 Teilnehmer. Redner: Müller und Schmidt. — Luzern. Der Demonstrationzug zählte trotz strömendem Regen ca. 350—400 Teilnehmer. Im Saale des Löwengartens waren über 500 Personen anwesend. Genosse Märten von Zürich hielt die Festrede, welche oft durch lauten Beifall unterbrochen wurde. Die von uns in der letzten Nummer veröffentlichte Resolution wurde begeistert angenommen. Ebenso das Verlangen nach eidgenössischer Kranken- und Unfallversicherung. Die Maifeier hatte einen schönen Verlauf und kann sich ihren Vorgängerinnen ebenbürtig zur Seite stellen.

**Italien.** Arbeitsruhe wird ferner aus Venedig, Turin und Bologna gemeldet.

**Paris, 2. Mai.** (Eig. Ber.) Die akute politische Krise und die Gemeinderatswahlen haben der diesjährigen Maifeier in Frankreich bis zu einem gewissen Grade Abbruch gethan. In Paris beschränkte sich die Kundgebung auf Versammlungen, die zum Theil im Laufe des Tages abgehalten wurden. Am Vormittag tagte hier der zweite Jahres-Kongress der „Liga für die Verfassungsrevision durch das Volk“, der sich, angesichts der gegenwärtigen politischen Lage, zu einer wirkungsvollen Kundgebung gestaltete. Es wurde unter anderem beschlossen, in Paris sechs Volksversammlungen zu gunsten der Revision zu veranstalten. Die erste wird am 16. Mai stattfinden, d. h. am Jahrestage des blutigen gescheiterten MacMahon'schen Staatsstreiches von 1877. Der Pariser Lokalvorstand der Gewerkschaften, die der „Nationalen Gewerkschafts-Föderation“ (sozialdemokratische Richtung) angehören, hielt eine Vormittagsversammlung ab, ebenso wie die Bauarbeiter-Föderation. Am Nachmittag fanden zwei große Versammlungen statt, die eine auf Initiative des revolutionären Zentralkomitees, die andere im Volkshaus der sozialdemokratischen Partei. Außerdem ist eine Anzahl Versammlungen in den einzelnen Stadtvierteln zu verzeichnen. Neben den Maiforderungen wurde kräftig die Notwendigkeit der Verfassungsrevision betont und der Senat nebst dem Präsidentenhaare und dem Ministerium hart mitgenommen. — Unnützlich zu sagen, daß die Regierung abends umfassende wie zwecklose „Sicherheitsmaßnahmen“ angedeutet hatte. Selbstverständlich aber wurde keine einzige Bombe „gefunden“.

In der Provinz wurde der Maitag vielfach durch Arbeitsniederlegung gefeiert, und zwar nach den bisher vorliegenden Berichten in folgenden Orten: in Lyon (fast allgemeine Arbeitsruhe), Roanne (in den meisten Werkstätten), Fourmies (in 6 Spinnereien), Carmaux (Kohlengräber, Glaspasche Messingwerkzeug fab natürlich den Tag nicht frei), Montluçon (Glasfabrik). In Fourmies fand, wie alljährlich, eine Kundgebung am Grabe der Matpoper von 1891 statt, in Limoges wurde die Arbeitsruhe eingeweiht, in Toulon blieben die Bureau des sozialistischen Gemeinderathes den ganzen Tag geschlossen, in Roubaix wurden am Mittag die Delegirten der Gewerkschaften im Stadthaus empfangen, am Abend sprach Jaures im Theateraal, in Bordeaux legte eine Delegation die Maiforderungen in der Präfektur nieder. In Bastia (Insel Korsika) wurde der Feiertag durch ein Banquet gefeiert.

In ganz Frankreich verlief der 1. Mai, zum Leidwesen des Ordnungsministeriums, ohne die geringste Ruhebedrohung.

**Belgien.** Im ganzen Lande wurde die Maifeier festlich begangen. Viele Orte, so die Arbeiterquartiere Brüssels machten am 1. Mai den gleichen Eindruck wie an großen Festtagen. Vielfach wurde die Arbeit ruhen gelassen, wenn auch der Feiertag, als ein Tag am Ende der Woche, wo den meisten Arbeitern das Geld ausgezogen ist, sich vielfach fühlbar machte.

Aus den einzelnen Orten ist erwähnenswert, daß in Jemappes ein Fackelzug stattfand.

**Antwerpen** wird uns geschrieben: Der Maifeiertag verpöndelt worden. Er wurde aber durch den Bürgermeister verboten. Die Manifestanten mietheten nun eine Anzahl Omnibusse und manifestirten auf diese Weise. Die Theilnahme der Arbeiter an der Feiertage war eine sehr rege.

**Aus Charleroi** wird uns geschrieben: Die Maifeier verlief hier großartiger als jemals vorher. Genosse Vanderveelde sprach im „Raisin du Peuple du Nord“ mit flammenden Worten: „Ueber den 1. Mai“. Eine Menge von ca. 10 000 Arbeiter bildete den Zug. Die Häuser vieler Straßen sind besetzt. Viele Frauen beteiligten sich an der Manifestation. Eine Anzahl Bergwerke und großer Fabriken feierten. Alles ist im Festtagskleide. Nachmittags sprach Genosse Vastur in Tempel de la Science. In Marcinelle sind die Schulen geschlossen. Am Abend findet Theater im „Raisin du Peuple“ statt, ferner Konzerte und Bälle in den angrenzenden Ortschaften. Kein Unfall ist vorgekommen.

**Holland.** Amsterdam, 1. Mai. (Eig. Ber.) Die Arbeit ruhte nur in einigen Diamantfabriken und unter den Bauarbeitern in Amsterdam, wo das Verbrüderungsfest für den „verlängerten Arbeitstag“ der 35 Gewerkschaften und Sozialistenbündler mit Musik und Gesang im Volkspalast mehrere tausend Besucher anlockte. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hielt mit den Diamantarbeiter-Gewerkschaften ein Meeting für den gesellschaftlichen Achtstundentag ab, wo die Redner sich dahin aussprachen, daß nur Verbrüderung in der Sozialdemokratie möglich sei und wo der revolutionäre Charakter der Forderung des Normalarbeitstages gegenüber jener des verlängerten Arbeitstages hervorgehoben wurde; sie zählte 600 Besucher. In Utrecht eine Straßendemonstration mit Fackeln, Umzug durch die Stadt unter allgemeiner Theilnahme der Arbeiter, nachdem eine Volksversammlung für den gesellschaftlichen Achtstundentag mit 1300 Besuchern glänzend verlaufen war. Rotterdam, Haag, Haarlem, Amheim, Gremingen, Roosticht und in mehreren kleineren Orten Volksversammlungen, eine Straßendemonstration im Industriedistrikt Twenthe.

**England.** London, 1. Mai. (Eig. Ber.) Der Himmel meinte es schlecht mit dem Arbeiterfeiertag in London. Die Vertreter der Idee, dem ersten Mai auch auf Englands Boden Bürgerrecht zu erobern, haben nicht nur mit dem konservativen, an gewohnten Formen sehr festhaltenden Geist der Arbeiterklasse zu kämpfen, sondern auch mit merkwürdig jäher Ungunst des Wetters. Jahr für Jahr hat es am 1. Mai geschneit, geregnet, gestürmt, und wenn man bedenkt, daß dem Londoner Arbeiter, der von den Industriequartieren und den Vororten der Metropole nach Hyde Park pilgert, keine gaslichten Biergärten mit gedeckten Räumen offen stehen, so kann man sich auch vorstellen, von welchem Einfluß das Wetter für das Gelingen oder Mißlingen der Demonstration sein muß.

Kalt, windig, regnerisch — so war das Wetter heut Vormittag. Zeitweilig nur schien die Sonne die Regenwolken verdrängen zu wollen, aber dann kam auch sofort wieder ein Regenschauer nach, gerade wie eine Warnung, sich nur ja nicht nach dem Park zu wagen, es werde doch nichts nützen. Aber London hat eine wachsende Schaar von Sozialisten, die kein Wetter von der Bethätigung ihrer internationalen Gesinnung abzuschrecken vermag, und ihre Schaar wurde verhärtet durch einige besonders radikale Gewerkschaften und eine Anzahl der in Ausstand getretenen Bauarbeiter (nur die Maurer, denen die Meister in der letzten Stunde die Forderungen bewilligt, sind nicht in Ausstand getreten). So war es immerhin ein der Rede werther Zug, der sich am Victoria Embankment (das nördliche Uferufer in der Nähe von Westminster) aufstellte, und nach Hyde Park zog. Wie im vorigen Jahre gaben ihm eine ganze Reihe von festlich geschmückten Wagen mit Kindern in Festkleidung, bei der das Roth eine große Rolle spielte, einen anmuthigen stimmungsvollen Charakter. Von den Gruppen, die mit ihren Bannern aufmarchirten, war die des gewissermaßen die deutsche Sozialdemokratie repräsentirenden kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins eine der bestbesetzten. Noch einmal, gerade als der Zug in Hyde Park einzuweichen wollte, gab es einen Regenschauer; aber er verzog sich schnell, und von da ab spielte der Himmel den Klügeren und gab nach. Das Meeting konnte ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden. Nur die Redner hatten von dem ziemlich scharfen Winde zu leiden.

Die Liste der Redner umfaßt 42 Namen, und dies allein enthebt mich wohl der Aufgabe, über die Reden zu berichten. Soweit ich dieselben gehört, ließen sie an sozialem Radikalismus nichts zu wünschen übrig. Alle Gruppen und Richtungen der vorgeschrittenen Arbeiterbewegung waren auf den Tribünen vertreten. Die deutsche Sozialdemokratie war unter den Rednern durch Fr. Lehner und E. Bernstein repräsentirt. Den Anarchisten hatte das Organisationskomitee eine besondere Plattform eingeräumt.

Im ganzen wird die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration 15 000 betragen haben. Für London nicht sehr viel, aber jedenfalls erheblich mehr als an irgend einer der vorhergegangenen Feiern des 1. Mai.

Heute Abend halten die Sozialdemokratische Föderation und die unabhängige Arbeiterpartei zur Feier des Tages Festlichkeiten ab, bezeichnend für England beide in Sälen, die Lokalverwaltungen gehören; die Föderation in der Halle des Kirchspiels von St. Martin, die Arbeiterpartei in der des Kirchspiels Holborn.

Die im Hyde Park auf den fünf sozialistischen Tribünen zur Abstimmung gebrachte Resolution besteht aus zwei Theilen und lautet:

„1. Diese Arbeiter-Massenversammlung sendet den an diesen Tagen versammelten Kameraden allerorts die brüderlichen Grüße und bekräftigt mit ihnen den festen Entschluß, auf den Sturz des Lohnsystems und des Kapitalismus hinzuwirken und durch vereintes Bemühen jene internationale genossenschaftliche Gemeinschaft zu errichten, in welcher alle Produktionsmittel von organisierten Gemeinschaften gehalten und kontrollirt werden und allen Angehörigen gleiche Möglichkeit geboten wird, ein gesundes, glückseliges, menschenwürdiges Leben zu führen.“ 2. Dieses Meeting erhebt fernerhin die Forderung auf unerschütterliche Durchführung des Allgemeinen Stimmrechts für alle Erwachsene, des Stichwahlsystems, der Bezahlung von Diäten und amtlichen Wahlkosten, eines gesellschaftlichen Achtstundentages und der unentgeltlichen Speisung aller die Gemeindefürsorge besuchenden Kinder, als Mittel zur friedlichen Durchföhrung ihrer ökonomischen Befreiung und zur Gegenwirkung gegen die schredliche physische Verarmung unserer Klasse.“

**Dänemark.** Kopenhagen, 1. Mai. (Eigener Bericht.) Die Mai-Demonstrationen in Dänemark waren sehr umfangreiche. Die Theilnahme war überall groß und die Stimmung begeistert. Das Wetter war während der Demonstrationszeit schön. Es wurde demonstriert in Kopenhagen und in 15 der größeren Städte der Provinzen, sowie auch in vielen Landdistrikten.

Die Hauptdemonstration in Kopenhagen wurde auf dem „Röde Plads“ — ein großer im Freien belegener Gergierplatz, dicht bei der Stadt — abgehalten. Um 4 Uhr versammelten sich auf dem großen Plage ca. 60 Fachvereine mit ihren Bannern, und als die Festreden ihren Anfang nahmen, waren 30 000 bis 40 000 zielbewusste Arbeiter auf dem Plage anwesend. Von zwei Rednertribünen sprachen die Parteigenossen, Oberhausmitglied und Präsident der Sozialdemokratie in Dänemark, A. Knudsen, Tischler M. Olsen, Unterhausmitglied und Präsident der Gewerkschaften in Dänemark, J. Jensen und Unterhausmitglied Ohlsen. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „In Uebereinstimmung mit dem Programm der Sozialdemokratie und den Beschlüssen auf den internationalen Kongressen in Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 fordert die Versammlung, daß die

erhöhte Produktivität, welche die menschliche Arbeit jetzt im Verhältnis gegen früher leistet, den Arbeitern zu gute kommen soll durch einen durch Gesetz bestimmten Maximal-Arbeitstag, der in den ökonomisch fortgeschrittenen Ländern auf acht Stunden innerhalb 24 Stunden festgesetzt werden muß.“

Zur Begründung erklärt die Versammlung folgendes: Die gegenwärtige längere Arbeitszeit bewirkt in einer großen Menge von Fächern, daß die Arbeiter überanstrengt werden, ihre Gesundheit zu Grunde gerichtet und daß der Arbeitslohn infolge des erhöhten Angebotes freier Arbeitskraft vermindert wird.

In Gegensatz hierzu bringt der Achtstunden-Arbeitstag folgende Vortheile:

Der Achtstunden-Arbeitstag vermindert die Arbeitslosigkeit und schafft durch die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskraft Bedingungen für eine Erhöhung des Arbeitslohnes.

Der Achtstunden-Arbeitstag erhöht die Kaufkraft der Arbeiter und ruft dadurch erhöhte Produktion und erhöhten Umsatz hervor. Der Achtstunden-Arbeitstag schafft den Arbeitern die notwendige Zeit zur Ruhe und Erholung, sowie zur Entwicklung ihres Familienlebens.

Der Achtstunden-Arbeitstag verschafft den Arbeitern Gesundheit und fördert ihre Arbeitsfähigkeit und geistige Entwicklung.

Die Versammlung betrachtet ferner den Achtstunden-Arbeitstag aus folgenden Gründen für durchführbar:

In mehreren Staaten und Gemeinden ist er bereits durchgeführt, theils bei allen Staats- und Gemeinde-Arbeiten, theils als allgemeine Regel in den betreffenden Gebieten.

Er ist ferner in vielen Arbeitsfächern im Auslande durch private Bestrebungen durchgeführt.

Das Prinzip einer Begrenzung der Arbeitszeit auf gewisse Stunden täglich ist in fast allen Ländern und in den meisten Arbeitsfächern durchgeführt, und die Erfahrung hat bewiesen, daß die Fächer, die mit der kürzesten Arbeitszeit arbeiten, in der Regel den Arbeitern die günstigsten ökonomischen Verhältnisse bieten.

Endlich ist die Forderung nach dem Achtstunden-Arbeitstag international. Sie wird von den Arbeitern in allen ökonomisch vorgeschrittenen Ländern gestellt, und wird darum der Konkurrenzfähigkeit des einzelnen Landes nicht hindernd in den Weg treten.

In Bezug auf die angeführten Gründe schließt die Versammlung sich dem von den Repräsentanten der Sozialdemokratie im Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf betreffs des Achtstunden-Arbeitstages an und richtet eine energische Aufforderung an die Regierung und den Reichstag, sobald wie möglich diesen Vorschlag durchzuführen.

Der Parteigenosse, Advokat Meyer aus Christiania, brachte einen Gruß von den norwegischen Brüdern.

Um 4 Uhr bewegte die mächtige Demonstrationsversammlung sich wieder nach der Stadt, wonach abends 8 Uhr sechs große Versammlungen in unseren drei Versammlungsgebäuden und in drei der größeren privaten Stabliemeuten abgehalten wurden. Auch hier wurden von unseren Parteigenossen unter großem Enthusiasmus Reden gehalten.

Telegramme von den Provinzen konstataren, daß auch überall außerhalb der Hauptstadt die Demonstrationen unter großer Theilnahme stattfanden und ausgezeichnet verliefen.

**Schweden.** Landskrona, 1. Mai. (Eig. Ber.) Die Maifeier ist hier großartig gefeiert worden. Nach einer guten Rede bewegte sich der lange Demonstrationzug mit vier roten Fahnen unter der Begeisterung der Masse durch die Stadt.

**Rumänien.** Bukarest, 1. Mai. (Eig. Ber.) Die Bukarester Parteigenossen veranstalteten am Sonntag, den 3. Mai (21. April a. St.) einen Umzug mit Fahnen und Musik vom Garten „Cismagiu“ aus durch die belebtesten Straßen der Stadt nach dem Festlokal. Vor 2 Jahren beteiligten sich ca. 3000 Personen an der Manifestation. Im Vorjahre wurde jedwede Straßenumgebung durch ministerielle Verfügung untersagt. Bei der diesjährigen Maifeier hingegen wirkte sogar eine — Militärlapelle mit.

## Versammlungen.

**Die Parquetbodenleger** waren am Sonntag bei Jubel, Lindenstraße, versammelt, um über die in Aussicht genommene Lohnbewegung Beschluß zu fassen. Der ausgearbeitete Tarif, der bereits vor einigen Wochen den Fabrikanten zugesandt wurde, zieht alle vorkommenden Arbeiten in betracht und weist in den einzelnen Punkten nur minimale Forderungen auf. Außer den geringen Lohnzuschlägen wird gefordert: 1. für Lohnarbeiter pro Tag 5 M.; 2. bei Bedarf von Parquetbodenlegern ist der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter Berlins, Kantenstr. 39 zu berücksichtigen; 3. der Arbeitgeber ist verpflichtet, sämtliche Fuhrer zu übernehmen, sowie die erforderlichen Nägel zu liefern. Mit der letzten Forderung will man den Uebelstand beseitigen, daß die Parquetbodenleger die notwendigen Werkzeuge, wie Hobelbank u. s. w. auf eigene Kosten nach dem Arbeitsplatz zu schaffen haben. Dies fällt umfomehr ins Gewicht, als es häufig vorkommt, daß die betreffenden Arbeiter vorher wochenlang arbeitslos gewesen und mittellos sind. Wie verschiedene Redner anführten, haben ein Theil der Fabrikanten in der gemeinsamen, sowie in der Fabrikanten-Versammlung erklärt, sämtliche Forderungen zu bewilligen. Die realen Firmen glauben, durch dieesallgemeine Durchführung der geforderten Forderungen die Schmutzkonkurrenz beseitigen zu können und stehen daher der Sache sympathisch gegenüber. Nach kurzer Diskussion gelangte folgender, von den Vertrauensmännern vorgeschlagene Antrag zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung verpflichtet alle Parquetbodenleger, überall wo der neue Tarif nicht bezahlt wird, die Arbeit ruhen zu lassen. Weiter verpflichtet sich die Versammlung, die Kollegen, welche gezwungen sind die Arbeit niederzulegen, moralisch und finanziell zu unterstützen.“ Außerdem wurde beschlossen, daß diejenigen, welche bewilligt erhalten und arbeiten, pro Woche mindestens 1 M. an die Kommission abzuliefern haben. Das Streikbureau befindet sich bei Schöning, Köpnickstraße 68. Dortselbst sind die Vertrauensmänner verpflichtet, Bericht zu erstatten und können die Arbeitsberechtigungs-Karten für diejenigen, welche die Forderungen bewilligt erhalten, in Empfang genommen werden.

**Friedrichsberg.** In der Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins, die am 21. April tagte, unterbreitete der Vorstand die Abrechnung vom ersten Quartal. Danach betrug die Einnahme 884,80 M., die Ausgabe 802,25 M. Die hierauf vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Jacobi, Vorsitzender; Krail, Schriftführer; Günther, Müsch und Weisflug Beisitzer; Schulz, Ritz und Pamann Revisoren.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Dienstag Abend von 9—10½ Uhr: 840 o ft Schule Waldemarstr. 14: Oeffentliche Gesundheitspflege (Nahrung und Genusmittel, Wohnung und Gesundheit, Oeffentliche Kinder- (auch Schulgesundheitspflege, Fortbildung, Pflanzung für Arbeiterkassen). Herr Dr. Gustav Heymann. — Nordische, Waldemarstr. 179a: Natur-Orientirte. Artikel und moderne Naturbeobachtung. Resolution durch Experiment, Soli und Keroten. Experimentelle Fortbildung, Ethnologie und naturwissenschaftliche Fortbildung. Innerer Zusammenhang der Naturkräfte. Red. Wagner, Heimboldy. Geiz von der Erhaltung der Kraft und des Stoffes. Einheitslehre der Materie. Grundzüge des Darwinismus. Herr Dr. G. Jost. Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Teilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebungen.** Vorstand: Volkmann, Felsenmühlstraße 2. — Alle Wohnungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kottum, Mantelstr. 49, 2. Et.

**Arbeiter-Kocherbund Berlin und Umgebungen.** Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 79.

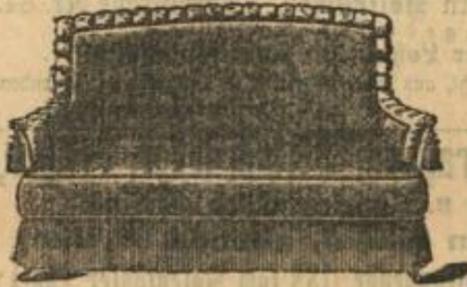
**Sommerkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.** Beginn des Sommerkurses. Sonntag, den 10. Mai, nachmittags: Spielausflug mit prakt. Übungen nach Jungfernhalde (Waldstr.). Montag, den 11. Mai, abends 8½ Uhr, in Cohn's Festsaal, Cohnstr. 30: Einleitender Vortrag über den Zweck und die Ziele des Sommerkurses. Aufnahme neuer Mitglieder. Viste sind willkommen.

**Spezialverein „Cala-Cala“.** Heute, abends 9 Uhr, bei O. Köllig, Neue Friedrichstr. 44: Sitzung.

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof  
(Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum 5028L\*

**Ausverkauf:**  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Leinenwaaren! Fertige Wäsche!**  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen!



**Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren**  
von Bruno Timmel & H. Schubert i. S.

**1. Filiale: Berlin O., Grünerweg**  
Ecke der Krantstr. 4899L\*

Empfehlend dem werthen Publikum Fabrikate aus nur gutem trockenem Holz und sonstigen besten Stoffen. Alle Waaren vom einfachsten bis zum elegantesten Genre zu äusserst billigen Preisen, wie sie keine Konkurrenz billiger zu bieten im Stande ist. Schnellzahlung gestattet.

Streng reelle Bedienung.

**M. Schulmeister** 4977\*

Schneidermeister,

**Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,**  
empfiehlt zu aussergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

- |   |  |
|---|--|
| <b>Paletots</b>                                 | echtfarbig in Satin und Diagonal von M. 15-30  |
|   | i. hochf. Rammg. u. Cheviot-Stoffen " 20-35  |
|   | Sachfacons, ohne Naht " 18-27  |
| <b>Jaquet-Anzüge</b>                            | in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig " 16-24  |
| <b>Jaquet-Anzüge</b>                            | in glatten Diagonal-, Rammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig " 20-35  |
| <b>Jaquet-Anzüge</b>                            | modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung " 22-36                                      |
| <b>Mod-Anzüge</b>                               | i. guten, wollenen, schwarz. Rammg. u. Satin-Stoffen, moderner Facons modernster Farben, elegante Schnitt-Facons " 25-38 |
| <b>Mod-Anzüge</b>                               | von feinen Satin-, Tuch- und Rammgarn-Stoffen, 2reihig " 30-42   |
| <b>Gehrod-Anzüge</b>                            | in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Rammgarn und Cheviot " 5-10  |
| <b>Beinkleider</b>                              | in engl. Stoffen und engl. Facons " 6-14   |
| <b>Beinkleider</b>                              | in echtfarbigem Waschstoffen " 2-5   |
| <b>Hausjoppen, Jüster- und Cachemir-Jaquets</b> | in großer Auswahl " 1-6  |
| <b>Knabenpaletots, Knabenanzüge</b>             | Schulanzüge in Waschstoffen, echtfarbig, in Joppen- und Jaquetfacons " 2-5   |
| <b>Schulanzüge</b>                              | in Cheviot-, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und 2reihig   |

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

**Nur noch kurze Zeit**

dauert der wirklich reelle Ausverkauf meines seit vielen Jahren bestehenden Geschäfts und ist es wichtig für

sparsame Hausfrauen, ihre Einkäufe so schnell wie möglich zu besorgen. Die noch vorhandenen Restbestände in: 5017L\*

Gardinen, Möbelstoffen, Steppdecken, Bett- und Tischdecken, Kleiderstoffen, Leinen, Wäsche, sowie sämtliche **Weiß- und Wollwaaren**

werden bedeutend unter bisherigen Preisen verkauft.

**S. Kronthal,**  
**86 Grüner Weg 86.**

**Möbel-Kaufgelegenheit,**

bestimmte Gelegenheit für Brautleute, Gesellschafter, etc. in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anspaltung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verbleiben gebliebenen Möbel. Kleiderständer 15, Kleiderständer 12, Kleiderständer mit Matrassen 18, Kleiderständer 20, Kleiderständer 22, Kleiderständer 24, Kleiderständer 26, Kleiderständer 28, Kleiderständer 30, Kleiderständer 32, Kleiderständer 34, Kleiderständer 36, Kleiderständer 38, Kleiderständer 40, Kleiderständer 42, Kleiderständer 44, Kleiderständer 46, Kleiderständer 48, Kleiderständer 50, Kleiderständer 52, Kleiderständer 54, Kleiderständer 56, Kleiderständer 58, Kleiderständer 60, Kleiderständer 62, Kleiderständer 64, Kleiderständer 66, Kleiderständer 68, Kleiderständer 70, Kleiderständer 72, Kleiderständer 74, Kleiderständer 76, Kleiderständer 78, Kleiderständer 80, Kleiderständer 82, Kleiderständer 84, Kleiderständer 86, Kleiderständer 88, Kleiderständer 90, Kleiderständer 92, Kleiderständer 94, Kleiderständer 96, Kleiderständer 98, Kleiderständer 100.

**Sophastoffe**  
in Ripps, Damast, Crèpe, Phantast, Gobelin und Plüsch spottbillig!  
Proben franko!  
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
**Emil Lefèvre, Oranienstrasse 158.**

**Fruchtweine**  
Zohannbeerweine, weiß u. roth, Stachelbeerweine, Heidelbeerweine  
pro Glas 10 Pfennig  
1/10 Liter.  
Kohlhölle der Berliner Orosch-Dehllatente Berliner Gewerkschafts-Ausstellung  
**Eugen Neumann & Co.**  
Eichstrasse 4, Berlin (Marinschanzplatz).

**Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.**

Mittwoch, 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 29c:

**Grosse Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Lange (Hamburg) über: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Unser Gewerkschaftskongress. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Jeder Kollege hat Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen  
**Die Ortsverwaltungen Ost und Nord.**

**Norddeutsche Brauerei.**

Chaussee-Strasse 58 (am Wedding).

In dem großen schattigen, 6000 Personen fassenden

**Konzertgarten**

**Täglich Gr. Konzert**  
der Indianer-Kapelle „Wild-West“

Außer Mittwoch u. Sonntag, an welchen Tagen Doppel-Konzerte stattfinden, **freies Entree.**

Von 2-6 Uhr steht die neu komplettirte Kaffeeküche zum Familien-Kaffeeholen zur gefälligen Benutzung.

Anfang des Konzerts 6 Uhr. Sonntags 4 Uhr.  
Mittwochs, Sonnabends und Sonntags: **Grosser Ball im Saal.**

**Ostbahn-Park**

Rüdersdorferstr. 71. Am Köstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschock.  
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
Volkshelmsingen jeder Art. 4 Pregelbahnen zur Verfügung.  
Gute Tiere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
**H. Jmbs.**

**Louisenstädtisches Klubhaus,** Annenstraße 16  
Jeden Sonntag im großen Saal: **Tanzkränzchen.** Ferner empfehle den Saal (250 Personen fassend) zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Vereinszimmer jed. Größe zu vergeb. Gute Speisen u. Getränke.

Gewerbe-Ausstellung 1896.  
**Spezial-Ausstellung**

**KAIRO**

!! Von 7 Uhr abends ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich !!  
Waffensammlung Sr. Hohheit d. Chodiva. — Ausstellungen d. ägyptischen Staatsbehörden. — Salon der bedeutendsten Orientalen.  
!! Hofkapelle des Vicekönigs unter Leitung des Majors Paltis Bey !!  
Riesens-Arena mit Monstre-Aufzügen von ca. 500 Arabern, Fellachen, Pferden, Kameelen etc.  
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. **Elftag (Dienstag) 1 Mk.**

**B. Günzel, Lothringersstraße 52.** Spezialität: Portraits sozialistischer Führer, Laßalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Hüften Bildern u. dgl. sowie jede Trechlerwaare u. Reparatur. (Man verl. Preiskurant.)

Das billigste Geschäft für **KLEIDERSTOFFE** und **RESTE**  
Berliner-Rester-Bazar  
Chausseest. 2 C.  
Oranienburger Thor

**Adhtung!** 1281b  
Stimmbegabte Herren können einem Arbeiter-Gesangverein beitreten. Uebungstunde Freitag 9-11, Mantelstr. 9 bei Row a. d.

**Künstl. Zähne.**  
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2. Etz  
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Für 11 M.!**  
Stoff zu einem Herren-Anzug! Für 15 M., ff. Rammgarn oder Cheviot. Tuchlager Berlin O., Hohor Steinweg 4.  
**Herren- und Knabengarderobe**  
kauft man am besten und billigsten in der Fabrik Brangelsstr. 51,  
Ecke Oppelnerstraße,  
bei **H. Harbaum.**

**Müchel-Wirthschaft**  
verkauft sofort spottbillig, vollständige Wohn- u. Schlafzimmers-Einrichtungen, darunter 8 Fenster neue Gardinen Brautleuten geeignet. Frau Wittner, Köpnickstr. 141, Vorderhaus 1. Etage

**Restauration,**  
blühend, wegen Krankheit veräußert.  
1275b Pringensstr. 96.

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nerventöden bei Bestellung umsonst.  
**Gudel, Bauhiserplatz 2, Gieselerstr. 12**

**LINOLEUM-RESTE,**  
Linoleum-Teppiche, auch etwas schlechtere, Wachstuchreste, Gummi-Tischdecken sehr billig Grüner Weg 102, part.

**Zahnärztliche Klinik Wedding, Müllerstr. 1.** Zahnziehen unentgeltlich  
2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M. (4896L\*)

**Frischen Maitrank**  
ausgezeichnet im Geschmack, à Flasche 50 Pf. excl. 4780L\*  
Johannisbeer-Wein, weiß und roth.  
Heidelbeer-Wein, Stachelbeer-Wein, ganz vorzügl. Dessertwein, à Fl. 75 Pf.  
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin  
**Eugen Neumann & Co.**  
6a Belle-Alliance-Platz. 81 Neue Friedrichstr. 8 Oranienstr.  
29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

**Aluminium-Gebisse, Zahn 3 Mk., vollk. schmerzloses Zahnziehen 1 Mk., Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstrasse 22. Sprechstunden 9-6 Uhr.**

**Wer - Stoff - hat!**  
fertige Anzug, 20 M., feinste Zutaten, saubere Arbeit, zwei Anproben, Hofe 350, Münzstr. 4, Engel.  
**Sojen! Anzüge! Paletots!**  
nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verlaufe Hälfte Kostenpreis Münzstraße 4, Engel.  
**Reste zu Knabenanzügen!!**  
Gelegenheitskäufe, umsonst zugeschnitten, Herrenhosen-Anzüge spottbillig Münzstr. 4, Engel.

**Prima**  
Mildensett à Pfd. 40 Pfg., Cofferete ohne Knochen à Pfd. 70 Pfg. (12906\*)  
**C. Schubert, Pringensstr. 25.**

**Rohrtabak.**  
Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Utenilien.  
**Heinrich Franck,**  
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

**Möbel-Ausverkauf,**  
bestimmte Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelfabrik, Neus Königsstrasse 69, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, vertheilt gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheits-Einkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anspaltung. Kleiderständer 15, Kleiderständer 12, Kleiderständer mit Matrassen 18, Kleiderständer 20, Kleiderständer 22, Kleiderständer 24, Kleiderständer 26, Kleiderständer 28, Kleiderständer 30, Kleiderständer 32, Kleiderständer 34, Kleiderständer 36, Kleiderständer 38, Kleiderständer 40, Kleiderständer 42, Kleiderständer 44, Kleiderständer 46, Kleiderständer 48, Kleiderständer 50, Kleiderständer 52, Kleiderständer 54, Kleiderständer 56, Kleiderständer 58, Kleiderständer 60, Kleiderständer 62, Kleiderständer 64, Kleiderständer 66, Kleiderständer 68, Kleiderständer 70, Kleiderständer 72, Kleiderständer 74, Kleiderständer 76, Kleiderständer 78, Kleiderständer 80, Kleiderständer 82, Kleiderständer 84, Kleiderständer 86, Kleiderständer 88, Kleiderständer 90, Kleiderständer 92, Kleiderständer 94, Kleiderständer 96, Kleiderständer 98, Kleiderständer 100.

**Brennspiritus**  
pr. Liter 20 Pf. Himbeer- u. Kirschsaff, garant. rein, pr. Liter 1 M.  
Sämtliche feine Tafel-Liquore, sowie alle Essenzen zur Selbstbereitung von Liqueuren z. den billigsten Preisen.  
**Liquorfabrik M. Schufftan**  
Nosenstr. 18. — Kaufhaus Stettin.

**Möbel-Magazin** **Otto & Slotawa, Tischlermeister.** **Sarg-Magazin**  
Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. (41678\*) und Beerdingungs-Comtoir.

